

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Frank Welz:
Forschen und Lehren in der Informationsgesellschaft. Der Fall der Sozialwissenschaften
- Georg Vobruba:
Studierende als transitorische Intellektuelle
- *Unsichere Zeiten.*
Herausforderungen der sozialen Transformation.
34. Kongress der DGS in Jena

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 1 • 2008

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: PD Dr. Sylke Nissen und Thilo Fehmel, M.A., Universität Leipzig,

Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,

email: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 03 41/97 35-648 (Redaktion)

oder -641 (G. Vobruba), Fax: 03 41/97 35-669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, email: Hans-Georg.Soeffner@kwi-nrw.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dipl.-Soz. Dana Giesecke,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,

email: Dana.Giesecke@kwi-nrw.de, Tel.: 02 01/72 04-208, Fax 02 01/72 04-111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Beate Kraus, Technische Universität Darmstadt,

Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt,

email: Kraus@ifs.tu-darmstadt.de, Tel.: 0 61 51/16 34 67, Fax: 0 61 51/16 60 75.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: www.soziologie.de

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main,
www.campus.de

Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Beate Hildebrand, 0 69/97 65 16-812, b.hildebrand@campus.de

Bezugsmöglichkeiten 2008 für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeritus (print + online) – bei Vorlage einer

Studienbescheinigung 30 €. Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2008

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Druck Partner Rübelmann, Hemsbach

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial 5

Lehren und Lernen

Frank Welz

Soziologische Forschung und Lehre nach
der digitalen Revolution 7

Georg Vobruba

Studierende als transitorische Intellektuelle 27

Steffen Mau und Karin Gottschall

Strukturierte Promotionsprogramme in
den Sozialwissenschaften 41

DGS-Nachrichten

Unsichere Zeiten. 34. Kongress der DGS 2008 in Jena 61

Ausschreibung der von der DGS beim 34. Kongress
der DGS in Jena zu verleihenden Preise 68

Veränderungen in der Mitgliedschaft 70

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

Sektion Arbeits- und Industriesoziologie 74

Sektion Soziologische Theorie 78

Sektionen Soziologische Theorie und Kulturosoziologie 89

Nachrichten aus der Soziologie

In memoriam Karl-Heinz Hillmann	96
Tagungsbericht zum ÖGS-Kongress 2007 in Graz	100
Call for Papers	104
»Parasiten« der modernen Gesellschaft?; Data for Historical Sociology and for Analyzing Long-Term Social Processes; Process Generated Data; Comparative Analysis of European Microdata from Official Statistics; Menschenrechte in der Weltgesellschaft – Zur Entstehung, Verbreitung und Umsetzung von Menschenrechten aus globaler Perspektive; Sinnstiftung als Beruf; Wie wirkt Recht? Interdisziplinäre Rechtsforschung zwischen Rechtswirklichkeit, Rechtsanalyse und Rechtsgestaltung	
Tagungen	117
Auf dem Weg zur Gesundheitsgesellschaft?; Confirmatory and Exploratory Multivariate Modelling; »Activation« policies on the fringes of society: a challenge for European welfare states; Theoretische Zugänge zur Ökonomisierung der Gesellschaft	
Jahresinhaltsverzeichnis 36. Jahrgang, 2007	127
Autorinnen und Autoren	130
Abstracts	132

In dieses Jahr,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

fällt ein wichtiges Jubiläum: Die Peanuts werden sechzig. Umberto Eco hat ihren Autor, Charles M. Schulz, einen Poeten genannt. Man könnte ihn auch einen interaktionstheoretisch fokussierten Soziologen nennen. Oder einigen wir uns mit Eco: einen Poeten erfolgreich scheiternder Interaktionen. Denn die kurzen Comics sind für die beteiligten Akteure mangels gemeinsam geteilter Bedeutungen voller Unvorhersehbarkeiten, Missverständnisse und Überraschungen. Und trotzdem geht die Geschichte immer weiter, Charlie Brown bleibt Captain der Baseball-Mannschaft und Lucy in Schroeder verliebt. Insbesondere Snoopy lebt in einer völlig anderen Welt und nimmt am Tun der anderen (Lucy, Linus, Sally, Schroeder, Peppermint Patty ...) sehr erfolgreich teil. Leider ist das Wort »Peanuts« in Folge des unsachgemäßen Gebrauchs durch den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, in Misskredit geraten. Und stellen Sie sich vor, »Peanuts« wurde darauf 1994 das Unwort des Jahres. Mit Blick auf die Peanuts jedenfalls eine vollkommen verfehlt Entscheidung. Im Übrigen ist das Wort Unwort ein Unwort.

Warum ich all das erwähne? Als Lockerungsübung. Der alte DDR-Kalauer, dass das Sein das Bewusstsein verstimmt, stimmt ja, und da dies zutrifft, ist es kein Wunder, dass in meinen Editorials oft von der sog. Hochschulpolitik, den sog. Studienreformen und den sog. Exzellenzinitiativen die Rede ist.

Manches, das man vorhersehen konnte, beginnt sich bereits abzuzeichnen: Die Umstellung auf BA/MA bringt nicht mehr studentische Mobilität, sondern weniger, nicht kürzere Studienzeiten, sondern längere. Keine Verbesserung der Chancen exzellenten akademischen Nachwuchs zu rekrutieren, sondern ... Aber genau über all das wollte ich ja eigentlich nicht schreiben.

In zahlreichen neuen Studiengängen wird nun ein Kurs »Schlüsselqualifikationen« angeboten. Dahinter steht ganz offensichtlich die Überlegung, dass der akademisch Ausgebildete nicht nur über Wissen verfügen muss, sondern auch lernen sollte, es zu verkaufen. Jetzt werden einige sagen: Das

heißt *sich* verkaufen. Ja, bis zu einem gewissen Grad bedeutet es das – na und? Was ist da Schlimmes dran? Da werden ein paar Grundregeln von Rhetorik vermittelt, es werden power point Präsentationen geübt, ich kenne sogar einen Fall, in dem ein Kurs im Einrichten von Webseiten angeboten wird. Ich halte das alles, solange nicht übertrieben wird, für Schritte in die richtige Richtung. Aber müsste man nicht bei noch grundlegendere Kulturtechniken ansetzen? Ich versuche, so taktvoll wie möglich zu formulieren, was ich meine: Mit dem e-mail haben sich schriftliche Kontakte zwischen Studierenden und Lehrenden entwickelt, die in Form, Inhalt und Häufigkeit früher nicht denkbar gewesen wären. Schon die merkwürdigen Phantasienamen in den e-mail Adressen (»indianer@...«) sprechen dafür, dass man noch gewisse Probleme hat, sich in der Erwachsenenwelt zu bewegen. Aber das ist eine Nebensache. Mein Eindruck ist generell, dass die meisten Studierenden in der e-mail-Kommunikation mit Profs sehr unsicher sind. Nun könnten sie ja, um auf Nummer sicher zu gehen, e-mails einfach als eine Art des Briefe Schreibens auffassen und in der Form von Geschäftsbriefen kommunizieren. Aber: Ich habe den dringenden Verdacht, dass die überwiegende Mehrheit der Studierenden keine Ahnung hat, wie man ein (einigermaßen) formelles Schreiben verfasst. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich persönlich lege keinen besonderen Wert darauf, formell richtig angeschrieben zu werden. Aber ich lege größten Wert darauf, dass unsere Studierenden wissen, wie das geht. In derselben Logik: Mir persönlich ist das outfit bei Prüfungen egal (nicht ganz), aber mich schaudert, wenn ich mir manche Absolventen in so einer Aufmachung vor einem Personalchef vorstelle.

Liebe Studierende, ich predige hier keineswegs Anpassung. Im Gegenteil. Je besser man solche basalen Kulturtechniken beherrscht, desto weniger ist man ihnen ausgeliefert, desto weniger muss man sich von denen, die sie beherrschen, beeindrucken lassen.

Ihr

Georg Vobruba

PS.: Es ist nun mal so. Neuigkeiten halten sich nicht an den vierteljährlichen Erscheinungsrhythmus unserer Zeitschrift. Schauen Sie bitte darum öfter in die home page der DGS.

Soziologische Forschung und Lehre nach der digitalen Revolution

Frank Welz

In Zeiten der digitalen Revolution ist es ein Glück, der Soziologie zuzuhören. Bologna, Redmond und das WorldWideWeb gönnen der universitären Organisation von Forschung und Lehre keine Ruhe. Angesichts der anstehenden Umwälzungen durch sukzessive Umstellung auf Studiensysteme angelsächsischen Zuschnitts auf der einen Seite und dem noch unberechenbaren Einfluss der Digitalisierung von Publikationen (in der Forschung) und Informationen und sogar der Kommunikation (in der Lehre) auf der anderen Seite, stehen einschneidende, aber noch ganz unklare und ganz gewiss nicht-intendierte Veränderungen an. Herab- und wegsehen, jammern und bedauern und des Weiteren verzehrend zurücksehen auf eine Zeit Humboldtscher Universität, der man selbst nie teilhaben durfte, sind die klassischen Reaktionen in Fächern, denen Massenbetrieb, angewandte Orientierung und Nachfragesteuerung des Studienangebotes immer schon antiuniversitär erschienen sind. Nicht so für die Soziologie. Sie bekommt neuen Stoff, muss beobachten – und sie kann mittun. Was?

Im Publikationswesen, das Rankings und Forschungskarrieren steuert, sieht man eine Umstellung der Finanzierung von der Konsumenten- auf die Produzentenseite und entsprechend einen freien Zugang zum digitalisierten Wissensangebot der Bibliotheken voraus. Für die Zukunft der Disziplinen antizipiert Andrew Abbott (2002: 224) für das US-amerikanische Hochschulsystem im Blick auf neue marktinduzierte, internetbasierte Curricula und Lehrmaterialien eine weitere Verengung in der Spitze privater Liberal Arts Colleges. Diese werden weiterhin klassische disziplinäre Aus-

bildungen (und insbesondere dann noch exklusiver Sozialkapital und Gatekeeper-Kontakte) bereitstellen. Doch komplementär dazu wird der riesige Rest der amerikanischen Tertiärbildung auf einer teils jenseits der Disziplinen platzierten Phalanx von im Internet basierten, teils mit kommerziellen Kursangeboten bestückten Curricula aufrufen. Lernen insgesamt, so ein weiteres Argument, wird im Lebensverlauf an Bedeutung gewinnen. Es wird nicht mehr eine Wissensaneignung auf Vorrat sein, sondern lebensbegleitend organisiert werden müssen (Goertz, Johanning 2007: 254) – dann mit digitaler Rückbindung an die Hochschulen.

Nun hat es die Soziologie auch in diesem Zukunftsausblick wie stets mit besonderem Stoff zu tun. Sie bleibt nicht allein Beobachterin der digitalen Revolution und deren möglichen Folgen für die universitäre Konstellation. Für sie und alle weiteren sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächer geht es auch darum, sich zu verhalten in der gegenwärtigen Situation der computerbasierten Reorganisation des Wissens. Doch: Was können sie tun?

Die erste Dekade der informations- und kommunikationstechnologischen (IKT) Euphorie an den Hochschulen gab wenig Vorbild. Statt der multimedialen Archivierung von immer neuen Lehrmaterialien kommt es für die Soziologie und ihre Nachbarwissenschaften auf Anderes an. Erst in der aktuellen Verschiebung der IKT-Aufmerksamkeit von der Archivierung zur Prozessorganisation scheint denjenigen Forschungs- und Lehr-Lern-Prozessen besser Rechnung getragen, für die »Kommunikation« im Forschungsobjekt wie als Medium der Ausbildung zentral ist.

Im Folgenden skizziere ich zunächst einige Herausforderungen gegenwärtiger Wissensaneignungsprozesse angesichts ihrer computerbasierten Reorganisation (1.). Dann gehe ich auf die Spezifik der nicht-natur-, nicht-ingenieur-, nicht-angewandten Fächer ein, die geltend zu machen ist, um in Entwicklungen wie Blended Learning, Open-Access, Web 2.0 usw. allererst die eigenen Chancen zu sehen und nicht die Gefahr, überrollt zu werden (2.). Zuletzt zeige ich, wie es unter den Realbedingungen des universitären Lebens im Freiburger Beispiel eines internationalen, zunächst virtuellen, dann »realen« universitären Lehrverbunds und interkontinentalen Masterprogramms schon seit 1998 unternommen wurde, den IKT-Einsatz dem Nachfragebedarf anzumessen statt umgekehrt (3.).

1. Von der postmodernen Expansion des Wissens zu seiner computerbasierten Reorganisation

Das »Wissen in den informatisierten Gesellschaften« zu untersuchen, war Ende der 1970er Jahre Jean-François Lyotards (1986: 19) Auftrag im Namen der kanadischen Provinzregierung von Quebec. Lyotard konnte damals nicht wissen, dass seine entsprechende Gelegenheitsarbeit – wie er sie sah – zur intellektuellen Initialzündung des dann ausgerufenen Zeitalters der Postmoderne werden sollte. Erst die Architektur, dann die Kunst, die Kultur, dann ganze Gesellschaften wurden als postmodern bezeichnet. Erst seit der Jahrtausendwende wurde es ruhiger um die Postmoderne. Die Rede von der Globalisierung löste das Modewort ab. Der Sachverhalt bleibt: Die postmoderne Situation, gerade in der Analyse Lyotards, ist zuerst eine Situation der Expansion des Wissens. Wir leben in einer Wissensgesellschaft. An die Heterogenität des Wissens, die Vielfalt der Ansichten haben wir uns bereits gewöhnt. Was heute noch offen ist, sind die Prozesse der gegenwärtigen computerbasierten Reorganisation des Wissens in der Informationsgesellschaft.

Bei aller Rede von der postmodernen Kultur ist oft vergessen, dass Lyotards philosophische Thesen von der zunehmenden Differenzierung und Pluralisierung der Weltanschauungen, Orientierungen und Einstellungen eine techniksoziologische Grundlegung haben. Ausgangspunkt seiner oben genannten Untersuchung ist die »Vervielfachung der Informationsmaschinen« (Lyotard 1986: 22). Diese geben den Anlass für den kulturellen, postmodernen Wandel. Die postmoderne Situation des Wissens, so argumentiert Lyotard, der die Ausweitung der ersten experimentellen Videokonferenzen zwischen Universitäten in Quebec und Paris gutachterlich bewerten sollte, geht zurück auf informationstechnologische Transformationen, die den Status des Wissens verändern. Die allwärtige Verfügbarkeit der Daten und Informationen untergräbt die Autorität der wissenschaftlichen Wahrheit. Sie delegitimiert das Wissen.

Wenn die Universitäten heute daher Computer und Internet als neue Bildungsmedien heranziehen, dient dies vordergründig der besseren, schnelleren, flexibleren Verfügbarkeit des Wissens. Auf der Hinterbühne indessen unterhöhlen die technischen Prozesse – so kann man Lyotards Argumentation erneut anwenden – die Relevanz der Informationen in einem dissonanten Konzert von unendlich vielen Stimmen. Die Quantität des immer mehr und immer besser verfügbaren Wissens muss nicht seine Qualität erhöhen. Was also tun?

Neben der angedeuteten strukturellen *Differenzierung des Wissens* gibt es heute eine zweite bedeutsame Eigenart der Informationsgesellschaft, die die Stellung des Wissens in der Gesellschaft berührt. Während im zwanzigsten Jahrhundert die mediale Repräsentation von Sachverhalten und Erfahrungen in Zeitung, Radio und Fernsehen noch so verstanden werden konnte, als wäre die symbolische Ebene nur virtuell und als referierten die in den Medien transportierten Zeugnisse und Bilder auf eine reale, tatsächlich und außerhalb der Medien existierende Wirklichkeit »dahinter«, zeigt sich heute eine andere Lage. Die gewaltige Expansion der synchronen Verfügbarkeit von Informationen durch das Internet führte zu einer Situation, in welcher die symbolische Repräsentation immer weniger Repräsentation und immer mehr aktive Präsentation ist. Das Neuartige an unseren neuen IKT-vermittelten Kommunikationsweisen ist nach Manuel Castells (2001: 425) daher »nicht die Einführung einer virtuellen Realität, sondern die Konstruktion realer Virtualität«. Die konstruierten Botschaften und Bilder in den allgegenwärtigen Medien um uns herum sind genauso »reak und Teil unserer Erfahrungswelt wie Erfahrungen in der sozialen Interaktion und face-to-face Kommunikation.

Für den Umgang der Wissenschaft mit den Medien Computer und Internet bringt dies zweierlei Schwierigkeiten. *Strukturell* bedeutete der IKT-Einsatz im Rahmen der Hochschullehre während der vergangenen andert-halb Jahrzehnte zuerst und bestimmend, möglichst viel an Lehrinhalten möglichst allzeit und überall, zunächst auf PC-Speichermedien, später im Internet verfügbare zu halten – eine Strategie, die die Differenzierung und postmoderne Segmentierung des Wissens nurmehr verstärkt. In *inhaltlicher Hinsicht* erschwert die zunehmende elektronische Absorption und Vermittlung von symbolischer Repräsentation, Botschaften und Erfahrung, in der Allgegenwart multimedialer Speicher und Sendungen, *Wissen* und *Information* auseinander zu halten.

Insofern ist es vielleicht nicht nur die Technikferne oder Innovationsfeindlichkeit der Geistes- und Sozialwissenschaften (Schiltz, Langlotz 2004: 245), die diese in der IKT-Euphorie der ersten Jahre in Kontrast zu den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern merklich zurückhaltend auftreten ließen. Schon in den 1990er Jahren hat sich die verfügbare wissenschaftliche und technische Informationsmenge ca. alle 5,5 Jahre verdoppelt (Pollak, Kammerl 2000: 239). Aber die kulturbezogenen Fächer blieben skeptisch. Sie haben in der Technikeuphorie multimedialen Lernens nicht mittun wollen.

2. Von der multimedialen Archivierung zur Kommunikation und Prozessorganisation

Es wundert daher nicht, dass die ersten Bestandsaufnahmen universitärer IKT-Projekte praktisch Fehlanzeige festhielten, was geistes- und sozialwissenschaftliche Beteiligung betrifft (Keil-Slawik et al. 1998). Wissenschaften, deren Material des Wissens und deren Theoriesprache weithin textlich fixiert sind, haben im alten Medium Buch ihren flexibelsten Speicher. Warum ist das so? Um besser zu verstehen, worauf es im Lehren wie auch im Forschen und Lernen der Wissenschaften der Kultur ankommt, hilft ein Blick auf Formen und Funktionen im Szenario des Lernens:

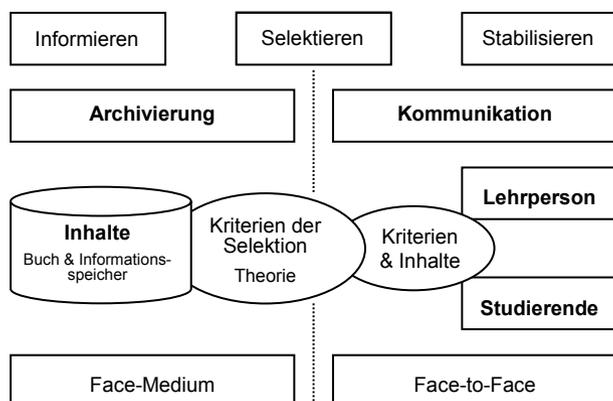


Abb. 1: Funktionen der Mediennutzung

Ohne Einbezug der digitalen Medien findet Lehren und Lernen an der Hochschule der verbreiteten Vorstellung nach ebenso wie an der Schule im Klassenzimmer statt. In der obenstehenden Abbildung 1 ist dies im rechten Teil der Grafik typisiert. In der kommunikativen Situation wird vorgetragen und face-to-face kommuniziert. Allerdings ist dies auch ohne IKT-Innovation nur die halbe Wahrheit. Zumindest an der Universität und zumindest in den Wissenschaften diskursiven Charakters, die es nicht mit Experimenten oder im Labor, sondern mit Texten zu tun haben, ist die Präsenzzeit im Seminarraum begrenzt. Der Hauptteil der Ausbildung findet in individueller Vor- und Nachbereitung, im individuellen zeit- und ortsunabhängigen Ler-

nen mit einem extrem zeit- und ortsflexiblen und zudem preiswerten Lernmedium statt: dem Buch. Unschlagbar scheint dies heute. Gerade komplementär zum Erfolgsmodell Buch ist die *Kommunikation im Universitätsraum* so entscheidend. Denn gerade weil das Buch seinen Stoff so flexibel für die individuelle Lernperson bereithält, ist die unidirektionale Vorhaltung oder Präsentation von ›Wissen‹ in Vortrag und Vorlesung keine wirkliche Alternative. Angesichts eines schier unendlichen Stoffgebietes im fachwissenschaftlichen Studium kommt es für die Lernenden gerade nicht auf die Masse immer neuer Informationen an. Vielmehr interessiert: Welche Informationen, welche Sachverhalte, welche Argumentationen, welche Thesen sind die wichtigen? Obgleich auch der Buchmarkt hier mittels Theorie- und Lehrbüchern die Auswahlentscheidung erleichtert, kommt der gesuchte Überblick vonseiten der Lehrperson. Ihr Vorbild orientiert. Ihre Funktion ist, diejenigen Prozesse zu initiieren und zu leiten, welche die je individuelle Wissensselektion aus einem zunächst übermächtig und undurchsichtig scheinenden unendlichen Informationsfluss erst ermöglichen. Ein Fakt allein macht noch kein Wissen. Erst durch die Sprache der Bezeichnung und die Brille der Interpretation selektierte und so in die eigene denkende Verarbeitung gehobene Elemente sind *Wissen*. Über die in medialer Kodifizierung vorliegende *Information* geht Wissen demnach weit hinaus. Kriterienbildung, Vergleichsraster, Verknüpfungswissen und Theorie entscheiden. Wissen meint ein Potenzial. Es birgt die Möglichkeiten zum Umgang mit Informationen. Nicht auf die Menge und das Vorhandensein, auf die *Selektion* kommt es hier an. Die Universität ist kein großes Buch. Sie ist nicht Museum. Sie gleicht keiner Online-Enzyklopädie des Wissens. Universität heißt: Forschung. Stets wird Neues generiert. Der Prozess der Wissensvermittlung besteht nicht nur aus der Konservierung und der Verfügbarmachung fachlicher Inhalte. Er umfasst auch eine ständige Auswahl und notwendige Stabilisierung des Stoffs. Die Mechanismen der Auswahl zu erlernen: darauf kommt es an. Blickschulung zählt. Das Memorieren der Sachverhalte kann das Buch – und heute die Online-Datenbank – besser.

Neben der nie endenden *Sachinformation* (2.1.) sind es daher die *Selektion* (2.2.) und *Stabilisierung* (2.3.) des Wissens, die die universitäre Lehre bieten muss. Wo setzen E-Learning und Mediennutzung hier an? Wo müssen sie ansetzen, wenn sie zur »alltagstaugliche[n] Innovation« (Seiler Schiedt et al. 2006) und zum Medium werden sollen, das den im Weltmaßstab erwarteten Studierendenbergen zur Tertiärbildung wenigstens die Tür auftun kann (Tomlinson-Keasey 2002: 135)?

2.1 Informieren

Der elektronische ist ein glänzender Speicher. Angetrieben durch die Ingenieur-, Technik- und Naturwissenschaften wurde die Gründerphase des universitären eLernens konsequenterweise nicht allein durch Projekte nach dem Prinzip der Selbstanwendung durch die Entwickler getragen. Charakteristisch waren zudem solche Initiativen, die auf die elektronische Speicherung und Archivierung von Lerninhalten setzten. Was für die (virtuelle) Operation am offenen Herzen, für das interaktiv variierbare physikalische Experiment oder das dreidimensionale Flussdiagramm meteorologischer Veränderungen aber sinnvoll und richtig ist, stößt bei den Wissenschaften, die mit Textarbeit befasst sind, schnell an Grenzen, so hilfreich es auch sein mag, die Weltgeschichte auf DVD, Seminarmaterialien auf der Homepage und den Bibliotheksbestand online verfügbar zu haben.

Wenn 70 nahe den Kunstwissenschaften angesiedelte Institutionen sich im Projekt Prometheus, einem verteilten digitalen Bildarchiv für Forschung und Lehre, zusammenschließen und ihre 208.000 Bilder in 22 Bilddatenbanken unter einer gemeinsamen Oberfläche nutzbar machen (Brenne, Pflüger 2005), so ist das sachadäquat und sinnvoll. Wenn an der Universität Stanford renommierte Philosophen sich zusammentun, Spenden einwerben, um die *Stanford Encyclopedia of Philosophy (SEP)* zu erarbeiten und diese dann auch im Internet öffentlich und kostenfrei anbieten, ist dies nicht nur ebenfalls sachadäquat, sondern eine große Bereicherung – ganz im Sinne von Lyotard (1986: 192), der seine o.g. Schrift bereits 1979 mit dem Aufruf schloss, die »Öffentlichkeit müsste freien Zugang zu den Speichern und Datenbanken erhalten.« Als ähnliches, nur ungleich breiteres, aber weniger selektives und doch immens genutztes Informationsangebot hat sich in den letzten Jahren die ganz allgemeine, freie Online-Enzyklopädie *Wikipedia* entwickelt. Wikipedia hat sich faktisch auch als Basisinformationsquelle im universitären Grundstudium etabliert. Das mag bedauerlich sein angesichts der Legionen von Hand- und Lehrbüchern und besonders auch, weil viele der mittlerweile 620.000 Stichworteinträge in Wikipedia teils nicht zitierfähig und oft zweifelhafter Herkunft sind (Hodel, Haber 2007: 45). Aber sie sind frei und besonders schnell zugänglich: Ein Fall für eine Studie zum neuen heimlichen Lehrplan durch die Entstehung freier Online-Archive.

Die aktuellen Entwicklungen im Internet, wie im Beispiel der Wikipedia-Enzyklopädie, unterstreichen die interaktive und partizipative Seite des

Web, das immer mehr zum Mitmachmedium wird. Immer weniger sind die Internet-Nutzer reine Content-Konsumenten. Immer mehr treten sie auch als vernetzte Content-Produzenten auf. Die oft *Web 2.0* oder auch *Social web* genannte neuere Organisationsform der offenen Informationsaufbereitung, die auf das freiwillige Engagement der Nutzerinnen und Nutzer setzt, kann als organisatorisch-technischer Versuch verstanden werden, der die spektakulär flexible, allseits erreichbare und kostengünstige Online-Vorhaltung von Informationen bereits mit dem nachfolgenden zweiten Punkt zu verknüpfen sucht: dem Problem der notwendigen Selektivität des Wissens.

2.2 Selektieren

Was im Klassenzimmer geschieht und was die Rolle der Lehrperson trotz neuer Medien unersetzbar bleiben lässt, ist die orientierende, gewichtende Selektion des Stoffes. Eben daran scheitern die autodidaktisch Lernenden. Im Meer der Informationen unter Tausenden von Büchern wissen sie nicht, welche die wichtigen sind. Meist trifft daher auch ihre akribische Belesenheit den Fachdiskurs einer Fachgemeinschaft nicht. Was die universitäre Bildung – genauso wie das schulische Lernen – betrifft, steht außer Frage, dass, worauf es ankommt, nur in einem *kommunikativen Prozess* angeeignet werden kann. Wenn die neuen Medien bislang nur marginal in den kulturwissenschaftlichen Disziplinen hatten Eingang in das Lernszenario finden können, dann liegt das weniger an einer oft unterstellten Technikfeindlichkeit der Textarbeiter, sondern daran, dass Kommunikation und Kooperation in den mediengestützten Lernarrangements meist ein Randdasein führten. Wenn IKT-Medien also sinnvoll und nachhaltig Anwendung finden sollen, kann dies nicht ohne Integration in kommunikative Prozesse und Seminarformen gelingen.

Während in der Hauptsache der Lehrer und die Professorin durch Lehre und Vorbild in die hochselektive, je aktuelle Wissenswelt eines Faches einführen, bestehen daneben zwei weitere Formen, die Wissen sondieren und dem Lerner die Vorauswahl abnehmen: Lehrbücher und Verlage. Lehrbücher fassen aus allem das Wichtigste zusammen. Verlage unterscheiden publikationsreife von unfertigen Manuskripten. Insbesondere bringen sie Prestige und eine Hierarchie in die Dauerproduktion neuer Publikationen. Lehrbücher sind bereits oft durch Online-Materialien ergänzt,

in manchen Wissenschaften teils durch Online-Angebote ersetzt. Dies ist besonders dort der Fall, wo die Online-Archivierung gegenüber dem flexiblen Buch einen Mehrwert einträgt: zum Beispiel bei dreidimensionalen Darstellungen oder bei videoaufgezeichneten zeitbezogenen Veränderungsprozessen, bei Sachverhalten also, die sinnvoll visualisierbar sind. Was die Rolle der Verlage betrifft, stehen hingegen tiefgreifende Veränderungen an. Solange für die etablierte Scientific Community die Selektivität der Publikationen allein bei den wichtigen Verlagen und deren wichtigen Zeitschriften gegeben war, konnten noch so viele freie Internetseiten mit den Verlagen nicht konkurrieren. Die bisherigen Material-Repositoryn waren meist als Dokumentenserver für Hochschulschriften – bei geringer Selektivität – konzipiert und demnach zur Publikation neuer Forschungsergebnisse nicht wirklich attraktiv.

Dies könnte sich ändern. Manche wissenschaftlichen Interessenverbände arbeiten daran. Zum Beispiel kooperiert in Deutschland die Max-Planck-Gesellschaft mit dem Fachinformationszentrum Karlsruhe im Aufbau einer wissenschaftlichen Informations- und Kommunikationsplattform *eSciDoc* (Lossau, Timmermann 2006). Sofern es gelingt, der notwendigen Selektivität des Wissens auch in universitätseigenen Repositoryn oder institutseigenen elektronischen Zeitschriften wirklich Rechnung zu tragen, könnten auch außerhalb der Verlage neue Orte entscheidender Publikationen mit hohem Verbreitungsgrad entstehen. Dass solche Arbeitsverlagerung aus der Privatwirtschaft zurück in die Hochschulen denkbar wird, liegt zuerst an einem einfachen technischen Umstand. Vor der elektronischen Revolution waren Schriftverkehr, Texterstellung und Druckformatierung Sache von Sekretariatspersonal und Verlagen. Heute sind diese Aufgaben faktisch in hohem Maße auf die Computerarbeitsplätze der Forschenden zurückgefallen – was die Selbstproduktion einer Online-Publikation oder selbst eines eJournals erst denkbar macht. Die traditionelle Funktion kommerzieller Verlage wird daher eine Umdefinition erfahren. Womöglich wird in Zukunft weniger Druck und Distribution einer Publikation als Ware die Leistung sein, sondern die wie immer geartete neuartige Organisation der Selektivität des Wissens wird trotz einfachster Online-Archivierung geleistet und bezahlt werden müssen. Es spricht manches dafür, dass in diesem Prozess die derzeit so extrem teuren Subskriptionspreise der Fachzeitschriften fallen und die universitätsseitigen Kosten vielmehr verstärkt auf die Förderung der Publikationen, also in die Organisation selektiver Veröffentlichungsforen, umgeschichtet werden müssen.

Kosten fallen dennoch an. Zwar argumentiert auf der einen Seite die immer stärker werdende Open-Access-Bewegung ökonomisch, dass im bisherigen Kreislaufsystem von Autor, Medium und Verlag die in universitärer Anstellung geschaffenen, steuerfinanzierten Produkte in den Verlagen kommerziell verarbeitet werden, dieser Umstand aber heute weder länger notwendig noch hinnehmbar sei. Auf der anderen Seite aber würde auch die universitätsseitig bei den Autoren und Fachverbänden organisierte digitale Publikation nicht ohne Mitteleinsatz zu organisieren sein, z.B. für Peer Review Begutachtungsverfahren. Entsprechend deutet sich unter dem Vorzeichen des Open-Access eine Umlagerung der Kosten von den Lesern und ihren Bibliotheken auf die Autoren und ihre Institutionen an. Als goldener Weg vor dem Horizont neuer Publikationsmodelle gelten dabei frei zugängliche wissenschaftliche elektronische Zeitschriften, von denen es heute ca. 2700 gibt (Müller, Schirnbacher 2007: 183). Open-Access-Zeitschriften sind demnach solche, die keine Einnahmen aus dem Verkauf generieren und also zum Beispiel nicht allein für Personen mit Universitätszugang zur Verfügung stehen und genauer: nicht allein für Wissenschaftler an solchen Universitäten, welche die entsprechenden elektronischen Zeitschriften abonniert haben. In der Praxis ist diese reine Form des Open-Access sicher nicht der erste Schritt. Den bildet vielmehr der »grüne Weg« (Müller, Schirnbacher 2007: 183), also die an eine Verlagspublikation anschließende zusätzliche, öffentlich zugängliche, digitale Archivierung seitens der Autoren, sei es in institutionellen, sei es in fachspezifischen so genannten Repositorien.¹ Klar ist, dass die digitale Revolution in die Dreierbeziehung von Autor, Medium und Verlag verändernd eingreifen wird. Noch ist das Wie allerdings offen. Auch hängt es noch von der Reaktion und den Interessen der Wissensproduzenten und ihren Institutionen ab. Klar ist allerdings auch, dass ein wirklicher Open-Access, ein weltweit freier Zugang zum Wissen nur dann gelingen kann, wenn der notwendigen Selektivität des Wissens bzw. des Publikationsangebots Rechnung getragen wird.

¹ Das Verzeichnis aller institutionellen Repositorien, das Directory of Open Access Repositories (Open DOAR, <http://www.opendoar.org>), weist derzeit 109 solcher elektronischen Depots für Deutschland aus, was die zweithöchste Anzahl weltweit bedeutet (Müller, Schirnbacher 2007: 186).

2.3 Stabilisieren

Die hochselektiven Kenntnisse, deren Erwerb lohnt, müssen allerdings auch auf Seiten der Lernenden, der jungen Forschenden, stabilisiert werden. Auch diese Funktion ist ohne Einbettung in eine kommunikative Situation nicht erfüllbar. Zumindest im Erststudium muss Wissen nicht nur gelehrt oder gelesen, sondern mittels Vorbildern und Diskursen auch stabilisiert werden. Erst in der face-to-face Kommunikation im Rahmen der Wissenschafts- oder Studiengemeinschaft und darin besonders in Gruppen entsteht die Chance, die eigenen Orientierungen an den fachlichen Diskursen zu erproben und letztlich jenen anzupassen. Hier stehen nun zweierlei Hilfsinstrumente zur Verfügung. Seitens des wissenschaftlichen Faches sind dies zum einen die Theorien. Ohne Verstand keine Erkenntnis. Ohne Theorie kein Wissen. Ohne Denkraum keine Informationsbewältigung. Theorien organisieren die Fakten in Denkmustern. Erst durch sie wird Gelerntes *Bildung*. Ohne kommunikative Verständigung über erstere in Interaktion mit den Lehrpersonen und unter den Lernenden sind diese Denkmuster, wie man weiß, kaum zu haben. Schwer ist alle Theorie. In den nordamerikanischen Eliteinstitutionen ist der Sachverhalt klar. Das gilt auch und besonders am *Massachusetts Institute of Technology* (MIT), obgleich dies als Vorreiter der frei zugänglichen Online-Veröffentlichung sämtlicher Lehrmaterialien hervortrat: »Real education requires interaction, the interaction that is part of American teaching« (Vest 2001).

In der öffentlichen Diskussion zur Bildungskrise und besonders in der über den Einsatz der neuen Medien in der Bildung ist dieser Sachverhalt wenig belichtet. Dies gilt neben der Theorie auch für eine weitere Form, die die Aufgabe der Stabilisierung des Wissens leistet: die Kompetenz auf Seiten der Lernenden. Meist sind die Herausforderungen der Informationsgesellschaft in der Bildungsdiskussion noch immer so beantwortet, als ginge es im Bildungssystem um Wissensvermittlung im Trichtermodell. Es kommt aber nicht auf den Umfang der Informationsmenge an. Was zählt, ist nicht die ausschließliche Produktion auch noch so hochwertigen Inhalts. Die Herausforderung liegt vielmehr in der Entwicklung von adäquaten, face-to-face- und face-to-medium-Interaktionen verbindenden Lernarrangements. Auf Seiten der Lernenden kommt es auf die Förderung von entsprechenden Schlüsselqualifikationen bzw. Medienkompetenzen an. Der Informationstechnologie nützt, dass

ihre Entwicklung hin zum Web 2.0 und zu interaktiven Elementen, eben die Kompetenzbildung der Lernenden und ihre wissensorganisatorische Fähigkeiten besser in das Blickfeld rückt. Man kann nur gespannt sein, wie die Ankunft der digitalen Revolution in den Wissenschaften auch das Instrumentarium und die Organisation der Wissensarbeit verändern wird. Zuerst in der Universität (vgl. Schneider et al. i.E.; Welz i.E). Im Weiteren werden sich auch neue Felder beruflicher Anwendungen auftun.

3. Von der Virtualität zur Realität eines globalen Studiengangs Freiburg-Durban-Delhi

»It's a logistical revolution in facilitating learning of social sciences.«
A. Kumar²

Was bedeuten die obenstehenden Überlegungen für eine sinnvolle Anwendung der neuen Bildungsmedien Computer und Internet? Besonders: Was bedeuten sie für einen solchen IKT-Einsatz in der sozialwissenschaftlichen Forschung und Lehre, der seinem Gegenstand angemessen und nicht Selbstzweck auf Entwicklerseite ist?

Was den Erwerb von Schlüsselkompetenzen betrifft, muss die Interaktivität des Lernens berücksichtigt sein. Was den Theoriebezug sozialwissenschaftlichen Wissens betrifft, muss die kommunikative Situation lernender Aneignung durch die Medien unterstützt werden. Sie kann nicht ersetzt werden. Im Blick auf den Mehrwert, den die Selektivität des Wissens gegenüber der planen Vorrathaltung von Materialien betrifft, müssen kommunikative Elemente eingebaut werden. Was schlussendlich die am wenigsten anspruchsvolle Form der IKT-Mediennutzung betrifft, die bloße Archivierung der Informationen, ist dies in Wissenschaften, die mit Texten zu tun haben, schnell und leicht getan. Doch sollte auch bei dieser Nutzung nach dem Mehrwert gefragt werden, also danach, was mediengestützte Materialarchivierung dem bewährten Medium Buch an Vorteilen hinzufügen kann: Der IKT-Einsatz muss seinen Inhalten sachlich angepasst sein.

² Anand Kumar, National secretary, Indian Sociological Society; Jawaharlal Nehru University, New Delhi.

An der Universität Freiburg wurde dies am Institut für Soziologie durch den Verfasser des vorliegenden Beitrags bereits seit 1998 versucht. Unmittelbaren Anlass gab zu Zeiten des IT-Hypes der ausgehenden 1990er Jahre die Feststellung, dass die faktische Abnahme der damals hohen staatlichen Fördermittel für IT-Innovationen an Hochschulen nicht nur zuerst, sondern auch prozentual ganz wesentlich in den ingenieur-, technik- und naturwissenschaftlichen Studiengängen erfolgte. Sollte es demgegenüber nicht auch möglich sein, IKT in den technikfernen Fächern sinnvoll einzusetzen? Eine entsprechende Idee einer virtuellen Kooperation zur Internationalisierung von Forschung und Lehre entstand bereits Ende 1997. Kleine Selbstversuche im Rahmen einer eigenen Lehrveranstaltung wie z.B. eine organisierte elektronische Kommunikation von Studierenden in Freiburg mit dem Kollegen William Outhwaite in Sussex gingen voraus. Nicht einmal ahnen ließ sich damals, dass aus einer vergleichsweise kleinen Idee virtueller Universitätsseminarkooperation bereits fünf Jahre später ein interkontinentales reales Master-Studienprogramm werden konnte. Das anfänglich »virtuelle« Lehrprogramm, ein internationaler Verbund mehrerer Universitäten zu den Themen europäische Sozialstruktur und kulturelle Globalisierung, wurde vom Autor 1998 initiiert und im Rahmen des Programms »Multimedigestützte Studiengänge an Hochschulen«, welches vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium in Gemeinschaftsinitiative mit der Deutschen Telekom ausgeschrieben und unterstützt wurde, beantragt und geleitet.³ Das Projekt hatte nicht nur »virtuellen« Erfolg, wie er sich in einer ganz überraschend starken Medienaufmerksamkeit niederschlug.⁴ Es führte vielmehr zu einem unübersehbar faktischen Resultat. Denn im April 2002 ging es nahtlos in einen »realen« Masterstudiengang über, der in Freiburg als »Global Studies Programm« im Fach Social Sciences eingeführt wurde und von Beginn an den akademischen Grad gemeinsam mit der Universität KwaZulu-Natal im südafrikanischen Durban verleiht. Dabei ist die Lehre sogar trikontinental realisiert: in Freiburg, Durban und Neu Delhi (Jawaharlal Nehru Universität).

3 Das LEC-Projekt (Welz 2000) wurde 2000 in Stuttgart mit dem Wolfgang-Heilmann-Preis für humane Nutzung der Informationstechnologie ausgezeichnet. Im Medida-Prix der Gesellschaft für Medien in der Wissenschaft erreichte es, ebenfalls auf dem Höhepunkt der IT-Euphorie und ebenfalls in 2000, das Innsbrucker Finale der zehn Finalisten.

4 Zum Beispiel in »Soziologen ohne Angst vor dem Netz«, Badische Zeitung, 11.05.1999. Vgl. zahlreiche weitere Beiträge unter <http://www.zmk.uni-freiburg.de>, Media Review.

3.1. Virtuelle Lehre: Lehrverbund European Social Structure & Cultural Globalization (LEC)

Drei Unterscheidungen waren in der Projektkonzeption und sicher auch für den Erfolg des virtuellen Universitätsnetzwerkes zwischen Lehrinhalten in Freiburg, Neu Delhi, Sussex, Brno und Wrocław entscheidend. Erstens wurde die IT-Technologie nicht allein als große Datenbank für Lehrinhalte verstanden. Gleichrangig zur *Archivierung* der Materialien war *Kommunikation* zentrale Schnittstelle der Projektorganisation. In der einen Hinsicht wurden Kursressourcen erstellt und veranstaltungsbegleitend im Netz verfügbar gemacht. Die Multimedia-Datenbank *Faust* bildete im Kern des Projekt-Lehrservers das Herzstück. *Faust* speichert und referenziert nicht nur Texte, Literaturangaben und Adressen, sondern kann auch alle weiteren Datenqualitäten enthalten und im Internet anbieten. Im Projektfall waren dies zum Beispiel Interviews zum Thema kulturelle Globalisierung, die Anand Kumar von der Jawaharlal Nehru Universität gemeinsam mit dem Autor des vorliegenden Beitrags im Sommer 1999 in Paris mit Immanuel Wallerstein und in 2000 in Freiburg mit T.K. Oommen durchführte. Die Textfassung der Interviews wurde später editiert und in einer internationalen Zeitschrift publiziert (Kumar, Welz 2001, 2003). Die Videofassungen selbst sind bis heute im Internet. Natürlich war die Wahl strategisch. Tatsächlich erzeugt die entsprechende Homepage zahlreiche Zugriffe von Netzflaneuren, die eben zum Beispiel nach Immanuel Wallerstein suchen. Auch wird, wohl durch die Einzigartigkeit eines frei zugänglichen Videoprodukts, die Quelle des Lehrservers vielerorts und sogar in knappen, eher lexikalischen Eintragungen zu Wallerstein und dessen Büchern benutzt.



Abb. 2: I. Wallerstein über kulturelle Globalisierung

Gut zu beobachten war daher, dass das Medium in diesem Falle tatsächlich einen Mehrwert in die Forschungsgemeinschaft und besonders in die Lehre einbrachte. Der Wissenschaftler aus Yale ist oft zitiert und selten gesehen – im Video einfach und kostenneutral dann schon. Zur Gewährleistung der Kommunikation dienten synchrone und asynchrone Internet-Kommunikationsformen, eine Multiuser-Domain, virtuelle Studierendengruppen, z.B. zur gemeinsamen Vortragsvorbereitung in studentischen Tandempaaren Freiburg-Neu Delhi (für gemeinsame real-lokale Workshops an beiden Plätzen im Sommer 2000) bis hin zum virtuellen Klassenzimmer, das in Seminarinteraktionen zwischen Freiburg und Neu Delhi, Freiburg und Brno, Sussex und Wrocław konstruiert worden war. Als weitere Form der kommunikativen Integration von Lehrinhalten und Studierenden in eine motivierende Umgebung erwies sich das so genannte »Author Online Colloquium«, welches zwischen Freiburger Studierenden und Loïc Wacquant in Berkeley durchgeführt wurde. Die Motivation der Studierenden im Internet-Chatdialog one-to-many war hoch, die Kosten des Kolloquiums niedrig und nur eine Sache schwierig: die Zeitdifferenz Kalifornien – Westeuropa.

Die hohe Bedeutung der kommunikativen Einbettung hat aber noch eine andere und nicht nur technische Seite. Als entscheidend erwies sich die weitere Strategie der *Integration der IT-Nutzung* in den regulären, bestehenden Lehrbetrieb. Keine Technikveranstaltung am Rande sollte geschaffen werden. Die Bildungsmedien sollten vielmehr nur Mittel und Werkzeuge und keinesfalls Selbstzweck sein. Daher waren sämtliche genannten Aktivitäten *institutionell* in Curricularveranstaltungen integriert. Sie waren trotz internationaler Kooperation im Sinne des Blended Learning *sozial* jeweils in den lokalen Seminaren verankert und *fachlich* zudem auf komparative oder internationale Fragestellungen fokussiert, die die Medienutzung und z.B. globale Kooperation zwischen Freiburger und indischen Seminargruppen sachlich sinnvoll und bereichernd machen (vgl. Tomlinson-Keasey 2002: 141): zum Thema kulturelle Globalisierung. Im Effekt für die Lehre standen eine neue *Multinationalität* im Studiengang, *Multilingualität* in der Seminarpraxis sowie der extrafunktionale Erwerb von Medienkompetenz durch *Multimedialpraxis* (Noel 2000). Im Arrangement entscheidend ist, dass es nicht darum geht, den Computer in die Klassenzimmer zu holen, sondern umgekehrt das Klassenzimmer in den Computer, d.h. die Interaktivität des Klassenzimmers ist in einem neu konstruierten, internationalisierten Studienraum computergestützt abzubilden.

3.2. Top 10 Master's Made in Germany: Global Studies Programm Freiburg-Durban-Delhi

Ohne diesen virtuellen Vorläufer – aber auch ohne IKT überhaupt – wäre das 2001 in Freiburg vom Verfasser für eine Förderantragstellung konzipierte und bis 2006 geleitete Master-Studienprogramm Global-studies.de undenkbar. Natürlich basiert die Faszination des zweijährigen sozialwissenschaftlichen Studiengangs⁵ zuerst auf seinen realen Teilnehmern aus bereits

5 Der Aufbau dieses Studienganges wurde vom DAAD von Ende 2001 bis einschließlich 2004 im Rahmen des Programms »Auslandsorientierte Studiengänge« gefördert. Die vom Verfasser – typisch: in prekären universitären Beschäftigungsverhältnissen – entwickelte Idee, Initiative und Antragstellung griff nicht nur zur Einwerbung der Partnerinstitute auf persönliche, aus elektronischer Kooperation entstandene Arbeitsbeziehungen zu Kollegen in Durban und New Delhi zurück. Sie bezog vielmehr die Nutzung der IKT-Medien jeweils basal in die verschiedensten Konzeptionen und Umsetzungen ein. Mit Erfolg: Für das Jahr 2004 erhielt das Kooperationsprogramm in München den

45 Ländern und vor allem auf den realen, integrierten Gastsemestern in Südafrika und Indien. Und dennoch wäre diese internationalisierte Variante eines Studienprogramms ohne die neuen Bildungsmedien und insbesondere ohne das Internet undenkbar. Nicht nur die Vorgeschichte und die Kontakte nach Delhi und Durban wurden in vorgängigen virtuellen Kooperationen erarbeitet. Auch nicht die verbindlich per Blockkurs unterrichtete Informationskompetenz ist hier entscheidend, die für englischsprachige Studierende noch unerlässlicher ist als für deutschsprachige lokale Studierende, um eben auch im deutschsprachigen Bibliothekskontext die entsprechende Spezialliteratur für die Masterthesen in den Online-Datenbanken adäquat finden zu können. Gleiches gilt für die Freiburger eCampus-Installation Clix, die im Studiengang strategisch und gut benutzt wurde, auf der Lehrveranstaltungs-Tests online angeboten und bearbeitet wurden, Whiteboards online verwaltet und Gruppenabstimmungsprozesse über das Internet organisiert wurden. Selbst die Master-Abschlussprüfungen, dutzendfach zwischen Freiburg und Durban und einmal auch Freiburg-Durban-Auckland per Videokonferenz durchgeführt, hätten eventuell alternativ organisiert werden können. Der zentrale Punkt der Unerlässlichkeit der IKT für den so erfolgreichen, *realen* internationalen Masterstudiengang scheint vielmehr der folgende Sachverhalt zu sein: Ein so internationales Programm, das unvergleichlich dichte Kommunikation und Bindungen zwischen den Studierenden über die Standorte hinweg erzeugt, wäre faktisch und praktisch undenkbar ohne die informelle und schnelle Internet-Kommunikation zwischen den drei Lehr- und Forschungsstandorten. Der Kitt des Ganzen scheint die eKommunikation zu sein, und zwar einerseits zwischen den Studierenden untereinander, z.B. aus ihren Praktika-Stationen verteilt um den Globus, und andererseits zwischen den Studierenden und ihren Herkunftsorten, Familien und Freundschaften. Für international kooperierende, neuartige *Joint-Degree Studienprogramme* existieren demnach unübersehbare *softe* Voraussetzungen, die außerhalb fachlicher Fragen liegen. Nur durch den logistischen Einsatz und die Möglichkeit der neuen Medien sind diese erfüllbar.

BMW Group Award for Intercultural Learning. In 2006 wurde das neue Qualitätslabel Top 10 International Master's Degree Courses made in Germany durch den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und den DAAD dem Global Studies Programm verliehen.



Abb. 3: Mündliches Master-Examen Freiburg-Durban

4. Fazit

Die institutionellen Bedingungen des Forschens sowie die Lehre in den Sozialwissenschaften gewinnen durch Computer und Internet mächtige Ressourcen, die sich anschicken, in beiderlei Bereichen tiefgreifende Veränderungen zu initiieren, deren Ausgang noch offen ist. Jedoch zeigt sich bereits: Sollen die zu handhabenden Veränderungen sinnvoll werden, müssen die neuen Bildungsmedien als das verstanden werden, was sie zu sein beanspruchen: Medium und nicht Zweck. Sollen Veränderungen wie im Verlagswesen oder der jetzt ganz neuartig möglichen internationalen Kooperation nicht nur ertragen, sondern gestaltet werden, dürfen die digitalen Möglichkeiten sich nicht in der Material-Archivierung erschöpfen. Vielmehr müssen organisationelle Prozesse bedacht, digital konzipiert und integriert werden. Nicht zuletzt bleibt unverrückbar, dass interpretative Wissenschaften, Wissenschaften, die mit kulturellen Erzeugnissen zu schaffen haben, auch Lernformen der Studierenden, stets noch angewiesen bleiben auf: Kommunikation.

Literatur

- Abbott, A. 2002: The Disciplines and the Future. In S. Brint (Hg.), *The Future of the City of Intellect. The Changing American University*. Stanford: Stanford University Press, 205–230.
- Brenne, S., Pflöging, B. 2005: prometheus – Strukturveränderungen in den Kunstwissenschaften? In D. Tavangarian, K. Nölting (Hg.), *Auf zu neuen Ufern! E-Learning heute und morgen*. Münster: Waxmann, 137–146.
- Castells, M. 2001: *Das Informationszeitalter. Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur*, Bd. 1: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Goertz, L., Johanning, A. 2007: OER – Deutschlands Hochschulen im internationalen Vergleich weit abgeschlagen? Eine systematische Bestandsaufnahme von OER-Initiativen im Hochschulsektor weltweit. In M. Merkt, K. Mayrberger, R. Schulmeister, A. Sommer, I. van den Berk (Hg.), *Studieren neu erfinden – Hochschule neu denken*. Münster: Waxmann, 253–263.
- Hodel, J., Haber, P. 2007: Das kollaborative Schreiben von Geschichte als Lernprozess. Eigenheiten und Potenzial von Wiki-System und Wikipedia. In M. Merkt, K. Mayrberger, R. Schulmeister, A. Sommer, I. van den Berk (Hg.), *Studieren neu erfinden – Hochschule neu denken*. Münster: Waxmann, 43–53.
- Keil-Slawik, R. et al. 1998: Multimedia-Projekte an deutschen Hochschulen. Ein Überblick. In I. Hamm, D. Müller-Böling (Hg.), *Hochschulentwicklung durch neue Medien. Erfahrungen – Projekte – Perspektiven*. Gütersloh: Bertelsmannstiftung, 199–259.
- Kumar, A., Welz, F. 2001: Culture in the World-System. An Interview with Immanuel Wallerstein. *Social Identities. Journal for the Study of Race, Nation and Culture*, 7. Jg., Heft 2, 221–231.
- Kumar, A., Welz, F. 2003: Approaching Cultural Change in the Era of Globalisation. An Interview with T.K. Oommen. *Social Identities. Journal for the Study of Race, Nation and Culture*, 9. Jg., Heft 1, 93–115.
- Lossau, N., Timmermann, D. 2006: Institutionelle Repositorien. Offene Wissenspeicher. *Wissenschaftsmanagement. Zeitschrift für Innovation*, Heft 1, 10–11.
- Liotard, J.-F. 1986: *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Graz, Wien: Böhlau.
- Müller, U., Schirnbacher, P. 2007: Der ›Grüne Weg zu Open Access‹ in Deutschland. *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (ZfBB)*, 54. Jg., Heft 4–5, 183–193.
- Noel, Y. 2000: Lehren und Lernen online. Möglichkeiten des Lehrens und Lernens via Internet am Beispiel des Hochschulprojekts LEC. Haar: VDD.
- Pollak, G., Kammerl, R. 2000: ›To know or not to know – erziehungswissenschaftliche Bemerkungen zur Wissensgesellschaft. In R. Kammerl (Hg.), *Computerunterstütztes Lernen*. München, Wien: Oldenbourg, 232–248.

- Schneider, G., Couné, B., Gayer, C., Vögele, E., Weber, Ch. (Hg.) (i.E.): Neue Medien als strategische Schrittmacher an der Universität Freiburg. Wie Informations- und Kommunikationstechnologien Studienangebote, Verwaltungsabläufe und Forschungsmöglichkeiten verändern. Freiburg i.Br.: Universitätsbibliothek.
- Schiltz, G., Langlotz, A. 2004: Zum Potential von E-Learning in den Geisteswissenschaften. In D. Carstensen, B. Barrios (Hg.), Campus 2004. Kommen die digitalen Medien an den Hochschulen in die Jahre? Münster: Waxmann, 245–254.
- Seiler Schiedt, E., Kälin, S., Sengstag, Ch. (Hg.) 2006: E-Learning – alltagstaugliche Innovation? Münster: Waxmann.
- Tomlinson-Keasey, C. 2002: Becoming Digital: The Challenge of Weaving Technology throughout Higher Education. In S. Brint (Hg.), The Future of the City of Intellect. The Changing American University. Stanford: Stanford University Press, 133–158.
- Vest, C. M. 2001: MIT to make nearly all course materials available free on the World Wide Web, <http://web.mit.edu/newsoffice/2001/ocw.html> (letzter Aufruf 16.11.2007).
- Welz, F. 2000: Uni Online. Der LEC-Lehrverbund ›European Social Structure & Cultural Globalization«. In H. Krahn, J. Wedekind (Hg.), Virtueller Campus '99. Heute Experiment – morgen Alltag? Medien in der Wissenschaft. Münster: Waxmann, 275–280.
- Welz, F. (i.E.): Forschen und Lehren in der Informationsgesellschaft: Der Fall der Sozialwissenschaften. In G. Schneider et al. (Hg.), Neue Medien als strategische Schrittmacher an der Universität Freiburg. Wie Informations- und Kommunikationstechnologien Studienangebote, Verwaltungsabläufe und Forschungsmöglichkeiten verändern. Freiburg i.Br.: Universitätsbibliothek, 49–59.

Studierende als transitorische Intellektuelle

Georg Vobruba

I. Ein soziologisches Aufmerksamkeitsdefizit¹

Die Zahl der Studierenden in Deutschland lag im Jahr 2006 bei knapp 2 Millionen². Sie hat sich in den letzten dreißig Jahren mehr als verdoppelt. Schon in quantitativer Dimension, nach Steigerungsraten, Steigerungstempo und absoluten Zahlen, stellen Studenten also ein überaus bemerkenswertes gesellschaftliches Phänomen dar. Dies gilt erst recht in qualitativer Hinsicht, also mit Blick auf die gesellschaftliche Position von Studierenden und die an sie gerichteten Erwartungen. Doch trotz solcher Auffälligkeiten scheint sich die Soziologie für Studierende als Thema nicht sonderlich zu interessieren (als Auszubildende natürlich schon). Zwar gibt es immer wieder Untersuchungen über die soziale Lage, die Einstellungen und Gesellschaftsbilder von Studierenden (vgl. Habermas et al. 1961; Lipset, Riesman 1975; Krause 1980; Böhm, Hooock 1998. Pasternack et al. 2000; Welker 2007), aber eine Soziologie der Studierenden im Sinne eines kontinuierlichen Forschungs- und Diskurszusammenhangs hat sich nicht entwickelt.

1 Dieser Aufsatz beruht auf dem Vortrag, den ich zur Eröffnung des ersten studentischen Soziologiekongresses »Perspektiven der Soziologie« (12.-13. 10. 2007) in Halle gehalten habe.

2 Davon entfallen circa 1,4 Millionen auf Universitäten, 500.000 auf Fachhochschulen, der Rest auf Verwaltungsfachhochschulen und Kunsthochschulen (inländische und ausländische Studierende; Daten für das Wintersemester 2006/07).

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation der Universitäten erstaunt dies vor allem aus zwei Gründen. Zum einen wäre zu erwarten, dass die Studierenden im Zuge der intensiven Debatten und Bemühungen um Reformen der Studiengänge automatisch ins Zentrum wissenschaftspolitischer und also auch sozialwissenschaftlicher Aufmerksamkeit rücken. Gerade der Umstand, dass die hochschulpolitischen Reformdebatten kaum auf die Lage, Befindlichkeiten und Interessen der Studierenden eingehen, wäre ein Anlass, dies zum soziologischen Thema zu machen. Und zum anderen wäre anzunehmen, dass im Zuge der Entwicklung eines auf Wissen zentrierten Gesellschaftsverständnisses Studierende in die Position hoch relevanter gesellschaftlicher Akteure und somit zu einem soziologischen Kernthema aufrücken.

Nichts davon ist der Fall: Weder hat der aktuelle Bezug zur Studienreform verstärktes Interesse an Studenten geweckt, noch hat die Diskussion um eine »Wissengesellschaft« Studierende zu einem prominenten soziologischen Forschungsthema gemacht. Soweit es sich um Studierende der Soziologie handelt, kann man diesen Ausgangsbefund so zuspitzen: Die Soziologie hat in den letzten Jahrzehnten wenig Energie aufgewendet, Selbstbeobachtung durch Beobachtung ihres Nachwuchses zu betreiben.

Ich will hier nicht über Ursachen dieses eigenartigen Aufmerksamkeitsdefizits spekulieren. Mir geht es darum, das Thema »Studierende der Soziologie neu zu erschließen. Dies werde ich über einen kurzen Umweg versuchen. Meine Ausgangsvermutung lautet, dass man einen guten Zugang zu Studierenden als Thema der Soziologie findet, wenn man sie als transitorische Intellektuelle zu verstehen versucht.

Die These, die ich hier entwickeln möchte, lautet also: Studierende, insbesondere solche der Sozial- und Geisteswissenschaften, sind transitorische Intellektuelle. Diese These impliziert die Behauptung, dass Studierende eine Position einnehmen, deren Inhaber gemeinhin als »Intellektuelle« bezeichnet werden. Damit sind bestimmte Zuschreibungen von Eigenschaften und Erwartungen, unter Umständen einschließlich gewisser Selbstzuschreibungen, verbunden. In dieser Konstellation befinden sich Studierende auf Zeit; das heißt, mit dem Ende des Studiums werden diese Positionen geräumt. Was dann mit Intellektualität passieren kann, werden wir sehen.

Also geht es darum, kurz dreierlei zu erklären:

1. Was versteht man unter Intellektuellen beziehungsweise unter intellektuell? Dazu beginne ich mit einem kurzen Rückblick auf die historische

Entwicklung des Begriffs, um seine wesentlichen Merkmale zu rekonstruieren.

2. Warum sind Studierende transitorische Intellektuelle? Dazu werde ich versuchen, Strukturanalogien zwischen den Zuschreibungen an Intellektuelle und an Studierende zu finden.
3. Was bleibt – oder zumindest: bleibt vielleicht? Dazu stelle ich die Interpretation der Studierenden als transitorische Intellektuelle in den Rahmen des erwartbaren Wandels von Universität und Arbeitsmarkt.

II. Die Bestandteile des Begriffs

Der Begriff »Intellektuelle« als Bezeichnung einer bestimmten Gruppe von Personen wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich im Zuge der so genannten Dreyfus-Affäre geprägt. Es handelte sich um eine Bezeichnung durch andere, und zwar um ein grobes Schimpfwort. Die Geschichte dazu in Stichworten: 1894 wurde Alfred Dreyfus, Hauptmann im Generalstab der französischen Armee, jüdischer Abstammung und aus dem Elsass, durch einen ihm unterschobenen Brief in den Verdacht des Hochverrats gebracht, verhaftet, degradiert und zu lebenslanger Verbannung verurteilt. Höhepunkt des Kampfes um seine Rehabilitation war der berühmte offene Brief »J'accuse« von Emile Zola an den Präsidenten der französischen Republik 1898. Es kommt zur Bildung zweier Lager und zu einem Aufruhr. Es werden Unterschriftenlisten veröffentlicht, in denen eine Revision des Urteils gefordert wird. Wer sind diese Leute, die das fordern? Aus den zeitgenössischen Gegen-Wortmeldungen (Quellen aus Bering 1978: 38, 40) können wir die folgenden Zuschreibungen filtern:

- Es handelt sich bei den Intellektuellen um
- eine sich selbst ernennende, neue Elite,
- »die in umständlichen Ausdrücken ihre Sympathie« mit Dreyfus bekundet,
- um Leute also, sieht man von ihrer Eitelkeit ab, keine egoistischen Interessen, sondern eine »Idee« verfolgen,
- »in Laboratorien und Bibliotheken leben«,
- und sich generell in Fragen einmischen, die jenseits ihrer Kompetenzen liegen.

Die Angelegenheit ging für Dreyfus gut aus. Er wurde 1899 rehabilitiert.

Einige Jahrzehnte später hat Joseph Schumpeter in »Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie« (1950) die wesentlichen Merkmale der Intellektuellen so gefasst (235ff.): »Ein großer Teil ihrer Tätigkeit besteht darin, sich gegenseitig zu bekämpfen und Lanzen zu brechen für Klasseninteressen, die nicht die eigenen sind«. Ihre Position zeichnet sich aus durch »das Fehlen einer direkten Verantwortung für praktische Dinge« und ihre Erfolgsaussichten liegen im »tatsächlichen oder möglichen Wert als Störfaktor« – was Schumpeter, wie er ausdrücklich betont, nicht abwertend meint.

Wieder ein gutes Jahrzehnt später hat Rainer Lepsius (1964) Intellektuelle anhand der folgenden Merkmale beschrieben: Sie sind ohne klare soziale Positionierung, ohne eigene wirtschaftliche Interessen, und sie üben »inkompetente aber legitime Kritik« (516) mit Bezug auf Ideale. Sie sind weder mit Macht ausgestattet, noch resigniert, agieren also unter einer Art gesellschaftlicher Relevanzfiktion.

Während in diesem Ansatz zu einer Soziologie der Intellektuellen des damals angehenden Soziologieprofessors Rainer Lepsius deutliche Züge einer Selbstbeobachtung und Selbstverortung angelegt sind, nimmt Helmut Schelsky (1975), auch Soziologieprofessor, die distanziert-polemische Beobachtungsperspektive auf die Intellektuellen wieder auf. Er macht einen Aspekt explizit, der im Diskurs über Intellektuelle implizit immer schon mitgelaufen war: Die Intellektuellen stehen der Arbeit (im konventionellen Sinn) fern und haben daher Zeit zu jener Sinnproduktion, die ihnen die Klassenherrschaft über die Arbeitenden ermöglicht. Das ist die Kernaussage seines eher berüchtigten als berühmten Buches »Die Arbeit tun die anderen«.

Es ist leicht zu sehen, was all diese Ansätze gemeinsam haben. Intellektualität ist in erster Linie eine Zuschreibung durch andere. Von den Intellektuellen heißt es: Sie mischen sich in Fragen ein, für die sie nicht kompetent sind. Sie üben Kritik und rekurren dabei auf moralisch fundierte Ideale.³ Sie stehen der (politischen) Macht fern, fühlen sich aber nicht machtlos. Sie stören. Sie befinden sich in einer sozialstrukturell unspezifischen Lage und sind von Handlungszwängen relativ entlastet – vulgo: die arbeiten nicht.

³ Systemtheoretisch kommt man so zu Intellektuellen als Störfaktoren: Intellektuelle moralisieren. Und Moral stört (Luhmann 1990).

Und noch eines haben die Ansätze gemeinsam. Sie alle beziehen den Begriff »intellektuell« auf Personen. Genauer: In diesen Ansätzen wird Intellektualität als Zuschreibung zu einer sozialen Position und deren Inhaber, dem Intellektuellen, konzipiert. Das ist das Erbe des Diskurses zur Zeit der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert. Mittlerweile fragt sich freilich, ob man mit dieser Fokussierung auf Personen in einer Soziologie der Intellektuellen noch weiter kommt. Schon die unspezifische soziale Lage, von der Lepsius zu Recht spricht, sollte vorsichtig stimmen. Denn dies ist ja nur ein anderer Ausdruck für das Problem, unabhängige Variablen zur Bestimmung von Intellektuellen als erklärungsbedürftigem Phänomen zu finden. Ein aktuelles Argument kommt dazu: Die zunehmende Ausdifferenzierung unterschiedlicher Wissensgebiete einerseits und die Verwissenschaftlichung diverser beruflicher Praxisfelder andererseits machen es immer schwieriger, die Unterscheidung zwischen professionell-kompetenten und intellektuell-inkompetenten Interventionen aufrecht zu erhalten. Intellektualität wird sozialstrukturell zunehmend unbestimmbar. Die Gefahr und Chance, über die eigene Fachkompetenz hinaus gefordert zu sein, wird immer größer, ebenso wie die Möglichkeiten zunehmen, sich jenseits dieser Kompetenzen zu artikulieren.

Anlass zu Zweifeln, die Soziologie noch länger auf intellektuelle Personen als Untersuchungsgegenstand zu konzentrieren, ergeben sich auch aus der Entwicklung der Soziologie selbst. Im zwanzigsten Jahrhundert hat sich mit der Wissenssoziologie, eine Subdisziplin entwickelt, die es ermöglicht, Wissen als empirischen Sachverhalt zu fassen und in seiner »Seinsgebundenheit« (Mannheim 1984), sei es als abhängige, sei es als unabhängige Variable, zum Gegenstand soziologischer Analysen zu machen. Gemeinsam mit der sozialstrukturellen Unbestimmbarkeit von Intellektuellen legt dies einen Wechsel des Fokus der soziologischen Aufmerksamkeit von intellektuellen Personen zu intellektuellen Texten nahe. Damit transformiert sich die Soziologie der Intellektuellen in eine Soziologie der Intellektualität und wird zu einem Teilbereich der Wissenssoziologie: Es geht um aus Texten ersichtliche Inhalte und Strukturen einer spezifischen Form von Wissen.

II. Sind Studierende Intellektuelle?

Eine provisorische⁴ empirische Grundlage zur Beantwortung dieser Frage liefert eine Google-Recherche. Lässt man nach »Studierende sind Intellektuelle« und »Studierende als Intellektuelle« und suchen, wird ein einziger Text – mit bezeichnender Stoßrichtung! – ausgewiesen: »Studenten als intellektuelle Täter« lautete die Überschrift zu einem Artikel in der Computerwoche.de (11. 5. 2000)⁵, in dem über die Suche nach den Urhebern des I love you-Virus berichtet wurde. Dagegen werden 114.000 Treffer zu »Studierende« und »Intellektuelle« nachgewiesen. Dieses Ergebnis wird durch eine analoge Suche in englischer Sprache bestätigt. »Students are/as intellectuals« ergibt 534 bzw. 644 Treffer, »students« and »intellectuals« dagegen circa 1.750.000. Offensichtlich werden Studierende überwiegend nicht als Intellektuelle identifiziert, aber es wird doch gemeinhin ein Naheverhältnis zwischen beiden Gruppen als selbstverständlich angenommen. Wenn man dies empirisch als gegeben annehmen kann, dann ist die Frage: Wodurch stellt sich dieses Naheverhältnis her? Was sind die strukturellen Gemeinsamkeiten, die ein Naheverhältnis von Studenten und Intellektuellen als selbstverständlich erscheinen lassen? Wie lassen sie sich explizit machen?

Man sieht auf den ersten Blick, dass ich mit diesem Zuschnitt der Frage wieder hinter die soeben empfohlene Transformation der Soziologie der Intellektuellen in eine Soziologie der Intellektualität zurückgehe und die Aufmerksamkeit wieder auf Personen und die an sie adressierten Zuschreibungen richte. Das ist kein Versehen, sondern hat einen systematischen Grund. Dahinter steht die Vorstellung, dass sich Studierende von transitorischen Intellektuellen zu berufstätigen Fachleuten entwickeln, die intellektuelle Texte herstellen, in der Regel aber nicht in der Rolle von Intellektuellen aufgehen. Ich komme darauf zurück, wenn ich auf das »transitorisch« im Kontext von Universität und Arbeitsmarkt zu sprechen komme. Im ersten Schritt geht es jetzt erst einfach darum zu prüfen, ob es Strukturanalogien zwischen Intellektuellen und Studierenden gibt, ob sich also bei Studierenden wesentliche Aspekte von »intellektuell« als Perso-

4 »Provisorisch« deshalb, weil es trotz interessanter soziologischer Reflexionen zum Internet (vgl. Thiedeke 2006) noch keine sozialwissenschaftlichen Konventionen zum Realitätsstatus des Internets als Textesammlung, Informationsquelle und Realität eigener Art, gibt.

5 Zugriff am 23. 10. 2007

nenbeschreibung finden. Ich prüfe dies anhand der folgenden fünf Fragen, die ich aus den Zuschreibungen, aus denen sich der Intellektuellen-Status entwickelt hat, gewinne:

1. Widmen sich Studierende Fragen, für die sie nicht kompetent sind?
2. Üben Studierende moralisierende Kritik?
3. Balancieren sie dabei zwischen Macht und Machtlosigkeit?
4. Arbeiten Studierende?
5. Stören Studierende?

Erstens. Auf die Frage, ob Studierende sich Fragen annehmen, für die sie nicht kompetent sind, gibt es eine triviale und eine nicht triviale Antwort. Selbstverständlich befassen sich Studierende mit Fragen, für die sie nicht kompetent sind. Sie werden im Laufe des Studiums dazu mehr oder weniger gezwungen – und zwar um daran zu lernen. Dass Studierende in diesem Sinn also noch nicht kompetent sind, ist trivial. Freilich geht dieser triviale Aspekt in einen viel spannenderen und weit weniger trivialen über: Lehrende machen andauernd die Erfahrung, dass Studierende eine starke Neigung haben, die Themen aller Arten von Qualifikationsarbeiten viel zu weit zu fassen. Man kann das – im Sinn der trivialen Antwort – als mangelnde Routine, fehlendes Augenmaß für das Machbare etc. abtun. Man kann darin aber auch ein systematisch erklärungsbedürftiges Phänomen sehen; und das sollte man auch, denn es tritt sehr häufig auf und ist gar zu oft Thema von Auseinandersetzungen zwischen studentischen Autoren und Betreuern. (Eco 2003: 16ff; Kruse 2005: 190) Nach meiner Wahrnehmung manifestiert sich in dem, was ich professionell als »Sie-haben-sich-übernommen« oder gar als »Themenverfehlung« registrieren muss, der Wunsch irgendetwas Ganzes, in all seinen Zusammenhängen zu erfassen. Die Grenzen der eigenen Kompetenz zu überschreiten, nehmen Studierende dabei ohne weiteres in Kauf, schon deshalb, weil sie jene ohnehin nicht genau kennen.

Zweitens. Eine gewisse Neigung von Studierenden zu moralisierender Kritik steht damit in engem Zusammenhang: Dass es soziologisch nicht um die eigene moralische Positionierung geht, sondern dass im Untersuchungsobjekt Gesellschaft real existierende Moralpositionen selbst einen analysierbaren Sachverhalt darstellen, ist mühsam zu erlernen. Denn dies setzt voraus, Moral als einer soziologischen Erklärungen zugänglichen Sachverhalt, also: wissenssoziologisch, zu verstehen. Mit dem wissenssoziologischen Zugang zu Moral löst sich zugleich freilich die Unbedingtheit

jeder Moralposition – also auch der eigenen – auf. Das verunsichert, weil man sich um – wenn auch imaginierte, praktische Handlungschancen gebracht sieht. Bei Studierenden beobachtet man häufig starke Abwehrreaktionen eines solchen genuin soziologischen Zugangs zu Moral (vgl. Sutter 2003; Dux 2004; Dux 2006) und intensive Bemühungen, eine soziologisch nicht hintergehbare Moralposition zu behaupten. Dies entspricht jenem Aspekt der Position von Intellektuellen, den ich als »Agieren unter Relevanzfiktion« bezeichnet habe. Intellektuelle hatten nie Probleme, Anliegen als moralisch so fundiert vorzutragen, als gäbe es noch traditionale Gewissheiten.

Mit den Zumutungen der Moralfreiheit, denen Studierende ausgesetzt sind, sehen sie sich eines relativ direkten Pfades zu Praxis beraubt. Denn mittels einer Verknüpfung von analytischem Wissen über die Gesellschaft und der Vorstellung einer unbedingten eigenen moralischen Position kann man sich relativ leicht als gesellschaftlich handlungsfähiges Subjekt imaginieren. Der Preis dieser Verknüpfung freilich ist, dass man die Handlungsdispositionen der gesellschaftlich tatsächlich relevanten Akteure ausblendet. So führen die Empiriedefizite der eigenen Analysen zu schlicht unrealistischen Praxisperspektiven. Dass der Umweg über Akteursdeutungen auch praktisch der bessere ist – das einsehen zu lernen braucht seine Zeit. Von Studierenden der Philosophie – und ihren Lehrenden – rede ich hier nicht: Ihnen bleibt angesichts der wissenssoziologischen Auflösung moralischer Ausgangspunkte wissenschaftlicher Argumentationen ohnehin nur entsetzte Ratlosigkeit.

Drittens. Intellektuelle sind im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder der Versuchung erlegen, die Chancen der Realisierbarkeit der Ideen, für die sich sie einsetzen, durch Bündnisse mit politischer Macht bzw. Einnehmen eigener Machtpositionen zu steigern. Auf das autoritäre Potential solcher Bündnisse ist hingewiesen worden (Konrad, Szeleny 1981). Es ergibt sich aus der Koppelung der Unbedingtheit des Moralanspruchs mit politischer Macht. Denn gestützt auf einen unbedingten Moralanspruch kann sich politisches Handeln nicht auf Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen, Werthaltungen und Weltanschauungen einlassen, sondern muss sich im Namen der Realisierung von »Idealen« darüber hinweg setzen. Das ist der historische Erfahrungshintergrund für das Definitionskriterium von Lepsius, dass Intellektuelle zwischen Macht und Machtlosigkeit stehen. Wie stehen Studenten zu Macht? Sind sie Versuchungen von Macht ausgesetzt? Gegenwärtig wohl kaum. Es ist eine schwierige Frage, ob im Zuge von »1968« Studenten Macht hatten, schon deshalb, weil nicht ganz klar

ist, welche Rolle Studenten in der »Studentenbewegung« damals tatsächlich in den einzelnen Ländern spielten (Kraushaar 2000; Gilcher-Holtey 1995). Wie auch immer – indem allgemein von der Studentenbewegung die Rede ist, werden die Ereignisse rund um 1968 samt den daraus resultierenden Veränderungen ihnen zugeschrieben. Diese studentischen Akteure kamen in keine institutionalisierten Machtpositionen. Wenn die Studentenbewegung langfristig Wirkungen in der Gesellschaft hatte, dann primär nicht institutionell-politisch, sondern als Treibsatz kulturellen Wandels. Vielleicht war genau diese Position eine genuin intellektuelle: zwischen Machtlosigkeit und Macht.

Viertens. Arbeiten Studierende? Wir können uns jeden Versuch einer direkten Beantwortung dieser Frage schenken. Entscheidend ist der polemische, denunziatorisch gemeinte Gehalt der auf Intellektuelle zielenden Behauptung: »Die Arbeit tun die anderen.« Denn genau daran wird die Struktur analogie deutlich. Die Auffassung, dass Studenten nicht arbeiten ist ebenso weit verbreitet wie falsch. Selbstverständlich ist Studieren eine anstrengende Tätigkeit. Aber die gesellschaftliche Anerkennung dieser Tätigkeit als Arbeit ist ebenso fragil wie die der Tätigkeit von Intellektuellen. Die öffentliche Meinung vermisst in beiden Fällen die disziplinierende Wirkung von Arbeit. Die von konventioneller Arbeit und ihren disziplinierenden Effekten relativ ferne Lebenssituation verschafft Studierenden und Intellektuellen jene Autonomiegewinne (vgl. Vobruba 1997), welche sie verdächtig machen: Nicht zu arbeiten und darum Zeit für allerlei Illegitimes zu haben.

Fünftens. Genau aus diesen Autonomiegewinnen ergibt sich auch die letzte bemerkenswerte Überschneidung. Ein klassisches Definitionskriterium für Intellektuelle ist: Der Wert intellektueller Tätigkeit bemisst sich am ihrer Wirkung als »Störungsfaktor« (Schumpeter). Wenn die bisher angestellten Überlegungen zutreffen, dann lässt sich daraus folgern, dass Studierende das Potential haben, gesellschaftliche Routinen zu stören – was freilich keineswegs bedeutet, dass sie dies auch tatsächlich tun. Empirisch haben Studierende als Störfaktor eine große Vergangenheit. Gegenwärtig ist dies bezüglich nicht viel zu registrieren. Aber das bedeutet nicht viel. In der mittlerweile klassischen Untersuchung der politischen Einstellungen der Studenten der Universität Frankfurt von Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler und Friedrich Wetz wurde deren überdurchschnittlich stark ausgeprägte obrigkeitliche Orientierung beklagt. Das war wenige Jahre vor 1968.

III. Nach der transitorischen Intellektualität

Insgesamt finden sich tatsächlich weit reichende Strukturanalogien zwischen dem, wie Intellektuelle beschrieben werden, und dem Verständnis von Studierenden. In diesem Sinne sind Studierende Intellektuelle. Aber diese Konzentration der Definition auf soziale Merkmale scheint mir, wie ich kurz skizziert habe, ja überholt. Denn unter der Bedingung einer gleichzeitigen Spezialisierung der Intellektuellenrolle und des breiten Streuung von Intellektualität als Textform erfasst man damit nur den Sonderfall der, die hauptberuflich als Intellektuelle tätig sind. Studierende können als ein solcher Sonderfall auf Zeit angesehen werden. Eine Begriffsstrategie, die Intellektualität exklusiv auf Personen bezieht, würde erzwingen, dass ihre Intellektualität mit dem Ende des Studiums endet – wenn sie nicht Berufsinthellektuelle werden. Eine solche Verengung scheint mir unangemessen. Denn Berufsinthellektuelle werden wenige; was ist mit den anderen? Gibt es Intellektualität nach der transitorischen Intellektualität?

Ich habe oben meine Auffassung kurz skizziert, dass der Begriff »intellektuell« seine Zuordnung wechselt: Von der Person des Intellektuellen zum intellektuellen Text als Dokument eines spezifischen Wissenstypus. Dies liegt einerseits am Wandel der Arbeitsmarktchancen universitär Gebildeter, andererseits an der Steigerung des wissenssoziologischen Reflexionsvermögens bei der Beobachtung dieses Wandels. Und in einer gewissen Überpointierung kann man, so denke ich, sagen, dass Studierende im Übergang vom Studium zum Berufsleben diesen Wandel quasi biographisch nachvollziehen: Das Ausbildungsziel des Soziologiestudiums ist es nicht, Intellektuelle hervorzubringen, sondern sozialwissenschaftliche Fachleute mit Arbeitsmarktchancen. Darunter können Intellektuelle im klassischen Sinn sein, denn es gibt in unserer Gesellschaft immer noch Personen, die Inhaber von Positionen sind, denen Intellektualität zugeschrieben, beziehungsweise abverlangt wird. Da diese Positionen von Zeit zu Zeit nachbesetzt werden müssen, entsteht immer wieder Platz (und Nachfrage) nach Intellektuellen.⁶ Aber das ist ein sehr kleines Arbeitsmarktsegment. Das Curriculum eines sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studiums darauf auszurichten, wäre schlicht verantwortungslos. Die Ausbildung von Studieren-

⁶ Zur sozialen Konstitution von unterschiedlichen Typen von Intellektuellen durch unterschiedliche Fremdzuschreibungen vgl. Schneider 2007.

den (zumindest) dieser Studienfächer zu Fachleuten freilich führt sie durch eine Phase potentieller Intellektualität und sie vermittelt eine Kernkompetenz, an welche sich Intellektualität als Denk- und Ausdrucksform, und in einer kleineren Zahl von Fällen auch als Arbeits- und Lebensform, anschließen lässt: Das Verfassen von stringent argumentierenden Texten zur Beobachtung der Gesellschaft und ihrer Artefakte.

Ich vermute, dass die Chancen, diese Kompetenz zu praktizieren, expandieren; allerdings nicht an den gewohnten Orten. Das liegt einerseits an der zunehmenden Verknappung von Positionen, in denen man mittels intellektueller Tätigkeit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Als hauptberuflicher Textproduzent ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, ist sehr schwierig, vor allem deshalb, weil dies viele versuchen und darum das Angebot an intellektuellen Texten so groß ist, dass sich nur ausnahmsweise zufriedenstellende Preise erzielen lassen. Diese Ausnahmen sind Stars, deren Autorennamen zu Markennamen geworden sind. Solche Karrieren sind selten und unplanbar. Zum anderen liegt es an Tendenzen der Auflösung von Intellektuellenpositionen gleichsam von innen: Die Transformation der Intellektuellenhaltung »öffentlicher Einsamkeit« in Posen von TV-Intellektuellen geht mit erheblichen Substanzverlusten einher (Steinert 2007). Die Position von Parteiintellektuellen hat sich zumindest in den westlichen Demokratien weitgehend aufgelöst, der Begriff bezeichnet heute eher wenig erfolgreiche Politiker oder Wissenschaftler mit hoher Opportunismustoleranz gegenüber sich selbst. Wenn es also im Bereich klassischer intellektueller Positionen schlecht aussieht, wo gibt es dann Entfaltungschancen für Intellektualität?

Wenn Armin Nassehi (2007: 284) mutmaßt, es gehe der Universitätsreform darum, der »Academia den Garaus zu machen«, so hat er Recht, wenn er damit meint, dass es darum geht, Intellektualität möglichst aus der Universität zu verdrängen. In der Tat: Die Universität als Rahmen, »Kritik als Beruf« (Lepsius 1964) zu praktizieren, wird zunehmend eng und uninteressant. Dies liegt an Unterfinanzierung, an diversen Studienreformen, sowie am Wandel der Anreizstrukturen und den sich daraus ergebenden immer ungünstigeren Rekrutierungschancen für exzellenten akademischen Nachwuchs. Aber es ist zweierlei zu bedenken.

Zum einen ist noch nicht ausgemacht, ob nicht gerade in diesem Rahmen die transitorische Intellektualität der Studierenden erst richtig ins Profil tritt. Denn es ist nicht nur wahrscheinlich, dass die politisch-administrativen Exzellenzinitiativen etc. scheitern, es ist auch möglich, dass sie

erfolgreich scheitern, indem mit zunehmender hochschulorganisatorischer Unübersichtlichkeit mehr studentische Freiräume entstehen. Und zum anderen bedeutet die Auswanderung von Intellektualität aus der Universität ja keineswegs ihre Verabschiedung aus der Gesellschaft. Im Gegenteil. Die zukünftigen Chancen für Intellektualität liegen weniger darin, von Beruf Intellektuelle(r) zu sein. Die Chancen sind vielmehr in der Expansion jener Berufe zu suchen, in denen man unter zahlreichen Aufgaben auch intellektuelle Texte produziert, Berufe also in denen sich Intellektualität unterbringen lässt. Ich vermute, dass die Verwissenschaftlichung diverser Berufsfelder im Zuge von Tertiarisierung und Informalisierung der Arbeit zu mehr Möglichkeiten führen wird, zwar nicht Intellektuelle(r) von Beruf, aber in seinem Beruf intellektuell zu sein. In diesem Sinn sind Studierende zwar transitorische Intellektuelle, aber ihre intellektuelle Tätigkeit endet nicht mit dem erfolgreichen Abschied von der Universität.

Literatur

- Bering, D. 1978: Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Böhm, J. M., Hooek, C. 1998: Sozialisation und Persönlichkeit: Autoritarismus, Konformismus oder Emanzipation bei Studierenden aus Ost- und Westdeutschland. Gießen: Focus.
- Demirovic, A., Gerd, P. 1996: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts: Student und Politik in den neunziger Jahren, Frankfurt: Campus.
- Dux, G. 2004: Die Moral in der prozessualen Logik der Moderne. Warum wir sollen, was wir sollen. Weilerswist: Velbrück.
- Dux, G. 2006: Moral und Gerechtigkeit als Problem der Marktgesellschaft. Wien: Picus.
- Eco, U. 2005: Wie man eine wissenschaftliche Abschlußarbeit schreibt. Heidelberg: C. F. Müller (UTB), 10. Auflage
- Faber, R. 2002: Die Phantasie an die Macht? 1968 - Versuch einer Bilanz. Berlin et al: Philo.
- Gilcher-Holtey, I. 1995: Die Phantasie an die Macht – Mai 68 in Frankreich. Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, J., Friedburg, L. v., Oehler, Ch., Weltz, F. 1961: Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten. Neuwied: Luchterhand.

- Lipset, S. M., Riesman, D. 1975: *Education and Politics at Harvard*. New York: McGraw-Hill.
- Konrád, G., Szelényi, I. 1981: *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Krause, C. 1980: *Zwischen Revolution und Resignation: Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft; eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Kraushaar, W. 2000: *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kruse, O. 2005: *Keine Angst vor dem leeren Blatt*. Frankfurt, New York: Campus.
- Lepsius, M. R. 1964: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: KZfSS. 16. Jg., Heft 1, 75–91.
- Luhmann, N. 1990: *Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Mannheim, K. 1984: *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mayer, U. 1981: *Zwischen Anpassung und Alternativkultur oder das politische Bewußstein und Handeln der Studenten*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Nassehi, A. 2007: Beitrag zur Email-Debatte: »Lehrprofessuren« und »Lehrkräfte für besondere Aufgaben«. *Soziologie*, 36. Jg., Heft 3, 280–293.
- Pasternack, P., Neie, T., unter Mitarbeit von R. Meder (Hg.) 2000: *stud. ost 1989 – 1999: Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland*. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Schelsky, H. 1975: *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schneider, J. 2007: Selbst- und Fremdwahrnehmung der Intellektuellen in einer pluralistischen Gesellschaft. IASL Diskussionsforum online: *Geschichte und Kritik der Intellektuellen*. <http://www.iasl.uni-muenchen.de/discuss/lisforen/schnei.htm> (31. 10. 2007)
- Schumpeter, J. 1950: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern: A. Francke Verlag.
- Steinert, H. 2007: *Das Verhängnis der Gesellschaft und das Glück der Erkenntnis: die Dialektik der Aufklärung als Forschungsprogramm*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sutter, T. 2003: *Entmoralisierung und moralischer Subjektivismus. Reaktionen auf normative Verunsicherungen in der modernen Gesellschaft*. In: N. Psarros, P. Stekeler-Weithofer, G. Vobruba (Hg.), *Die Entwicklung sozialer Wirklichkeit. Auseinandersetzungen mit der historisch-genetischen Theorie der Gesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.

- Thiedeke, U. 2006: Grenzen des Grenzenlosen. Entgrenzungen und Wiederbegrenzungen medialer Kommunikation. In: M. Eig Müller, G. Vobruba (Hg.), Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 199–215.
- Vobruba, G. 1997: Autonomiegewinne. Sozialstaatsdynamik, Moralfreiheit, Transnationalisierung. Wien: Passagen.
- Welker, F. 2007: Politische Partizipation von Studierenden. Ergebnisse einer empirisch-analytischen Studie. Marburg: Tect.

Strukturierte Promotionsprogramme in den Sozialwissenschaften

Die Reform der Doktorandenausbildung und die Erfahrungen der Bremer Graduate School of Social Sciences (GSSS)

Steffen Mau und Karin Gottschall

Die Klagen über die Mängel in der Doktorandenausbildung sind fast so alt wie der Doktorhut selbst. Der Einzelkämpfer, der Ausgebeutete, der Kofferträger, der Unterfinanzierte, der »ewige Student«, all dies sind Bilder, die sich aufdrängen, wenn man an den Status der Doktoranden und Doktorandinnen vor allem in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen denkt. Dass die Zusammenarbeit mit dem Doktorvater oder der Doktormutter als inspirierend und zielführend beschrieben wird, ist eher selten und dann mehr dem besonderen Talent und Engagement einzelner Hochschullehrer und -lehrerinnen zuzuschreiben als dem normalen Wirken der Alma Mater. In Zeiten der Massenuniversität erscheint das Promovieren in der Innen- wie Außenperspektive häufig als Glücksspiel und endet nicht selten im akademischen Abseits. In der Tat verweisen hohe Abbrecherquoten, überlange Promotionszeiten, mangelnde Vernetzung und Sichtbarkeit sowie, damit verbunden, Nachteile und Anlaufschwierigkeiten bei der Positionierung junger Wissenschaftler/innen auf dem akademischen Arbeitsmarkt auf Defizite in der universitären Ausbildung ausgerechnet in jenem Feld – dem Promovieren und Promoviertwerden –, das seit der Gründung der ersten Universitäten in Europa als das exklusive Recht der Universitäten gilt. Diese Position ist keineswegs mehr unangefochten. Fachhochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und private wissenschaftlichen Ausbildungsstätten sehen sich als ebenbürtige Ausbildungseinrichtungen, zumal die Promovierten keineswegs aus-

schließlich Karrieren im Wissenschaftsbetrieb anstreben. Noch können die Universitäten mit Unterstützung des Wissenschaftsrates das Promotionsrecht verteidigen – aber können sie es auch durch entsprechend erfolgreiche Ausbildungsleistungen mit Leben füllen und legitimieren?

»Being bright is not enough«: Strukturprobleme der DoktorandInnenausbildung

Der Weg bis zur erfolgreichen Promotion ist oft steinig und birgt das Risiko des vorzeitigen Abbruchs. Es ist bis heute allerdings nicht möglich, verlässliche Zahlen über Abbrecherquoten bei Promotionen zu erhalten. Das Problem beginnt bereits beim Erfassen derjenigen, die eine Promotion beginnen, denn Promovierende an deutschen Universitäten werden je nach Promotionsordnung in sehr unterschiedlichen Stadien des Promovierens registriert, bzw. müssen sich nicht zwingend zu Beginn des Promovierens als Doktorand oder Doktorandin anmelden. Vielmehr wird der formale Status der DoktorandInnen häufig erst gegen Ende der Promotion bzw. zeitnah zur Abgabe der Arbeit erlangt. Auf diese Weise lässt sich verlässlich nur dokumentieren, wie viele Personen sich zur Promotionsprüfung anmelden und eine Promotion abschließen. Ob diejenigen dagegen, die ihre Arbeit auch nach Jahren nicht abgegeben haben, noch immer daran arbeiten oder sich schon längst anderweitig umgesehen haben, bleibt im Dunkeln. So werden die Abbrecher/innen unsichtbar, und man muss sich auf Schätzungen verlassen.

Selbst in den USA, einem Land mit einer langen Tradition der strukturierten Graduiertenausbildung, wird die Schwundquote über alle Disziplinen hinweg auf 40 bis 50 Prozent geschätzt. Die Humanities und Social Sciences liegen dabei etwas höher als die Natural Sciences. Was hinter diesen Abbruchquoten steckt, ist vielfach diskutiert worden. Offensichtlich handelt es sich nicht einfach um einen qualitätssichernden Selektionsvorgang, bei dem die untere Leistungshälfte eines eingeschriebenen Jahrgangs ausscheidet. Denn wie entsprechende Studien zeigen, ließ sich selbst bei Programmen, die die Zulassungskriterien enger gefasst hatten, um nur noch die fähigsten Bewerber abzuschöpfen, keine signifikante Verringerung der drop-out-Rate feststellen (Lovitts, Nelson 2000). So gibt es etwa nach Daten der University of Notre Dame in Indiana keinen wesentlichen

Unterschied in den sichtbaren Leistungsindikatoren derer, die einen PhD beenden und denen, die abgebrochen haben. Die University of Notre Dame allein würde eine Million Dollar in Stipendien jährlich einsparen, wenn bei gleich bleibender Zahl an PhDs die Abbrecherquote um 10 Prozent gesenkt werden könnte (Smallwood 2004). Barbara Lovitts (2001: 2), die eine umfassende Studie zu dieser Thematik vorgelegt hat, benennt mehrere Gründe für die hohe drop-out-Rate:

»It is not the background characteristics students bring with them to the university that affect their personal outcomes; it is what happens to them after they arrive. Graduate student attrition is a function of the distribution of structures and opportunities for integration and cognitive map development. The causes of attrition are deeply embedded in the organizational culture of graduate school and the structure and process of graduate education.«

Zahlreiche Studien folgen dieser Einschätzung. Demnach liegen Gründe für Nicht-Fertigstellung oder Abbruch einer Dissertation zum Teil durchaus in der persönlichen Lebenslage der Doktoranden und Doktorandinnen, so beispielsweise der finanziellen Situation, zum wichtigen Teil aber auch in den *Strukturen der Doktorandenausbildung*. So ist bekannt, dass Gefühle der Isolation ein Hauptfaktor für die geringe Abschlussquote sind (Hawlery 2003; Ali, Kohun 2006). In vielen Kontexten gibt es einen Mangel an Austausch und Kommunikation zwischen Lehrenden und DoktorandInnen sowie innerhalb der Gruppe der DoktorandInnen. Vielfältig dokumentiert sind auch große Unsicherheiten in den verschiedenen Phasen des Promotionsprozesses, so bei der Auswahl des Themas und der Entwicklung der Fragestellung, bei der Operationalisierung und dem Feldzugang, bei der Auswertung und schließlich bei der Verschriftlichung. Ohne eine unterstützende Struktur, engmaschige Betreuung und wissenschaftliche Sozialisation gelingt es auch fähigen und kreativen Köpfen oft nicht, die Aufgaben der Promotionsphase zu organisieren und erfolgreich zu bewältigen.

Für den *deutschen Kontext* potenzieren sich diese Probleme noch, weil ein ausgebautes System der strukturierten Promotion bisher nicht existiert hat. Die meisten Doktoranden und Doktorandinnen promovieren entweder auf einer halben Mitarbeiterstelle innerhalb eines Projektes bzw. an einem Lehrstuhl oder aber mit einem Stipendium im weiteren Umkreis eines Hochschullehrers oder einer Hochschullehrerin. Beide Ausbildungswege gehen mit Problemen einher. Für die Einzelpromotion im Umkreis eines Lehrstuhls gilt, dass die Erfolgchancen dieser Promotionen häufig mit

dem individuellen Einsatz nicht nur der DoktorandInnen stehen und fallen. Betreuungsintensität, infrastrukturelle und ideelle Unterstützung, Einbindung in Netzwerke und der Zugang zu Qualifikationsangeboten kommen nur dann zustande, wenn der oder die Lehrstuhlinhaber/in entsprechende Angebote macht. Umfragen unter Promovierenden, die diesen Ausbildungsweg eingeschlagen haben, belegen, dass sich ein erheblicher Teil der Promovierenden nicht adäquat betreut fühlt (THESIS Doktorandenbefragung 2004; Gerhard, Briede, Mues 2005). DoktorandInnen auf wissenschaftlichen Mitarbeiter-Stellen wiederum sind häufig mit einer Vielzahl von Aufgaben wie akademische Selbstverwaltung, Lehre, Projektarbeit, das Verfassen von Drittmittelanträgen betraut, so dass die eigentliche Qualifikationsarbeit oft zu kurz kommt. Viele dieser Promotionen werden daher erst nach Auslaufen der Stelle beendet. Über die Dauer der Promotionen findet man keine verlässlichen Angaben, da der Beginn einer Promotion oft nicht genau erfasst werden kann, ebenso wenig die Rolle promotionsferner Tätigkeiten. Auch das vom Statistischen Bundesamt erhobene Promotionsalter ist wenig aussagekräftig. Die Studie von Bornmann und Enders (2002) geht von einer durchschnittlichen Promotionsdauer von 4,2 Jahren aus. Nimmt man allerdings die Zeit vom Hochschulabschluss bis zur Promotion als Grundlage (»time to degree«), dann erhöht sich diese Phase auf 5,7 Jahre.

Weiterhin enthalten diese Promotionswege keine systematischen Ausbildungsanteile. Häufig gibt es nur ein gemeinsam mit DiplomandInnen veranstaltetes Kolloquium, innerhalb dessen die Teilnehmer/innen ihre Arbeiten vorstellen können. Über diesen Diskussionszusammenhang hinaus gibt es kaum Angebote der kontinuierlichen Rückkopplung von Arbeitsfortschritten zum jeweiligen Mentor oder zur Mentorin. In den meisten Fällen ist es der Initiative und dem Einfallsreichtum des Doktoranden überlassen, sich andere Quellen der forschungsbezogenen Förderung zu erschließen. Als potentieller Nachteil muss auch die hohe Bindung an nurmehr eine Betreuungsperson angesehen werden, die das Risiko hoher Abhängigkeit von deren Forschungsperspektiven und thematischen Präferenzen birgt. So sind die Barrieren des Zugangs zu Betreuungsalternativen relativ hoch und oft mit einem Bruch des bestehenden Betreuungsverhältnisses verbunden.

Als Reaktion auf diese Probleme sind in vielen europäischen Ländern Reformen in der Graduiertenausbildung angestoßen worden (Sadlak 2004; Reichert, Tauch 2003). So richten sich die im Rahmen des Bolognaapro-

zesses entwickelten Ziele für einen europäischen Hochschulraum nach der Einführung von BA- und MA-Abschlüssen nunmehr auch auf die Promotionsphase als dritte Stufe der universitären Ausbildung. Die hier zu Grunde gelegten Standards für eine strukturierte Promotionsphase beziehen sich auf ein curriculares Ausbildungsprogramm und eine feste zeitliche Struktur des Promotionsprozesses für die verschiedenen Stufen von der Entwicklung des *proposals* bis zur Abgabe der Dissertation. Angesichts der Vielgestaltigkeit der Ausgangssituation in den Mitgliedsstaaten wird dabei weniger auf einen *one best way* (wie es etwa das Vorbild nordamerikanischer Forschungsuniversitäten nahe legt) abgehoben. Vielmehr wird auf unterschiedliche *best practice*-Modelle in einzelnen Ländern Wert gelegt. Auch in Deutschland sind in den letzten Jahren, nicht zuletzt angeregt durch differenzierte Bestandsaufnahmen traditioneller wie strukturierter Nachwuchsförderung durch die DFG, an zahlreichen Universitäten neue Graduierteneinrichtungen entstanden, zum Beispiel in Form von gesamtuniversitären Dachorganisationen, Fakultätseinrichtungen oder losen Verbänden (DFG 2003; Scholz 2004). Allerdings unterscheiden sich diese Graduierteneinrichtungen in ihrem Leistungsprofil, dem Ausmaß von Qualitätskontrolle und Verbindlichkeit. Für die Sozialwissenschaften ergeben sich hier aufgrund einer eher heterogenen Forschungskultur wie auch einer hohen Ausbildungslast in den grundständigen Studiengängen zum Teil andere Herausforderungen als für die Naturwissenschaften, mit denen sie gleichwohl in mancher Hinsicht die Ausrichtung an empirischer Forschung und projektförmigen Arbeitskulturen teilen.

Auch wenn in jüngster Zeit mit der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, neben Exzellenzclustern in der Forschung und universitären Zukunftskonzepten, in einer gesonderten Förderlinie Anreize zum Ausbau der Graduiertenförderung geschaffen wurden, so deutet doch einiges darauf hin, dass bislang nur wenige Universitäten über konsistente Konzepte und institutionelle Voraussetzungen für eine nachhaltige Reform der DoktorandInnenausbildung verfügen (Kupfer, Moes 2003). Dies gilt auch in europäischer Perspektive (Kehm 2004). Tatsächlich ist eine Reform der DoktorandInnenausbildung in den Sozialwissenschaften sehr voraussetzungsvoll und bedarf eines langen Atems, denn erst bei der Umsetzung von innovativen Konzepten lassen sich typische oder spezifische Probleme identifizieren, die Konzeption, Profil und universitäre Einbettung be-

treffen. Im Folgenden soll anhand der Erfahrungen der Graduate School of Social Sciences (GSSS)¹ der Universität Bremen ein bestimmter, forschungs- und international orientierter Typus strukturierter Doktorandenausbildung vorgestellt werden (www.gsss.uni-bremen.de). Er zeichnet sich durch spezifische Antworten auf traditionelle Strukturprobleme aus und eignet sich nicht zuletzt deshalb zur Diskussion, weil er nach vierjähriger Modellphase und erfolgreicher Evaluation seit 2006 institutionalisierter Bestandteil des sozialwissenschaftlichen Ausbildungsprogramms der Universität ist.

Forschungsorientierte strukturierte Doktorandenausbildung an der Universität Bremen

Die Sozialwissenschaften in Bremen zeichnen sich neben einem breiten Spektrum grundständiger Studiengänge seit mehr als zwei Jahrzehnten durch eine hohe Forschungsorientierung aus. Insbesondere der Sonderforschungsbereich 186 »Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf« (1988–2001), aber auch das 1988 gegründete Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) haben durch kontinuierliche thematisch fokussierte Forschung wesentlich zur Nachwuchsförderung beigetragen. Dennoch zeigten sich auch in dieser durch hoch vernetzte Forschung und einer kritischen Masse von forschungsaktiven Hochschullehrer/innen gekennzeichneten Situation Defizite in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die in die Idee einer eigenständigen Ausbildungsstruktur für DoktorandInnen mündeten. Vor diesem Hintergrund hat die Universität Bremen schon vergleichsweise früh begonnen, neue und innovative Strukturen für die Doktorandenausbildung in den Sozialwissenschaften zu etablieren, unterstützt

1 Mit Beginn 2008 wird die GSSS in die »Bremen International Graduate School of Social Sciences« (^{BI}GSSS) überführt, die von der Universität Bremen und der Jacobs University Bremen gemeinsam getragen und durch die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder gefördert wird. Die Graduiertenschule wird zum einen auf den Erfahrungen und institutionellen Strukturen der Graduate School of Social Sciences (GSSS) der UB aufbauen. Zum anderen stützt sich die ^{BI}GSSS in der Jacobs University auf die interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Graduiertenprogramme an der School of Humanities and Social Sciences (SHSS) und am Jacobs Center for Lifelong Learning and Institutional Development (JCLL).

durch die erfolgreiche Einwerbung von Fördermitteln bei der VolkswagenStiftung. Auf Initiative verschiedener Hochschullehrer (Walter R. Heinz, Stephan Leibfried, Ansgar Weymann, Helga Krüger, Michael Zürn) wurde 2002 die Graduate School of Social Sciences gegründet. Das Konzept für die Ausbildungsreform bezog sich auf Erwartungen und Forderungen des Wissenschaftsrates (1997) und stützte sich auf Erfahrungen von Graduate Schools insbesondere an nordamerikanischen Forschungsuniversitäten. Neben einem englischsprachigen und curricularem Ausbildungsangebot, das auch für ausländische Bewerber attraktiv ist, ging es insbesondere um bessere Strukturen zur Förderung von Promotionsarbeiten. Langfristiges Ziel war die Etablierung einer international konkurrenzfähigen und sichtbaren Graduiertenschule, die sowohl international rekrutieren wie auch ihre Absolventen und Absolventinnen international platzieren kann. Im Zuge der Reform der Studiengänge durch den Bolognaprozess kam als weiteres Ziel die Integration der gestuften sozialwissenschaftlichen Ausbildung etwa durch fast track Übergänge von Masterprogrammen in das Promotionsstudium hinzu. 2006, nachdem zwei Kohorten das dreijährige Ausbildungsprogramm der GSSS durchlaufen hatten, wurde die GSSS durch ein von der VolkswagenStiftung bestelltes internationales Gutachtergremium positiv evaluiert.

Auch wenn bei dem Konzept der Graduiertenschule der Gedanke einer *eigenständigen Ausbildungseinrichtung für Doktoranden* im Vordergrund stand, war doch klar, dass sie in ein etabliertes Forschungsumfeld eingebunden sein muss, damit sie wesentliche Impulse durch die Forschungsaktivitäten in ihrem Umfeld erhalten kann. Das bedeutet nicht nur, dass Forschungsimpulse unmittelbar in die Graduiertenausbildung einfließen, sondern auch, dass DoktorandInnen frühzeitig in Forschungskontexte der betreuenden Hochschullehrer/innen einbezogen werden. Dementsprechend wurde die Graduate School of Social Sciences seit ihrer Gründung wesentlich vom Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), dem Institut für empirische und angewandte Soziologie (EMPAS) und dem Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) getragen. Weitere enge Kooperationspartner sind der seit 2003 tätige Sonderforschungsbereich 597 »Staatlichkeit im Wandel« und das Jean Monnet Center für European Studies (CEuS). Die Orientierung an diesen Forschungseinrichtungen schlägt sich auch im fachlichen Profil der GSSS nieder, deren *Themenbereiche* gegenwärtig »International Relations and Political Theory«, »Welfare State Transformation« und »Life-Course and Social Change« sind. Die School hat

damit ein breites und interdisziplinäres forschungsorientiertes Profil, das Soziologie, Politikwissenschaften, Sozialpolitik und Gesundheitsökonomie umfasst, ist jedoch gleichwohl durch die Themenbereiche klar fokussiert.

Darüber hinaus verfügt die Bremer Graduate School über eine Reihe von *spezifischen Strukturmerkmalen*, die sich bisher für den Erfolg der Schule als förderlich erwiesen haben. Dazu gehören eine relativ große institutionelle Unabhängigkeit (die GSSS ist als zentrale wissenschaftliche Einheit – ZWE – dem Rektorat unterstellt), ein professionelles Management mit Geschäftsführung und akademischer Leitung, räumliche Integration in einem eigenen Gebäude (inklusive eigener Bibliothek), ein Director of Studies zur Organisation des Studienprogramms, eine eigene Inhouse-Faculty von drei Hochschullehrern zur Betreuung und Koordination der einzelnen Themenfelder, engmaschige Betreuung und *open-door-policy*, deputatswirksame Anerkennung der Lehre in der Doktorandenausbildung, ein ausgewogenes Ausbildungsprogramm (Theorie, Methoden, Forschungsdesign, Forschungscolloquia), eine entwickelte Struktur der Meta-Supervision und Qualitätssicherung, eine internationale Marketing- und Rekrutierungsstrategie und Beratung und Unterstützung beim Übergang in die PostDoc-Phase oder in den Arbeitsmarkt. Die GSSS verfolgt somit ein umfassendes Betreuungs- und Ausbildungskonzept, das von der Rekrutierung der Fellows bis zur Platzierung auf dem Arbeitsmarkt reicht (Schaubild 1).

Die Graduate School hat in den Jahren seit ihrer Öffnung jährlich 9 bis 15 neue DoktorandInnen aufgenommen und durch Stipendien der Universität, der Volkswagenstiftung und verschiedene Begabtenförderungseinrichtungen finanziert. Insgesamt ein Drittel der Doktoranden und Doktorandinnen wurde aus dem Ausland rekrutiert, aus bis jetzt 15 Ländern. Von den deutschen Doktoranden und Doktorandinnen hat etwa die Hälfte einen universitären Abschluss im Ausland gemacht, und für einige von ihnen ist die GSSS die »Empfangsinstitution« für die Rückkehr. Der Frauenanteil beträgt über 50% und liegt damit deutlich über den Normalwerten in den Sozialwissenschaften an den Universitäten und vermutlich auch den vom fachlichen Profil vergleichbaren außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie etwa dem MPI Köln oder dem WZB.

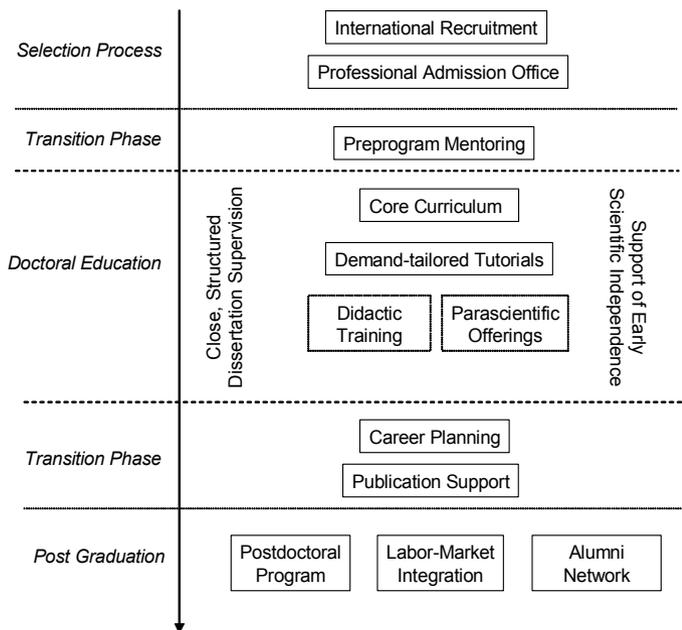


Schaubild 1: Der »Lebensverlauf« der PhD-Ausbildung

Neben der fachlichen Ausrichtung der GSSS geben die Doktoranden und Doktorandinnen als Motivation für die Bewerbung den internationalen Charakter der GSSS mit der Arbeitssprache Englisch (die meisten Dissertationen werden auch auf Englisch verfasst), die internationale Mischung der Promovierenden und die zahlreichen Möglichkeiten der internationalen Kooperation durch die gut entwickelte Forschungsvernetzung an. Die Auswahl der DoktorandInnen erfolgt auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen (so Zeugnisse, Referenzen/ Gutachten, Letter of Motivation, Exposé) und eines Interviews vor Ort. Neben dem Aspekt der Qualität wird bei der Auswahl auch die Frage der Betreuungskompetenz auf Seiten der Lehrenden berücksichtigt. Die Zahl der Bewerbungen pro Stipendium schwankte in den letzten Jahren in der Regel zwischen 10 zu 1 und 15 zu 1. Als wichtiger Faktor für die Anzahl und die Qualität der Bewerbungen erwiesen sich die Werbeaktivitäten, etwa das Verschicken von Plakaten oder die Präsenz auf nationalen und internationalen Konferenzen. Wichtig ist auch der Kontakt und die Kooperation mit internationalen Masterprogrammen, so dem IMPALLA Programm in Luxemburg und der Central European University in Budapest.

Zentraler Bestandteil strukturierter Graduiertenprogramme ist das *Curriculum*. Im Vergleich der bisher existierenden Graduiertenschulen finden sich gravierende Unterschiede zwischen einem eher »dünnen« Curriculum, welches sich oft in einer gemeinsamen Veranstaltung und einem Colloquium erschöpft, und umfangreicheren Lehrprogrammen. Für alle Modelle gilt, dass sie eine gute Balance zwischen breit angelegten Kursen zur Erlangung von Wissen innerhalb der Disziplin und den Lehrangeboten im Hinblick auf die Arbeit an der Dissertation schaffen müssen. Auch ist zu bedenken, dass sehr allgemein gehaltene Kurse oft in zeitlicher Konkurrenz zur Arbeit an der eigenen Dissertation gesehen werden, so dass Motivationsprobleme bei den Teilnehmern auftreten können. Innerhalb der Bologna-Reformen hat man sich nicht dazu entschließen können, die Dissertationsphase zu erweitern und dem amerikanischen Modell anzugleichen, wo durch Verzahnung von MA- und PhD-Ausbildung die Promotionszeit von vornherein auf vier und mehr Jahre angelegt ist. In Deutschland hält man dagegen an der dreijährigen Promotionsphase fest, obwohl mit dem Ausbau von Lehranteilen zusätzliche und auch zeitlich anspruchsvolle Anforderungen auf die Promovierenden zukommen. Es gilt für die akademische Ausbildung das Drei- (BA) plus Zwei- (MA) plus Drei- (PhD) Jahre-Modell. Auch im Rahmen der Förderlinie Graduiertenschulen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder wird die Drei-Jahres-Förderung als Erfolgsmaßstab angelegt, obwohl bekannt ist, dass das Problem der Fertigstellung der Dissertation mit obligatorischen Kursbesuchen womöglich an Brisanz gewinnt. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, diese Programme so zu gestalten, dass sie im Hinblick auf die Dissertation förderlich wirken und dissertationsbezogene Lerninhalte in den Vordergrund stellen.

Das Curriculum der GSSS bietet mit einem Integrated Methods Course (als zweiwöchige Blockveranstaltung zu Beginn des ersten Semesters) und dem themenfeldspezifischen Theoriekurs zwei Kurse mit einem eher breiten Anspruch. Ziel ist, eine gemeinsame Basis zu schaffen, die aufgrund der Heterogenität der DoktorandInnen im Hinblick auf das fachliche Profil und die universitäre Sozialisation nicht immer vorausgesetzt werden kann. Im Doctoral Seminar, gleichfalls im *ersten Semester*, steht die konkrete Arbeit am Proposal im Vordergrund. Dieses Seminar, welches sich zentral mit dem Forschungsdesign der Arbeiten befasst, wird von den DoktorandInnen als besonders hilfreich bewertet, da es eine sehr umfangreiche und intensive Diskussion zur Fragestellung, Operationalisierung, Forschungs-

strategie und Forschungslogik erlaubt. Dieser Typus von Seminar ist auch deshalb sehr zentral, weil dadurch gewährleistet werden kann, dass schon nach einem dreiviertel Jahr ein hinreichend gutes Exposé erarbeitet worden ist, das als solide Basis für die empirische Arbeit dienen kann.

First Year Fellows: Theoretical/Methodological Foundations, Dissertation Design	
Integrated Research Methods, 2 weeks in October	
1st Semester: 1. Core Theory Seminar 2. Doctoral Seminar 3. Faculty Workshop 4. Doctoral Colloquium	2nd Semester: 1. Research Perspectives 2. Advanced Research Methods: Quantitative or Qualitative Methods 3. Doctoral Colloquium 4. Faculty Workshop
Second Year Fellows: Dissertation Research and Teaching	
3rd Semester: 1. Doctoral Colloquium 2. Didactic Blockseminar 3. Faculty Workshop	4th Semester: 1. Doctoral Colloquium 2. Faculty Workshop
Third Year Fellows: Dissertation Write-Up and Teaching	
5th Semester: 1. Doctoral Colloquium 2. Faculty Workshop	6th Semester: 1. Doctoral Colloquium 2. Faculty Workshop Dissertation Defense
(Teaching Requirement can be fulfilled anytime between the 3rd and 6th semesters)	

Schaubild 2: Das GSSS-Curriculum im Überblick

Im *zweiten Semester* besuchen die DoktorandInnen zwei Kurse, einen zu Research Perspectives, welcher stärker anwendungsorientiert angelegt ist und exemplarisch Forschungsarbeiten bespricht, und einen weiteren Methodenkurs, wobei eine Wahl zwischen quantitativen und qualitativen

Methoden getroffen werden kann und die Kursinhalte weitgehend von den Bedarfen der DoktorandInnen abhängig gemacht werden. Fortlaufend gibt es pro Themenfeld ein Forschungskolloquium, in dem die Arbeiten der DoktorandInnen der höheren Semester vorgestellt und diskutiert werden. Teil des Ausbildungsprogramms ist auch die Vermittlung von Lehr- erfahrung. So führen die GSSS-Fellows, begleitet von Mentoren und Mentorinnen, je einen Kurs in den sozialwissenschaftlichen BA-Studiengängen der Universität durch. Zusätzlich macht die GSSS zahlreiche extracurriculare Angebote wie didaktische Seminare, spezielle Methodenkurse und Maßnahmen zur Karriereförderung.

Neben dem Curriculum ist die *Organisation und Qualität der Betreuung* der zweite wichtige Pfeiler einer erfolgreichen Ausbildung. Auch für diese Art strukturierter Ausbildung im Rahmen einer School gilt, dass man gute Betreuung nicht von oben verordnen kann, sondern sie sich innerhalb eines sozialen Prozesses entwickeln muss. Hier ergeben sich neue Anforderungen an die Hochschullehrer/innen und Forscher/innen. In der GSSS hat sich vor allem die konsequente Einbindung der Professorenschaft in die akademischen Gremien der School, in die Auswahl der DoktorandInnen und schließlich in Lehre und Betreuung als wichtig erwiesen. Dies hat auch eine sozialisatorische Funktion, indem die School als Teil des eigenen Aktivitäts- und Verantwortungsbereiches wahrgenommen wird. Allerdings ist es auch in der GSSS nicht in jedem Einzelfall gelungen, eine enge Bindung zwischen Faculty und Graduate School zu erzeugen, so dass dieser Prozess noch nicht als abgeschlossen gelten kann. Neben der Gründergeneration haben insbesondere neue und jüngere KollegInnen die großen Chancen, die im Engagement für die DoktorandInnenausbildung auch für die eigene Profilbildung stecken, gern wahrgenommen. Dabei stellt die themenspezifische Ausschreibung sicher, dass einerseits Betreuungskompetenz vorhanden ist, andererseits auch die Promotionsprojekte auf Interesse bei den Lehrenden stoßen.

DoktorandInnen in der GSSS besitzen einen *rechtlich gesicherten Status*, es werden verbindliche Promotionsvereinbarungen (Doktorandenkontrakt) geschlossen und es gibt ein entwickeltes System der Supervision und Qualitätssicherung. Dadurch werden wechselseitige Erwartungen und Ansprüche geregelt. Als besonders erfolgreich hat sich die Entscheidung erwiesen, die Betreuungsbasis der einzelnen Dissertationen zu verbreitern. In der GSSS wird nicht einzeln betreut, sondern frühzeitig in *Betreuungskomitees* von bis zu drei HochschullehrerInnen, die vom ersten Jahr an in das Dis-

sertationsprojekt eingebunden sind. Jährlich findet ein gemeinsames Progress Assessment Colloquium (PAC) statt, in welchem die Fortschritte der Arbeit *gemeinsam* besprochen werden. Auch für die betreuenden ProfessorInnen ist diese Art der Betreuung attraktiv, denn sie kommen über die gemeinsame Wahrnehmung der Supervisionsaufgaben in engeren fachlichen Austausch mit ihren KollegInnen. Häufig gehört dem Komitee auch ein auswärtiger Betreuer an. Nicht selten sind die PACs ein stimulierender und kreativer Prozess der wechselseitigen Verständigung über ein Projekt und seine Potentiale. Am Ende erhält der Doktorand/ die Doktorandin einen Bericht mit konkret vereinbarten weiteren Schritten und verbindlichen Unterstützungsleistungen der BetreuerInnen. Die allgemeinen Absichtserklärungen des Doktorandenvertrages werden hier konkretisiert und in einen dauerhaften Rückkopplungsprozess eingebunden. Die GSSS reagiert flexibel bei Krankheitsfällen oder wenn durch die Fellows familiäre Betreuungsleistungen erbracht werden, so dass trotz dieser Belastungen der Dissertationserfolg nicht gefährdet wird.

Neben Curriculum und Betreuung der Dissertationen sind die *interne Organisation und die externe Vernetzung der Graduiertenschule* entscheidend. Die GSSS wird professionell geleitet, dies betrifft sowohl die akademische wie auch die administrative Seite. Maßgeblich für den Erfolg sind auch die Einbeziehung und das Engagement der DoktorandInnen. Diese sind in die Gremien der akademischen Selbstverwaltung mit einbezogen und nehmen auch an den Auswahlprozessen der neuen Kohorten teil. Zudem organisieren sie den fortlaufenden Faculty Workshop, eine Vorlesungsreihe zu der vornehmlich auswärtige Gäste eingeladen werden. Auch zahlreiche für das Klima und die Integration wichtige soziale Aktivitäten liegen in ihren Händen. Die hohe Kommunikationsdichte, die durch die räumlichen Gegebenheiten der GSSS gewährleistet ist, hat zu einer starken *Corporate Identity* geführt. Sie hat auch erheblich zur internen Vernetzung und wissenschaftlichen Selbstorganisation der Fellows beigetragen, die ihren deutlichsten Ausdruck in der selbständigen Planung und Durchführung von Konferenzen und Workshops findet. Ein Beispiel dafür ist das im Frühjahr 2008 schon zum vierten Mal stattfindende International Young Scholars German Socio-Economic Panel Symposium, das in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und dem Hanse Wissenschaftskolleg (HWK) in Delmenhorst durchgeführt wird.

Die externe Vernetzung bezieht sich einerseits auf den Standort Bremen, andererseits auf vielfältige internationale Kooperationen. Am Standort Bremen sind dies neben den tragenden Forschungsinstitutionen der GSSS auch die Jacobs University Bremen, deren Lehrende auch in der Betreuung einzelner DoktorandInnen aktiv sind, und das Hanse Wissenschaftskolleg (HWK). Gemeinsam mit dem HWK werden fortlaufend zahlreiche Veranstaltungen realisiert. Darüber hinaus gibt es seit 2007 einen DAAD-Chair für Comparative Social Studies, der vom HWK und der GSSS gemeinsam getragen und besetzt wird. Der Inhaber oder die Inhaberin dieser Gastprofessur übernimmt in der GSSS Aufgaben in der Lehre und Betreuung der DoktorandInnen und ist gleichzeitig Fellow am HWK. International gibt es zahlreiche Kooperationen, so mit dem Graduiertenprogramm »Inequality and Social Policy« der Harvard und der Princeton University, mit dem Life Course Center der University of Minnesota, der School of International Studies der Universität Trento oder der Bosphorus Universität Istanbul.

Die GSSS hat schon heute einige Erfolge vorzuweisen, so eine sehr geringe Abbrecherquote², eine recht kurze Promotionsphase und eine gute Arbeitsmarktplatzierung. Bisher haben alle DoktorandInnen nach ihrem Abschluss eine qualifikationsadäquate Beschäftigung gefunden, seien es PostDoc-Stellen im In- und Ausland, Stellen als wissenschaftliche Mitarbeiter an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen, Assistant Professorships, Stellen in nationalen und internationalen Organisationen (z.B. Goethe-Institut) und Stellen in öffentlichen Verwaltungen und Ministerien (z.B. dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales). Allerdings sind bisher zahlreiche berufliche Einstiege bereits vor dem Einreichen der Dissertation erfolgt. Das Idealmodell des Abschlusses der Arbeit in der GSSS und der danach erfolgenden beruflichen Orientierung hat sich bisher nur für wenige realisiert. Für diese ungewöhnliche Gestaltung der Statuspassage Dissertationsabschluss gibt es verschiedene Gründe. Zum einen fördert die GSSS bereits in der Endphase der Dissertation die Suche nach einer Anschlussperspektive. Darüber hinaus führt die hohe wissenschaftli-

2 Von den 79 DoktorandInnen, die von 2002 bis 2007 ihre Promotion in der GSSS aufnahmen, gab es bisher vier Abbrecher (davon drei Übergänge in andere Berufstätigkeiten) und drei (vor allem familiär bedingte) Wechsel an andere Universitäten, an denen die Promotion fortgesetzt wurde. Da die meisten Promotionen noch in der Bearbeitungsphase sind, ist die Angabe einer endgültigen Abschlussquote aber noch nicht möglich.

che Selbständigkeit der DoktorandInnen, gefördert über Tagungen, Publikationen und Netzwerke, dazu, dass sie selbst ein hohes Potential für eine erfolgreiche Arbeitsmarktplatzierung haben, und schließlich sind auch Arbeitgeber innerhalb und außerhalb der Wissenschaft häufig bereit, gute Bewerber bereits vor Abschluss der Dissertation zu rekrutieren. Im Ergebnis führt dies häufiger als zunächst erwartet zur Aufnahme einer Beschäftigung vor dem eigentlichen Abschluss, also in der Endphase der Dissertation. Für die Graduate School bedeutet das zwar einerseits einen Erfolg, andererseits müssen aber zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um die Fertigstellung der Arbeiten zu sichern. Dies heißt, dass regelmäßiger Kontakt aufrechterhalten wird und dass es zusätzliche Beratungsangebote im Hinblick auf die Arbeit unter diesen neuen Bedingungen gibt. Dennoch ist klar, dass mit der Aufnahme einer Beschäftigung unweigerlich zeitliche Verzögerungen auftreten und auch die Risiken eines Abbruchs erhöht werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn zeitgleich zum Einstieg in eine neue Tätigkeit zusätzliche weitere Anforderungen hinzukommen, so beispielsweise im Falle einer Familiengründung. Eine Reihe von Arbeitgebern zeigte sich allerdings durchaus flexibel im Hinblick auf den endgültigen Beschäftigungsbeginn oder die Möglichkeit eines schrittweisen Übergangs in eine Vollzeitbeschäftigung.

Vom Modell zur Institution: Die Mühen der Ebene

Die GSSS hat den Schritt vom Modell zur Institution zugleich mit einer strukturell relevanten Ausweitung der School verbunden. Beginnend mit dem Wintersemester 2007/8 können nunmehr auch DoktorandInnen aus Forschungsprojekten, insbesondere dem Sonderforschungsbereich 597 »Staatlichkeit im Wandel« an der School teilnehmen. Um dies zu ermöglichen, wurde ein *Credit Point System* entwickelt, welches die Arbeit innerhalb der Forschungsprojekte entsprechend anrechnet. Die Doktoranden und Doktorandinnen aus den Forschungsprojekten, in der GSSS werden sie als *Affiliated Fellows* bezeichnet, nehmen an einem Kerncurriculum teil und werden analog zu den anderen Fellows in die Strukturen der Betreuung und Supervision eingebunden. Über die direkten Effekte im Hinblick auf die Erarbeitung der Dissertation erwarten wir davon auch eine engere Verkopplung der DoktorandInnenausbildung mit der Forschung in den

einzelnen Instituten. So lässt sich besser sicherstellen, dass die Graduiertenschule kein isolierter »Dissertationsbrüter« wird, sondern ein Modell der Integration von Forschung und Ausbildung darstellt. Dies entspricht auch den Empfehlungen von Hochschulrektorenkonferenz und Wissenschaftsrat, die sich dafür aussprechen, dass Graduiertenzentren allen Promovierenden unabhängig von ihrer Förderung offen stehen sollten. Auch hier steht wieder die Etablierung strukturierter und forschungsnaher Ausbildungsangebote im Vordergrund: »Die forschungsbezogene Ausbildung von Doktoranden aufgrund einer kompetitiven Zulassung in Zentren für Doktorandenstudien bringt nicht nur den DoktorandInnen Vorteile einer interdisziplinären und zeitlich berechenbaren Betreuung. Sie bietet auch strukturelle Vorteile für Universitäten und ihre Fakultäten/ Fachbereiche, indem dadurch international wettbewerbsfähige, profilbildende Schwerpunkte in Forschung und Nachwuchsförderung gegründet oder gestärkt werden können.« (HRK 2003, B.IV.1) In diesem Sinne erwarten wir eine noch engere Verknüpfung der Graduate School mit der sie tragenden Forschungslandschaft und zusätzliche Impulse der forschungsmäßigen Fokussierung.

Eine weitere Entwicklung betrifft die neuen Möglichkeiten der Verzahnung von Masterausbildung und Promotionsstudium, die mit dem Fortschreiten des Bolognaprozesses in Zukunft vielen Universitäten offen stehen werden. Mit der relativ frühen Umstellung auf die neue, zweistufige Ausbildungsstruktur BA/MA sind an der Universität Bremen in den Sozialwissenschaften bereits seit 2004 auch Masterstudiengänge eingerichtet worden, die über fachliche Ausrichtung und Forschungsorientierung an das Profil der GSSS anschlussfähig sind. Dies gilt etwa für den MA Soziologie und Sozialforschung, den MA Sozialpolitik, den mit der Jacobs University gemeinsam betriebenen MA International Relations and Political Theory oder den europäisch vernetzten Master European Labour Studies. Absolventen und Absolventinnen dieser Studiengänge können, wenn sie sich im Zulassungsverfahren der GSSS behaupten, an das Masterstudium in Bremen ein Promotionsstudium anschließen. Darüber hinaus gibt es nunmehr auch die Möglichkeit des sogenannten fast track. Besonders exzellente Studierende können sich auf Basis eines proposals und mit Empfehlung eines betreuenden Hochschullehrers bereits am Ende des ersten MA-Studienjahres für die GSSS bewerben und statt des zweiten Masterjahres bereits das erste Jahr im Programm der Graduiertenschule absolvieren. Ob dies nicht nur in Ausnahmefällen dazu beitragen kann, die

Studien- und Promotionsdauer zu verkürzen, wird sich erst in Zukunft zeigen.

Ein weiterer Aspekt, der im Zuge der Institutionalisierung mehr in den Vordergrund getreten ist, ist die Frage, wofür ausgebildet wird. Zielt die Promotion ausschließlich auf den akademischen Arbeitsmarkt oder ist diese Qualifikation in Fachbehörden, Nichtregierungsorganisationen und in der freien Wirtschaft ebenso gefragt? Nach unserer Erfahrung ist eine ausschließliche Orientierung auf den wissenschaftlichen akademischen Arbeitsmarkt nicht sinnvoll, da dieser nur einen Teil der Promovierenden aufnehmen kann und auch nur für einen Teil von ihnen die zentrale berufliche Orientierung darstellt. Insbesondere ausländische Doktoranden und Doktorandinnen, etwa aus Mittel- und Osteuropa oder Südostasien, verbinden mit der Promotion an einer internationalen Einrichtung häufig das Ziel, die erworbenen Qualifikationen in ihrem Heimatland beim Aufbau oder der Entwicklung politischer, sozialstaatlicher oder ökonomischer Institutionen und der Kooperation mit Westeuropa oder der EU einzusetzen. Daher ist es durchaus sinnvoll, innerhalb der Promotionszeit auch Möglichkeiten zum Absolvieren von Praktika einzuräumen, wenn solche Interessen bestehen und zusätzliche Karriere fördernde Veranstaltungen anzubieten, die Kompetenzen auch für einen nicht im engeren Sinn akademischen Arbeitsmarkt vermitteln.

Schließlich eröffnen sich insbesondere mit international ausgerichteten Doktorandenprogrammen nicht nur neue Möglichkeiten internationaler Vernetzung, etwa über die Kooperation mit vergleichbaren Programmen im Ausland, sondern auch des Praxisbezugs, wenn es gelingt, die Absolventen und Absolventinnen für *Alumni-Aktivitäten* zu gewinnen und diese sinnvoll in die Universität zu integrieren. Auch hier haben deutsche Universitäten Nachholbedarf, können aber gleichzeitig nicht einfach Modelle anglo-amerikanischer Eliteuniversitäten kopieren. Nach unserer Erfahrung sind die AbsolventInnen strukturierter Promotionsausbildungen nicht zuletzt aufgrund der identitätsstiftenden Wirkung des School-Prinzips und der Bedeutung dieser Statuspassage für die eigene Biographie und Berufskarriere durchaus motiviert sich zu engagieren und könnten leichter als die AbsolventInnen der grundständigen Studiengänge eine Vorreiterrolle übernehmen. Allerdings wird es dafür notwendig sein, attraktive Alumni-Konzepte zu entwickeln, die eine dauerhafte Bindung der AbsolventInnen an die Ausbildungsinstitution herzustellen vermögen.

Sozialwissenschaftliche Graduiertenschulen auf dem Vormarsch

Inzwischen gibt es zahlreiche profilierte Graduiertenschulen, so die Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS), die Bielefeld International Graduate School in Sociology (IGSS) oder die International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und der Universität Köln. Die in der ersten Runde der Exzellenzinitiative geförderte Graduate School of Economic and Social Sciences der Universität Mannheim hat im Wintersemester 2007 ihre Pforten geöffnet. Mit der kürzlich erfolgten Entscheidung in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative kommen nun ab 2008 Förderungen für die oben genannten Graduiertenschulen in Bielefeld und an der Humboldt Universität Berlin hinzu. Auch die GSSS, die sich gemeinsam mit der Jacobs University Bremen am Exzellenzwettbewerb beteiligt hat, war erfolgreich. Beide Universitäten werden mit einem thematisch und personell erweiterten Konzept als Bremen International Graduate School of Social Sciences (^{BI}GSSS) in Zukunft 90–120 Doktoranden und Doktorandinnen in fünf thematischen Feldern ausbilden (www.bigsss-bremen.de). Insgesamt zeigt die steigende Zahl der sozialwissenschaftlichen Anträge auf Graduiertenschulen im zweiten Teil der Exzellenzinitiative wie auch die steigenden Antragszahlen für Graduiertenkollegs bei der DFG und den Begabtenförderungswerken, dass die Sozialwissenschaften hier einen Nachholbedarf und zugleich ein hohes Potential haben. Zu erwarten ist, dass es in den nächsten Jahren zwischen den bereits etablierten Schools und neuen Einrichtungen verstärkt zum Wettbewerb um die besten AbsolventInnen kommen wird. Zugleich wird es zu einer Differenzierung dieser Ausbildungsstruktur kommen, in welcher das thematisch fokussierte School-Prinzip nur eine Variante darstellt. Zum Teil werden auch Graduiertenschulen als universitätsweite Dachorganisationen geschaffen, die lediglich bestimmte Module der Ausbildung zusammenstellen und organisieren. Insbesondere kleinere Fakultäten werden aufgrund der nicht vorhandenen kritischen Masse Schwierigkeiten haben, eine eigenständige Ausbildungsstruktur zu etablieren. Sie werden deshalb verstärkt auf eine breitere inneruniversitäre Vernetzung oder aber fachliche universitätsübergreifende Kooperation setzen müssen, wie sie an räumlich nahe liegenden Standorten möglich und im Rahmen von Forschungs- und Lehrkooperationen zum Teil ja auch schon länger erprobt ist. Für alle

Programme gilt, dass sie nur dann erfolgreich dauerhaft etabliert werden können, wenn die Universitätsleitungen zusätzliche Mittel und auch Personal bereitstellen. Ohne diese weitergehenden Anstrengungen wird es nicht möglich sein, ein national und international wettbewerbsfähiges Ausbildungsangebot zu machen.

Die DoktorandInnenausbildung wird für viele Universitäten auch in den nächsten Jahren ein zentrales Experimentierfeld sein. Sie ist – nicht nur in den Sozialwissenschaften – zugleich der Bereich, in dem eine erfolgversprechende Förderung des weiblichen akademischen Nachwuchses möglich und notwendig ist. Wichtig ist, dass jetzt Bewegung in diesen lange vernachlässigten Bereich universitärer Ausbildung kommt und sich die Erkenntnis durchsetzt, dass strukturierte Ausbildungs- und Betreuungsprogramme notwendig sind, um ein hohes Niveau und möglichst hohe Abschlussquoten zu erreichen. Eine solche Perspektive bedeutet aber keinesfalls das Ende der kreativen Einzelpromotion und die vollständige Verschulung eines einstmals durch Freiheit und Eigenständigkeit geprägten Qualifikationsweges. Vielmehr geht es um Strukturen der Förderung, die durch gute Betreuung dafür bürgen, dass diese Art der Promotion von Erfolg gekrönt wird. Gute Graduiertenschulen sollten in der Lage sein, eine Organisationskultur herauszubilden, die beiden Bedürfnissen gerecht wird, dem Bedürfnis nach gezielter Förderung durch Curriculum und gute Supervision und dem Bedürfnis nach der kreativen Eigenleistung und wissenschaftlicher Selbständigkeit. Nur dann lässt sich das innovative Potential, welches in den jungen Köpfen steckt, für die wissenschaftliche und universitäre Entwicklung nutzen.

Literatur

- Ali, A., Kohun, F. 2006: Dealing with Isolation Feelings in IS Doctoral Programs. *International Journal of Doctoral Studies* 1: 21–33.
- Bornmann, L., Enders, J. 2002: Was lange währt, wird endlich gut: Promotionsdauer an bundesdeutschen Universitäten. *Beiträge zur Hochschulforschung* 24, 1: 52–72.
- DFG 2003: Quality of supervision and research environment in the DFG Research Training Groups. Report on a Survey of Doctoral Students. Bonn.

- Gerhard, A., Briede, U., Mues, Ch. 2005: Zur Situation der Doktoranden in Deutschland – Ergebnisse einer bundesweiten Doktorandenbefragung. Beiträge zur Hochschulforschung 27, 1: 74–95.
- Hawlery, P. 2003: Being Bright is not enough. The Unwritten Rules of Doctoral Study. Springfield, IL: Charles C Thomas.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 2003: Zur Organisation des Promotionsstudiums. Entschließung des 199. Plenums vom 17./18. Februar 2003. <http://www.hrk-bologna.de/de/download/dateien/Promotion.pdf>, letzter Aufruf 13.11.2007.
- Kehm, B. 2004: Developing Doctoral Degrees and Qualifications in Europe: Good Practice and Issues of Concern. A Comparative Analysis. In: J. Sadlak (Hg.), Doctoral Studies in Europe and the United States: Status and Prospects. UNESCO Cepas Studies on Higher Education. Bukarest: UNESCO-CEPES, 279–298.
- Kupfer, A., Moes, J. 2003: Promovieren in Europa. Ein internationaler Vergleich von Promotionsbedingungen. Materialien und Dokumente / Hochschule und Forschung 104, hrsg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
- Lovitts, B. E. 2001: Leaving the Ivory Tower: The causes and consequences of departure from doctoral study. Lanham, MD: Rowman and Littlefield.
- Lovitts, B. E., Nelson, C. 2000: The hidden crisis in graduate education: Attrition from PhD programs. <http://www.aaup.org/publications/academe/2000/00nd/ND00LOVI.HTM>, letzter Aufruf 13.11.2007.
- Reichert, S., Tauch, Ch. 2003: Bologna after four years: Steps toward a sustainable reform of higher education in Europe. A report prepared for the European University Association.
- Sadlak, J. (Hg.) 2004: Doctoral Studies in Europe and the United States: Status and Prospects. UNESCO Cepas Studies on Higher Education. Bukarest: UNESCO-CEPES.
- Scholz, B. (DFG) 2004: Strukturiert Promovieren in Deutschland. Dokumentation eines Symposiums. Weinheim: WILEY-VCH Verlag.
- Smallwood, S. 2004: Doctor Dropout. The Chronicle of Higher Education 50, 19: 10–12.
- THESIS-Doktorandenbefragung 2004: Zur Situation Promovierender in Deutschland. Ergebnisse der bundesweiten THESIS-Doktorandenbefragung. duz-special vom 3.12.2004, www.duz.de/docs/downloads/duzspec_promov.pdf, letzter Aufruf 13.11.2007.
- Wissenschaftsrat 1997: Empfehlungen zur Neustrukturierung der Doktorandenausbildung und -förderung. In: Empfehlungen zur Doktorandenausbildung und zur Förderung des Hochschullehrernachwuchses, Köln: Wissenschaftsrat, 35–104.

Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen

Themenpapier zum 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, 6. bis 10. Oktober 2008

»Moderne Zeiten« sind – das wissen wir spätestens seit Charlie Chaplin – unsichere Zeiten. Unsicherheit ist ein Charakteristikum der Moderne. Die moderne Gesellschaft ist in einem ganz basalen Sinn eine »offene Gesellschaft«: Sie eröffnet historisch neuartige Handlungsoptionen, sie setzt ungeahnte Entwicklungsdynamiken in Gang, sie macht der Gegenwart die Zukunft verfügbar. Damit aber erhöhen sich für die Handelnden und für die Gesellschaft im Ganzen auch die Unbestimmtheiten und Ungewissheiten des sozialen Lebens: Die Moderne ist das Zeitalter der Kontingenz – und insbesondere auch des gesellschaftlichen Bewusstseins von der Kontingenz des Sozialen. Wenig erscheint unmöglich, das Mögliche ist ungewiss. Aber als Ungewisses sowohl Bedrohung als auch Chance.

Die moderne Gesellschaft hat – in Gestalt individueller und kollektiver Akteure, sozialer Bewegungen und politischer Eliten – auf dieses Strukturmerkmal ihrer Vergesellschaftungsform mit zahlreichen Institutionenbildungen reagiert, die Kontingenzbewältigung und Unsicherheitsreduktion entweder strategisch bezweckt oder jedenfalls effektiv herbeigeführt haben. Im Kleinen, Alltäglichen wie im Großen, Staatlichen – von den mikrosozialen Lebensformen bis zu den makrosozialen Strukturbildungen, von der bürgerlichen Familie bis zur Sozialversicherung, von sozialen Schichtungssystemen bis zu nationalen Grenzziehungen – haben Menschen versucht, die Offenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Instrumente der Schließung, Begrenzung und Einbettung sozialen Handelns auch lebbar zu machen. Andererseits sind rigide Schließung und Begrenzung die Feinde der offenen Gesellschaft und ihrer Lebensformen.

In der Geschichte der Moderne und der Modernisierung hat es Unsicherheit immer schon gegeben. Mehr noch: Alexis de Tocquevilles berühmtes Gleichheitsparadoxon lässt sich ohne Weiteres um das soziale Sicherheitsparadoxon ergänzen. Wie die Gleichheit, so erscheint in modernen Gesellschaften auch die Sicherheit als ein unerreichbares Ideal, oder genauer: als ein in eben dem Maße (weiter) zunehmendes Bedürfnis, in welchem die gesellschaftlichen Garantien für Sicherheit wachsen. Das Stre-

ben nach Sicherheit – bzw. nach immer mehr Sicherheit – scheint in paradoxer Weise eben aus den Versuchen einer institutionellen Befriedigung des gesellschaftlichen Sicherheitsverlangens zu erwachsen. So jedenfalls wird verständlich, dass die Unsicherheitsdiagnostik gerade dort – in Sozialräumen und gesellschaftlichen Kreisen – verfängt, wo die Sicherheitsproduktion am intensivsten (gewesen) ist. Objektive Sicherheitslage und subjektives Unsicherheitsgefühl können sich also durchaus voneinander entkoppeln. Die Unsicherheit ist in diesem Sinne die andere und unhintergehbare Seite einer Gesellschaft, die systematisch nach Sicherheit sucht.

Warum dann aber – wenn nicht in einem solch überhistorischen, das epochale »Projekt der Moderne« charakterisierenden Sinn – im Jahre 2008 die Rede von unsicheren Zeiten? Ist unsere Unsicherheit heute eine andere als diejenige, die Menschen vor zweihundert, einhundert oder auch fünfzig Jahren erlebt und erfahren haben? Es ist vermutlich die tiefgreifende Transformation der durch scheinbar grenzenloses wirtschaftliches Wachstum, anhaltende politische Stabilität und effektive wohlfahrtsstaatliche Garantien gekennzeichneten gesellschaftlichen Verhältnisse der langen Nachkriegszeit, die das Spezifische der »neuen Unsicherheit« am Beginn des 21. Jahrhunderts ausmacht. Eine Transformation, die sich keineswegs auf den postkommunistischen Systemumbruch und dessen Konsequenzen reduziert und reduzieren lässt. Vielmehr erleben wir gegenwärtig eine Transformation im Plural, eine komplexe Konstellation gesellschaftlicher Transformationen in Ost und West, im weltgesellschaftlichen Norden und Süden, die in ihrer sozialen Bedeutung und Tragweite Karl Polanyis Bild von der »Great Transformation« zur Marktgesellschaft kaum nachzustehen scheinen.

Wir, die Bürgerinnen und Bürger der spätindustriellen Gesellschaften des (seit 1989 erweiterten) Westens, blicken heute auf ein kurzes goldenes Zeitalter zurück, in dem Sicherheit – wie wir nunmehr wissen: vorübergehend – eine neuartige Gestalt angenommen hatte. In einer (zumindest im so genannten »OECD-Raum«) glücklichen historischen Phase gesellschaftlicher Entwicklung war Unsicherheit, so wollte es jedenfalls scheinen, bekämpfbar, bewältigbar, ja besiegtbar geworden. Gefährdungen der individuellen und kollektiven Sicherheit – von der Arbeitslosigkeit bis zum Atomkrieg – wurden durch einen umfassenden staatlich-politischen Interventionismus in kalkulierbare Risiken der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensführung verwandelt. Während des »kurzen Traums immerwährender Prosperität« (Burkart Lutz) trat das Phänomen der Unsicherheit

hinter den institutionellen Sicherheitsgarantien und -versprechungen der westlich-wohlfahrtsstaatlichen Moderne zurück wie das Phantom unter die Opernbühne – bis es aus den Tiefen des globalisierten Raums wieder hervorkam, um ins gesellschaftliche Rampenlicht zu treten, und zwar prominenter noch und vielleicht radikaler auch als je zuvor. Die Phänomenologie zeitgenössischer Verunsicherung, die im Mittelpunkt des Kongressinteresses stehen soll, weist in einer ersten, vorläufigen Systematisierung vier Dimensionen auf.

Erstens befinden wir uns seit nunmehr zwei Jahrzehnten inmitten eines gesellschaftlichen Wandels, der durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus angestoßen wurde, ein Zusammenbruch, der letztlich selbst Ausdruck der nach wie vor ungebremsten Entwicklungsdynamik des Kapitalismus ist. Der bipolare Systemwettbewerb ist einer finanzmarktgetriebenen und (deshalb) zwar durchaus US-amerikanisch dominierten, aber gleichwohl multipolaren globalen Konkurrenzkonstellations gewichen. Diese bildet in ihrer Vermittlung über supranationale Akteure und transnationale Regime den Kontext für die Entwicklung (und die Entwicklungsprobleme) nicht nur der neuen marktwirtschaftlichen Demokratien der ehemals »zweiten Welt«. Auch die entwicklungsökonomischen Schnellstartergesellschaften Südostasiens, die linkspopulären bzw. -populistischen Sonderwegs-Bewegungen Lateinamerikas und die Subsistenz-, Elends- und Ausbeutungsregime des subäquatorialen Afrikas operieren in einem Rahmen, der durch die internationale politische Ökonomie der postkommunistischen Transformation gesetzt wird. Die dynamisierende Öffnung wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Räume hat – mehr oder weniger, direkt oder indirekt, in unmittelbarer oder abgeleiteter Form – den gesamten Globus erfasst. In diesem Sinne sind alle nationalen Gesellschaften dieser Welt Transformationsgesellschaften.

Zweitens gilt dies in spezifischer Weise auch für die wohlfahrtsstaatlich verfassten Gesellschaften des Westens, die von den Rückkopplungseffekten der osteuropäischen Systemtransformation in stärkerer Weise betroffen sind, als sie lange Zeit wahrhaben wollten. Die institutionellen Eckpfeiler ihres durch die Wachstumskonstellation der Nachkriegsprosperität befeuerten Gesellschaftsmodells eines sozial regulierten Kapitalismus sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten brüchig geworden. Damit aber verflüchtigen sich zunehmend – und zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft – die individuellen wie kollektiven Planungs- und Erwartungssicherheiten, die das wohlfahrtskapitalistische Arrangement in diesen Gesellschaften je-

denfalls breiten Teilen ihrer Bürgerinnen und (insbesondere) Bürger zu vermitteln vermochte. Flexible Arbeits- und prekäre Lebensverhältnisse werden für zunehmend größere Gruppen der westlichen, zumal der europäischen Lohnarbeitsgesellschaften zu einer zumindest im Generationenvergleich neuartigen – und potenziell politisierbaren – Verunsicherungserfahrung. Durch den Wandel von Wirtschaftsstrukturen, Beschäftigungsmustern und Bildungsverläufen gerät das, bei allen Abweichungen, für die fordistische Gesellschaftsformation charakteristische Geschlechterarrangement der »männlichen Versorgerehe« zunehmend unter Funktions- und Legitimationsdruck. Die soziale Realität der spätindustriellen Gesellschaften kündigt von einer fortschreitenden Verunsicherung überkommener Geschlechterrollen – und damit auch von einer durch »gender trouble«, aber auch neue Lebensformen geprägten gesellschaftlichen Zukunft.

Drittens eröffnet sich in der jüngeren Vergangenheit eine Dimension von gesellschaftlicher Unsicherheit, die womöglich mehr noch als die beiden erstgenannten als existenzielle Verunsicherung wahrgenommen wird. Zum einen hat die informations- und kommunikationstechnologische Revolution – neben allen offensichtlichen Segnungen für das Alltagsleben insbesondere in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften – zur Entstehung neuartiger Risiken geführt. Diese reichen von der alltäglichen Gefahr zerstörerischer Virenangriffe auf Personalcomputer bis hin zu den immens gewachsenen technikgestützten Möglichkeiten gesellschaftlicher Kontrolle und Überwachung. Einem potenziellen Terror der Technologie korrespondiert auf der anderen Seite die Technologie des Terrors, die spätestens seit dem September 2001 allzeit und weltweit präsent ist – oder deren Präsenz jedenfalls auch politisch-medial (und selbstverständlich polizeilich-militärisch) suggeriert, produziert und reproduziert wird. Die »Terrorgefahr« ist zu einem ebenso universellen wie ubiquitären Element des weltpolitischen Motiv- und weltbürgerlichen Gefühlshaushalts geworden. Ihre Neuartigkeit mag darin gesehen werden, dass der Schrecken – jedenfalls in der gesellschaftlichen Wahrnehmung – gesichtslos und anonym ist und »immer und überall lauert«. In dem flankierenden Prozess gesellschaftlicher Wissensproduktion und -vermittlung, der durch die Gleichzeitigkeit einer Entgrenzung von Bedrohungsgefühlen (etwa gegenüber »dem« Islam) und der Visualisierung und Personifizierung der Gefahr (z.B. in der Figur Bin Ladens) gekennzeichnet ist, spielen die elektronisch-digitalen Massenmedien eine ebenso zentrale wie ambivalente Rolle.

Viertens schließlich ist an dieser Stelle ein gesellschaftlicher Verunsicherungsfaktor ersten Ranges zu nennen, der in seinen Konsequenzen – politisch und gesellschaftlich (bislang zumindest) erfolgreich verdrängt – soziologisch noch weitgehend unverstanden ist: der so genannte Klimawandel. Auch wenn die mittelbaren und unmittelbaren gesellschaftlichen Folgeeffekte der globalen Erwärmung, von nationalen Energiepolitiken über internationale Verteilungskämpfe bis hin zu transnationalen Wanderungsbewegungen, allenfalls in Ansätzen zu überschauen sind, lassen sich diesbezüglich doch schon heute zwei soziologische Grundeinsichten formulieren: Die ökonomischen und sozialen Kosten einer auf fossilen Energieverbrauch gegründeten Wirtschaftsweise lassen sich nicht länger erfolgreich externalisieren (sprich: auf Dritte abwälzen), sondern müssen »risikogesellschaftlich« internalisiert werden. Wir haben somit (im Doppelsinne) damit zu rechnen, dass sich unsere gewohnte, über viele Jahrzehnte hinweg habitualisierte »westliche Lebensweise« zukünftig in geradezu revolutionärer Weise verändern (müssen) wird. In Anbetracht der existenziellen Bedeutung dieser Problematik wird sich die Suche nach neuen Formen der – notwendig kollektiven – gesellschaftlichen Sicherheitsproduktion in dieser Dimension erwartbar noch schwieriger und konfliktreicher darstellen als in den drei zuvor genannten.

Bei all den Negativvisionen unsicherer Zeiten gilt es besonders zu betonen, dass der Unsicherheit – in all ihren genannten Dimensionen – konstitutiv auch eine produktive Seite zu eigen ist. Unsicherheit ist ein Lebenselixier von Gesellschaft. Das Schumpetersche Bild des unternehmerischen, innovativen und kreativen Handelns in der und aus der Unsicherheit heraus – in dem der Akteur spontan »ins Risiko geht« – kann nicht nur für den engeren Bereich der wirtschaftlichen Handlungssphäre axiomatische Gültigkeit und lebenspraktische Plausibilität für sich reklamieren. Unsicherheit ist nicht nur eine ökonomische, sondern durchaus auch eine politische, technische, kulturelle und selbst soziale Produktivitätsressource – solange sie in bestimmbar Grenzen bleibt bzw. gehalten wird. Es ist die Entgrenzung von Unsicherheit, ihre Entbettung und Entfesselung, die diese gesellschaftliche Produktivkraft sozial problematisch und destruktiv werden lassen kann.

Die teils schleichende, teils grassierende Verunsicherung der Gesellschaft hat nicht zuletzt vor diesem Hintergrund, und ganz im Sinne von Polanyis Vorstellung gesellschaftshistorischer Entwicklung, in den Ländern der »ersten Welt« vielfältige – politische, kulturelle, soziale – Gegenbewe-

gungen der Sicherheitsproduktion hervorgebracht. Auch diese wiederum sind in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung hochgradig ambivalenter Natur. Das spätmoderne, reaktive Sicherheitsregime reicht vom institutionellen Konservatismus politischer Eliten über den verzweifeltten Krieg gegen den Terror und das Grenzregime der hochentwickelten (potenziellen) Einwanderungsnationen bis hin zur kulturellen Rückversicherung mittels ethnischer Zugehörigkeitspolitik. Wir stehen einerseits vor vielfältigen Phänomenen der sozialen Schließung von Solidaritätsräumen, nach außen (z.B. vor den Kanarischen Inseln) wie nach innen (etwa in der deutschen Tarifpolitik), andererseits vor der Entwicklung neuer Solidaritätsräume im Zuge von Transnationalisierungsprozessen (Europäische Integration). Wir erleben die fortschreitende Privatisierung, Individualisierung und Subjektivierung von Risiken der individuellen Existenz, die Übertragung der gesellschaftlichen Sicherheitsgarantien auf die sicherheitsstiftende Vorsorgetätigkeit des Einzelnen. Wir werden Zeugen – Objekte und Subjekte – der Bevölkerungs- und Familienplanung, der Produktion öffentlicher (statt kollektiver) und persönlicher (statt sozialer) Sicherheit, von der Onlineüberwachung bis zur Präimplantationsdiagnostik, vom Rauchverbot bis zur Vorratsdatenspeicherung und Sicherungsverwahrung. Der soziologischen Gegenwartsbeobachtung stellt sich das Bild einer unaufhaltsamen und unkontrollierbaren Entwicklung in Richtung auf die Fiktion einer »Sicherheitsgesellschaft« dar, die als solche dem Sicherheitsparadoxon verfällt, indem sie in ihrer Option (bis hin zur Obsession) für die Sicherheit Gefühle der Unsicherheit produziert, schürt und radikalisiert. Dabei entstehen immer neue Unsicherheiten, an denen eine entfesselte Politik-, Sozial- und Militäradministration anzuknüpfen versucht. Wie im Falle der Produktivität von Unsicherheit lassen sich auch hier strukturelle Grenzen der Sicherheitsproduktion aufzeigen – Grenzen, die spätestens dort erreicht sind, wo Disziplinierung, Kontrolle und Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens freiheitsberaubenden Charakter annehmen und die für liberale Demokratien konstitutiven Prinzipien unterlaufen.

All die genannten Phänomene, die positiven und negativen Herausforderungen unsicherer Zeiten ebenso wie die Bewegungen und Gegenbewegungen der »Sicherheitsgesellschaft«, spannen ein weites Feld intellektueller Betätigung auf für einen wissenschaftlichen Kongress, der zumindest die Unsicherheit des Wissens über die Unsicherheit reduzieren helfen könnte – wäre da nicht auch noch ein weiteres Paradoxon der Moderne: das Wissensparadoxon. Mit dem Zuwachs an (wissenschaftlichem) Wissen schärft

sich zwangsläufig zugleich auch das Wissen über unser Nicht-Wissen, und damit unser Bewusstsein von der Kontingenz des Sozialen. Das soziale Leben wird also – soviel scheint gewiss – auch nach dem 34. Soziologiekongress strukturell unsicher bleiben. Aber es wird als solches unter verschärfter soziologischer Beobachtung stehen. »Moderne Zeiten« sind unsichere Zeiten – und die Zeit der Soziologie.

Für den Vorstand der DGS: Hans-Georg Soeffner, Georg Vobruba

Für das lokale Organisationskomitee: Klaus Dörre, Stephan Lessenich

Über die *Termine* für die Anmeldung von Plenarveranstaltungen, Ad-hoc-Gruppen und Poster-Sessions sowie für die Teilnahme am Kongress informieren Sie sich bitte auf der Kongresshomepage: **www.dgs2008.de**

Ausschreibung der von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie beim 34. Kongress der DGS in Jena zu verleihenden Preise

1. Preis für herausragende Abschlussarbeiten

Dieser Preis wird für zwei herausragende Diplomarbeiten bzw. Masterarbeiten im Hauptfach Soziologie vergeben, die seit dem 31. Mai 2006 entstanden sind. Nominierungen erfolgen durch die wissenschaftlichen Betreuerinnen und Betreuer oder durch andere Personen, welche die Abschlussarbeiten gut kennen. Einzusenden sind das ausgefüllte Antragsformular (erhältlich unter www.dgs2008.de), fünf Exemplare der Arbeit, das Curriculum Vitae des Absolventen und eine kurze Begründung der Nominierung (die Fachgutachten aus dem Prüfungsverfahren müssen beigelegt sein). Der Preis für herausragende Abschlussarbeiten ist mit je 250 Euro dotiert.

2. Dissertationspreis

Dieser Preis würdigt zwei herausragende Dissertationen, die seit dem 31. Mai 2006 entstanden sind. Nominierungen erfolgen durch die wissenschaftlichen Betreuerinnen und Betreuer oder durch andere Personen, welche die Dissertation gut kennen. Einzusenden sind das ausgefüllte Antragsformular (erhältlich unter www.dgs2008.de), fünf Exemplare der Dissertation, das Curriculum Vitae des Promovierten und eine kurze Begründung für die Nominierung (die Fachgutachten aus dem Prüfungsverfahren müssen beigelegt sein). Der Dissertationspreis ist mit je 500 Euro dotiert.

3. René-König-Lehrbuchpreis

Dieser Preis würdigt das beste Lehrbuch, welches nach dem 31. Mai 2006 erschienen ist. Nominierungen müssen das ausgefüllte Antragsformular (erhältlich unter www.dgs2008.de), fünf Exemplare des Lehrbuchs, das Curriculum Vitae des Autors bzw. Herausgebers sowie eine kurze Begründung der Nominierung enthalten. Der Preis ist mit 500 Euro dotiert.

4. Preis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie

Anerkannt werden Leistungen von Wissenschaftlern/innen, Publizisten/innen und sonstigen Autoren/innen innerhalb und außerhalb der Universität, die das öffentliche Bild der Soziologie sowie ihre Praxisrelevanz in hervorragender Weise gefördert haben. Nominierungen müssen ein Curriculum Vitae der Nominierten bzw. die Beschreibung der nominierten Einrichtung sowie eine kurze Begründung der Nominierung einschließen.

5. Preis für ein hervorragendes wissenschaftliches Lebenswerk

Dieser Preis soll eine Person ehren, deren Lebenswerk in wichtiger Weise zur fachlichen Entwicklung der Soziologie beigetragen hat. Dabei kann der Schwerpunkt auf theoretischer, empirischer oder methodischer Ebene liegen. Nominierungen müssen ein Curriculum Vitae des Nominierten und eine kurze Begründung der Nominierung zur Bedeutung des Werkes einschließen.

Alle Preise werden im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 6. Oktober 2008 in Jena überreicht.

Nominierungen für alle Preise sind an die Geschäftsstelle der DGS, Frau Dana Giesecke, Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen zu senden. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Einsendeschluss für die Preisvorschläge ist der **31. Mai 2008**.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dipl.-Soz. Patrizia Aurich, Hamburg
Dr. rer. soz. Sabrina Böhmer, Glücksburg
Dipl.-Soz.Wiss. Ute Domhardt, Bochum
Fritz Heil, M.A., Berlin
Dipl.-Soz. Peter Hofmann, Universität Mainz
Maik Hömke, M.A., Zürich
Michael John, M.A., Halle/Saale
Prof. Dr. Bernhard Kittel, Oldenburg
Hermann Köhler, M.A., Kassel
Dipl.-Sozialwirt Sascha Münnich, Köln
Dr. Sören Petermann, Halle-Wittenberg
Dipl.-Soz. Lisa Pfahl, Berlin
Mag. Dr. Werner Reichmann, Konstanz
Dipl.-Soz. Ute Sadowski, Berlin,
Dipl.-Soz. Sebastian Scheele, Berlin

Dipl.-Soz. Reinhard Schunck, Bremen
Elena Tsarouha, M.A., Flensburg
Dr. phil. Roland Verwiebe, Hamburg
Dr. phil. Claudia Vogel, Vechta
Dr. Sabine Weiland, Hamburg
Dipl.-Soz. Michael Wolff, Heidelberg
Mag. Rixta Wundrak, Potsdam

Neue studentische Mitglieder

Frank-Holger Acker, Rostock
Diana Adler, Dresden
Erica Angello, Frankfurt/M.
Stephan Blachnik, Dortmund
Christian Dietrich, Halle/Saale
Florian Eichhorn, Neu-Isenburg
Lukas Fuhrmann, Leipzig
Thorben Martin Goebel, Frankfurt/M.
Petra Gryksa, Altomünster

Stephan Hendnock, Chemnitz
Jan Kalies, Jena
Katharina Markmann, Alsdorf
Winfried Markmann, Alsdorf
Karolin Moser, Jena
Anatol-Fiete Näher, Leipzig
Tina Neukamm, Berlin
Wenke Niehues, Berlin
Felix Pausch, Frankfurt/M.
Sven Preußner, Leipzig
Annekathrin Reintges, Bochum
Andreas Scheytt, Saarbrücken
Christian Schladitz, Leipzig
Karsten Schultz, Bremen
Elisabeth Süßbauer, Münster
Monika Welker, Röttenbach

Austritte

Dr. Eike Ballerstedt, Lilienthal

Prof. Dr. Viola Gräfin v. Bethusy-Huc, Münster

Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning, Essen

Anja Brosius, Eurasburg

Fabian Buder, Bamberg

Prof. Dr. Meinolf Dierkes, Berlin

Prof. Dr. Bernhard Glaeser, Berlin

Dr. Rainer Hoffmann, Bremen

Dr. Herbert Jacobs, Hanau

Dr. Martina Parge, Hamburg

Dr. Stephan Peters, Heidelberg

Dr. Leonie Petry, Aachen

Dr. Adrian Reinert, Bornheim

Melanie Siegel, Essen

PD Dr. Ursula Wischermann, Frankfurt a.M.

Sektion Arbeits- und Industriosozologie

Jahresbericht 2006

Die Sektion AIS hat im Jahr 2006 ihren traditionellen Turnus von jeweils einer Frühjahrs- und einer Herbstveranstaltung fortgeführt. Im Frühjahr fand eine gemeinsame Tagung mit der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung zum Thema »Arbeit und Geschlecht im Umbruch der Gesellschaft« statt. Diese Kooperation knüpfte an bestehende Kontakte zwischen beiden Sektionen an, die auf gemeinsamen Interessen sowohl am Gegenstand Erwerbsarbeit als auch an der gesellschaftstheoretischen Interpretation aktueller Befunde im jeweiligen Feld. Inzwischen sind mehrere ausführliche Berichte zu dieser Tagung veröffentlicht worden (Soziologie 1/2007, Feministische Studien 2/2006, Zeitschrift ARBEIT 4/2006). Die Beiträge wurden für eine Buchveröffentlichung überarbeitet und sind kürzlich im VS Verlag für Sozialwissenschaften erschienen: Aulenbacher, Brigitte, Maria Funder, Heike Jacobsen, Susanne Völker (2007): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden. Die Tagung wurde von der Sozialforschungsstelle Dortmund organisiert und war mit über hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerordentlich gut besucht.

Im Herbst beteiligte sich die Sektion mit drei Veranstaltungen am Kongress der DGS in Kassel. Gemeinsam mit der Sektion Kultursoziologie wurde ein Plenum zum Thema »Schicksal Markt – Ökonomisierung als »survival of the fittest?« organisiert. Dieter Sauer (ISF München und Universität Jena) ging in seinem Beitrag »Du bist Kapitalismus« oder die Widersprüche der Ökonomisierung« der These nach, dass die gegenwärtig als »Ökonomisierung« bezeichnete Tendenz der Anwendung aus der Ökonomie bekannter Prinzipien, Normen und Werte auf weitere Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens, die bisher anderen Prinzipien unterworfen schienen, kein einliniger Prozess der »Vereinnahmung« oder »Kolonialisierung« sei, an dessen Ende die »totale Ökonomie« stehe. Vielmehr seien erhebliche Widersprüche zu verzeichnen, die insbesondere aus der Paradoxie resultieren, dass das Individuum zugleich vereinnahmt wird, seine Subjektivität jedoch als kreatives Potential unverzichtbar ist. Es bestehen also, so Sauer, berechnete Hoffnungen, dass »Ökonomisierung« auf Dauer gebrochen wird von der Einsicht in die Notwendigkeit individueller Freiräume innerhalb und jenseits der Ökonomie.

Uwe Schimank (Fernuniversität Hagen) entwickelte in seinem Beitrag »Ökonomisierung der Hochschulen – eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive« einen Vorschlag zur systematischen Analyse der gegenwärtigen Irritationen des Hochschulwesens durch ökonomische Normen. Er zeigte innere Zusammenhänge zwischen der Reorganisation des öffentlichen Sektors nach den Prinzipien des New Public Managements und der Herausbildung neuer Formen der Produktion wissenschaftlichen Wissens in Anwendungskontexten auf und fragte nach den mittel- und langfristigen Effekten dieser Entwicklung für die wissenschaftliche Produktivität. Auf einer allgemeineren Ebene stellen sich, so Schimank, ähnliche (kritische) Fragen für die Wirkungen der aktuellen »Ökonomisierung« anderer gesellschaftlicher Teilbereiche auf deren Funktionsfähigkeit.

Ronald Hitzler und *Michaela Pfadenbauer* (beide Universität Dortmund) reflektierten in ihrem Beitrag »Die Ökonomisierung der Produktion von Gemeinschaft« mögliche Effekte der gegenwärtig zu beobachtenden Prozesse der Individualisierung der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften. Wo Gemeinschaften nicht mehr quasi naturwüchsig gegeben sind, sondern der Einzelne als aktiver Produzent und Re-Produzent traditioneller wie moderner Formen von Gemeinschaft verstanden wird, öffnet sich auch dieser Bereich der kulturellen Produktion für Bewertungen und Entscheidung entlang der »ökonomischen« Kategorien von Aufwand und Ertrag. Dies könnte man »kulturkritisch« als weiteren Prozess der Ökonomisierung von kulturellen und sozialen Prozessen verstehen; darüber hinausgehend fragte der Beitrag jedoch explizit nach den ökonomischen Interessen hinter dem aktiven Aufbau neuer, nicht traditionaler Formen von Gemeinschaft.

Die Verhandlungen zu diesem Thema wurden inzwischen in einer weiteren gemeinsamen Sitzung der beiden Sektionen im Frühjahr 2007 fortgeführt.

Im weiteren Verlauf des Kongresses veranstaltete die Sektion eine erste Sitzung zum Thema »Varieties of Capitalism?« Zur globalen Diffusion von Gesellschafts- und Produktionsmodellen« mit vier Vorträgen. *Michael Faust* (SOFI Göttingen), eröffnete den Nachmittag mit seinem Beitrag »Erträge und Grenzen des »Varieties of Capitalism«-Ansatzes zur Erklärung der globalen Diffusion von Produktionsmodellen und deren Grenzen«. Er unterzog den in aktuellen Studien der vergleichenden politischen Ökonomie vielfach als Analyserahmen verwendeten Ansatz der Unterscheidung zweier idealtypischer Produktionsmodelle einer grundsätzlichen Kritik. Die

»funktionalistische« Annahme kohärenter, komplementärer institutioneller Gefüge lasse, so Faust, keinen hinreichenden Spielraum für die Erklärung empirisch beobachtbarer Wandlungsprozesse. Hierzu seien in der Soziologie entwickelte institutionalistische Perspektiven besser geeignet.

Nicole Mayer-Ahuja, ebenfalls SOFI, stellte in ihrem Beitrag »Arbeitsverhältnisse unter Bedingungen globaler Wirtschaftsintegration. Ein Blick auf Debatten über Veränderungen des indischen Gesellschafts- und Produktionsmodells« den impliziten hegemonialen Anspruch des VoC-Ansatzes in Frage. Sie entwickelte am Beispiel der IT-Industrie in Indien die in einem gerade anlaufenden Projekt noch zu überprüfende These, dass in außereuropäischen Ländern, die zum Ziel von Direktinvestitionen hoch-industrialisierter Länder werden, eher die einheimischen Produktionsmodelle modifiziert als die ausländischen implementiert werden.

Andreas Langenohl (Universität Gießen) beleuchtete in seinem Beitrag »Die Globalisierung der Finanzwirtschaft in Deutschland 2000–2004: Institutionelle Strategien und berufsbiografische Aneignungen eines Sinngebungsprozesses« die doppelte Struktur der Globalisierung als einerseits gestützt und ermöglicht durch nationale De-Regulierungen, andererseits jedoch als ermöglichender Faktor für organisationsinterne Re-Regulierung.

In einem vierten Beitrag schließlich erläuterte *Gary Herrigel* (University of Chicago) unter dem Titel »Rule breaking as prelude to system change: Contemporary processes of change in the US and German social systems of production« seine aktuelle Kritik aus konstruktivistischer Sicht auf institutionalistische Ansätze des Systemvergleichs. Wandel institutioneller Strukturen sei, so Herrigel, nicht zuletzt auf das zunehmend bewusste Brechen von Regeln durch interessierte Akteure zurückzuführen – ein Vorgang, der bisher in institutionalistischer Perspektive nicht erklärt werden könne.

Eine zweite Sitzung im Rahmen des Kongresses der DGS setzte sich die Sektion unter dem Titel »Die ›Arbeit‹ der Gesellschaft – Die Soziologie auf dem Weg zu einem neuen Verständnis von Arbeit?« mit den Anforderungen an einen den aktuellen Entwicklungen angemessenen Begriff von Arbeit auseinander. Auch hierzu wurden vier Vorträge gehalten. *Sabine Pfeiffer* (München) unternahm es, aus einer analytischen Unterscheidung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsvermögen herzuleiten, welche Chancen ein explizit auf Dialektik als soziologischer Methode fußender Zugang zur Beobachtung und Analyse von Arbeit haben könnte, um den allfälligen

Verkürzungen und teils modischen Apologien der arbeits- und industrie-soziologischen Lesarten aktueller Erscheinungsformen von Arbeit zu entgehen und darüber hinaus den fundamentalen Stellenwert von Arbeit in jeder Form für die Gesellschaft angemessen herauszuarbeiten.

Kerstin Jürgens (Hannover) diskutierte die Frage, ob es eines »erweiteren« Arbeitsbegriffs bedürfe, indem man die Kategorie »Lebenskraft« als notwendige Vorbedingung für die Verausgabung von Arbeit einführt. Sie entwickelte den Begriff des »Reproduktionshandelns« für das aktive Bemühen der Individuen um die Herstellung und Sicherung nicht nur ihrer Arbeitskraft, sondern auch ihrer »Lebenskraft«. Wenn Arbeiten und Nicht-Arbeiten in der Gegenwart intensiver und auf breiterer gesellschaftlicher Basis miteinander verbunden sind als in der Vergangenheit, kommt, so Jürgens, dem Reproduktionshandeln die Bedeutung einer unverzichtbaren Voraussetzung für Entwicklung und Bestand des Kapitalismus zu.

Fritz Böhle (Augsburg) stellte das Arbeitshandeln in den Mittelpunkt: Arbeitshandeln sei nicht mehr ausschließlich als spezifischer Fall bewussten, planvollen, zielgerichteten Handelns zu verstehen. Vielmehr müssten angesichts der Durchdringung der Arbeit mit Anforderungen an Kooperation, Interaktion und situative Nutzung von Erfahrung diese als Arbeits-Leistungen des Individuums Berücksichtigung finden.

Hanns-Georg Brose (Duisburg) eröffnete in seinem Schlussbeitrag eine weitere Ebene der Auseinandersetzung mit dem »Arbeitsbegriff«, indem er die Bedeutung von Arbeit für die soziale Strukturierung, für die soziale Integration des Individuums und für die kulturelle Ver- und Bearbeitung der Moderne problematisierte. Ihm war daran gelegen, den Wandel der Erwerbsarbeit als Bestandteil gesellschaftlichen und kulturellen Wandels zu verstehen; dafür sei es selbstverständlich erforderlich, alle Formen von Erwerbsarbeit in die Analyse einzubeziehen und auch neue Kategorien für die Untersuchung von kooperativer, interaktiver und weiterer Formen von Arbeit bzw. von Arbeitshandeln zu entwickeln. Berücksichtigt werden sollte darüber hinaus auch die institutionelle und sozialstrukturelle Dimension der Arbeit.

Im Laufe des Kongresses fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der unter anderem die Themen der nächsten Veranstaltungen vorbesprochen und die Einführung eines Mitgliedsbeitrags diskutiert wurden. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde Markus Pohlmann, Heidelberg, turnusmäßig als Sprecher verabschiedet. Die anwesenden Mitglieder dankten ihm für seine hervorragende Arbeit in den

zurückliegenden drei Jahren, insbesondere für den professionellen Aufbau und die Pflege der Website der Sektion und das erhebliche Engagement für einen regelmäßigen Informationsfluss innerhalb der Sektion. Zudem verdankt die Sektion ihm eine Reihe von interessanten und erfolgreichen Veranstaltungen. Neu in den Vorstand gewählt wurde Katharina Bluhm, Universität Jena. Der dreiköpfige Vorstand besteht damit zur Zeit aus Hartmut Hirsch-Kreinsen, Universität Dortmund sowie Heike Jacobsen, Sozialforschungsstelle Dortmund, und Katharina Bluhm, Universität Jena. Sprecher der Sektion ist zur Zeit Hartmut Hirsch-Kreinsen.

Heike Jacobsen, Hartmut Hirsch-Kreinsen

Sektion Soziologische Theorie

Bericht zur Tagung

»Die integrative Sozialtheorie von Hartmut Esser«

Am 11. und 12. Mai 2007 fand die Tagung »Die integrative Sozialtheorie von Hartmut Esser« der Sektion Soziologische Theorien an der FernUniversität in Hagen statt. Die Tagung wurde organisiert von *Rainer Greschhoff* (Oldenburg) und *Uwe Schimank* (Hagen). In Anknüpfung an verschiedene vergangene Sektionsveranstaltungen sowie an den Soziologiekongress in Kassel 2006 wurde mit dieser Tagung eine Sequenz von inhaltlich aufeinander bezogenen Treffen der Sektion zum Thema »Theorienvergleich und Theorienintegration« fortgesetzt und die in den letzten Jahren von *Hartmut Esser* (Mannheim) vorgelegte Sozialtheorie mit ihrem paradigmengreifenden und disziplinenübergreifenden Anspruch zur Diskussion gestellt. Das Programm der Tagung wich vom üblichen Vortragsreigen ab: Die geladenen Referenten eröffneten mit knappen Eingangsstatements verschiedene Themenblöcke, und für die sonst oft zu kurz kommenden Diskussionen war ein jeweils großzügiger Zeitraum vorgesehen. Dieses Tagungskonzept fand Zuspruch unter den Mitgliedern und Interessenten der Sektion, so dass ein großes Teilnehmerfeld zustande kam, in dem ein breites Spektrum soziologischer Theorien vertreten war, von dem die Gelegenheit zu einer lebendigen Debatte genutzt wurde.

Zu Beginn präsentierte und kommentierte *Hartmut Esser* den gegenwärtigen Stand seiner Theorieentwicklung im Lichte der daran erfolgten

Kritik und der von ihm aufgenommenen und bearbeiteten Einwände. Er stellte das Modell der soziologischen Erklärung (MSE) mit seinem bekannten Erklärungsreisepfad von »Logik der Situation«, »Logik der Selektion« und »Logik der Aggregation« sowie die damit verknüpften sozialtheoretischen Konzepte vor. Er plädierte für eine methodologisch-individualistische Grundlegung mit einer die Rational-Choice-Theorie transzendierenden Handlungstheorie als nomologischem Kern. Esser hob vor allem auf den Ausbau seiner Theorie im Modell der Frame-Selektion (MFS) ab, durch das das Problem des Verstehens sozialen Sinns eingeholt würde, und das einen Zugewinn an Realismus bedeute. In Auseinandersetzung mit dem strukturtheoretischen, dem utilitaristischen, dem normativen und dem interpretativen Paradigma erneuerte er seinen Anspruch, mit dem MSE nicht nur ein Einordnungsschema für verschiedene Ansätze vorgelegt, sondern die meisten anderen theoretischen Perspektiven in ihren für eine soziologische Erklärung verwendbaren Aspekten integriert und ein methodisch-konzeptuell einheitliches Fundament für die ganze Disziplin bereitgestellt zu haben.

Auf Grundlage dieser initiatorischen Einführung durch Hartmut Esser war es das Ziel der Tagung zu erörtern, ob oder inwiefern Essers Vorschlag sich eignet, die Einheit der Soziologie herzustellen und eine kumulative Wissensentwicklung des Faches zu befördern. Die Debatte folgte dabei grob dem Theorieaufbau Essers entlang den drei »Logiken« des MSE.

Clemens Kroneberg (Mannheim) hielt das Eingangsstatement zur »Logik der Situation«, dem ersten Schritt der soziologischen Erklärung, bei dem mittels Brückenhypothesen beschrieben wird, von welchen äußeren und inneren Bestimmungsgründen das Handeln von Akteuren abhängt. Kroneberg warf dazu die Frage auf, was die Objektivität von Situationen ausmache, und wie Konzepte einer einerseits objektiven und andererseits subjektiven Definition der Situation miteinander vereinbart werden könnten. Er stellte heraus, dass die im MSE angenommene Realität sozialer Makrophänomene nicht in ontologischer Eigenständigkeit, sondern in kausalen Wirkungsbeziehungen bestehe. Deren Objektivität müsse verstanden werden als der über andere Personen vermittelte, auf sozial geteilten und insofern unveränderlichen mentalen Modellen beruhende Einfluss auf Akteure. Die Wirkung von Makrophänomenen sei immer Wirkung durch andere Akteure, die sich in individuellen Akteursvorstellungen niederschläge. Eine so verstandene »Makrodetermination« müsse daher stets über eine Mikrofundierung erklärt werden. Kroneberg plädierte mit Blick auf

das Problem einer ontologischen Unterscheidung von Mikro- und Makroebene für einen »analytical turn«. Die Frage, ob es Makrophänomene im Sinne stark emergenter und irreduzibler Entitäten gebe oder nicht, sei unentscheidbar und für eine explanativ ehrgeizige Soziologie nicht relevant. In der darauf folgenden Diskussion wurde dem entgegen und mittels Verweis auf andere mögliche theoretische Konzeptionen die handlungstheoretische Bedeutsamkeit einer Annahme von Makrodetermination betont.

Ingo Schulz-Schaeffer (Berlin) richtete mit einer Unterscheidung von drei Varianten der wert-erwartungstheoretischen Modellierung für die »Logik der Selektion« den Blick auf den zweiten Erklärungsschritt und auf die bei Hartmut Esser zu verzeichnende Verschiebung in der Konzeptualisierung der dem MSE zugrunde gelegten Handlungstheorie. Der Gegenstandsbereich dieses Erklärungsschritts falle eigentlich aus dem Phänomenbereich der Soziologie heraus, da es hier um die individuellen Entscheidungen der Akteure gehe. Die im Esser'schen Theoriekonzept ursprünglich rein formale Handlungstheorie mit dem Maximierungsprinzip als abstraktem Selektionsmechanismus sei zwar theoriebautechnisch von Vorteil, weil sie das soziologische Niemandsland als umfassende Formel für jeden denkbaren Fall durchschreite, zugleich sei sie aber inhaltsleer und es sei schwierig, hierin den tragenden Kern einer »soziologischen« Erklärung zu sehen. Die zweite Variante, nämlich die Wert-Erwartungstheorie als Ausdruck eines evolutionär bewährten Selektionsprinzips, könne daher, so Schulz-Schaeffer, als Essers Bestreben nach der Umwandlung in ein empirisches Kausalgesetz verstanden werden. Schulz-Schaeffer konstatierte, dass aber erst das Frame-Selektion-Modell mit der Verlagerung der wert-erwartungstheoretischen Modellierung ins Framing die Handlungswahl auf soziale Sinndeutungen des Handelns beziehe und so Phänomene hereinnehme, die der soziologischen Beobachtung zugänglich seien. Schulz-Schaeffer attestierte dieser Variante eine Soziologisierung der Handlungstheorie und stellte daraus wiederum resultierende Probleme zur Diskussion: das Wunschenken, die Handlungszuschreibung, die Ex-post-Rationalisierung und der fragliche Allgemeinheitsanspruch. Besonders umstritten war in der Diskussion allerdings die Frage nach der vermeintlichen Leerheit der formalen Handlungstheorie.

Gesa Lindemann (Oldenburg) thematisierte in ihrem Statement den ihrer Meinung nach problembehafteten Rekurs der Sozialtheorie Essers auf die Neurowissenschaften. Sie fokussierte den als Übergang zwischen unbewussten und bewussten Kalkulationen konzipierten Wechsel vom AS- in

den RC-Modus im Modell der Frame-Selektion. Von Esser werde dabei eine dritte Möglichkeit, nämlich die eines nicht explizit kalkulierenden, operierenden Bewusstseins ausgeschlossen. Auf der Annahme eines solchen nicht-thetischen Selbstbewusstseins, das aber gleichwohl Bewusstsein sei, beruhe jedoch die neurowissenschaftliche Forschungspraxis, außerdem gebe es dazu bereits theoretische Konzepte, etwa in der Phänomenologie und philosophischen Anthropologie. Dies weise auf eine Leerstelle in der Esser'schen Konzeption hin, was ihm die Erklärung bestimmter Phänomene erschwere. Der Blick auf die neurowissenschaftliche Forschungspraxis zeige aber auch, dass das MFS im Hinblick auf die Modellierung unbewusster Kalkulationen auf Ergebnisse rekurriere, die die Neurowissenschaften noch gar nicht erbringen könnten. Die im MFS vorausgesetzte Präzision der Modellierung sowie die Legitimation des Modells insgesamt gerieten damit ins Wanken. Lindemann forderte, das MFS dahin gehend zu verändern, dass Unbestimmtheitsphänomene einbezogen würden. Hartmut Esser wandte sich in seiner Stellungnahme gegen den von Lindemann zugrunde gelegten Bewusstseinsbegriff und sprach stattdessen vom jeweiligen Grad der Elaboriertheit der Vorgänge im Gehirn, die unter Beachtung möglicher Zwischenheuristiken im MFS umfassend modelliert würden.

In einem Beitrag zum dritten Schritt des MSE legte *Uwe Schimank* (Hagen) seine Einschätzung zum Stand der soziologischen Forschung über die ›Logik der Aggregation‹ dar. Obwohl Aggregationsphänomene das eigentliche Thema der Soziologie seien, würden sie zwar von einigen der speziellen Soziologien, kaum aber von der allgemeinen Sozialtheorie bearbeitet. Es mangle der Soziologie an generellen Modellen und Erklärungsmustern, mit denen soziale Strukturdynamiken erfasst werden könnten. Trotz der durch das Theorieprogramm von Hartmut Esser erfolgten Aufmerksamkeitslenkung auf diesen Schritt der soziologischen Erklärung, sei eine synoptische Vergegenwärtigung der in verschiedenen Ansätzen vorliegenden Vorschläge zu Aggregationsmechanismen ein Desiderat. Vorrangig zu bearbeitende Probleme seien die Erstellung von Modellen für Aggregationen in komplexen Mehrebenensystemen und die Frage nach deren Generalisierbarkeit.

Diskutiert wurde zu diesem Punkt, dass die durch MSE und MFS evozierte Verfeinerung von Situations- und Handlungslogik von der Fokussierung auf die Aggregationslogik ablenke. Die Vertreter der erklärenden Soziologie räumten ein, dass die Erfordernis von Tiefenerklärungen vom jeweiligen Erklärungsproblem abhängen und forschungspraktisch oft-

mals vereinfachende Annahmen ausreichen. Grundsätzlich müsse aber eine auf realistischen Annahmen fußende mikrofundierende Methodologie die Basis bilden.

Zur Frage nach dem integrativen Anspruch des MSE setzte sich *Hartmut Esser* mit der objektiven Hermeneutik auseinander. Er rekonstruierte deren Vorgehen in seiner Theoriesprache und erläuterte seine Kritik an diesem Ansatz. Die Deutungsmusteranalyse sei ein Verfahren zur Identifikation von Situationslogiken, erkläre aber nicht die Generierung der Deutungsmuster und es fehle die Angabe einer Selektionsregel für die Wahl der Situationsdefinition. Nicht nur würden bei der sequenziellen Rekonstruktion von Situationen die auch in der objektiven Hermeneutik unterstellten und auf der Annahme von »cultural dope« gründenden matching-Hypothesen vom MFS eingeholt, implizit arbeiteten beide Ansätze auch mit demselben allgemeinen Handlungsgesetz. Die Verfechter der objektiven Hermeneutik verwiesen darauf, dass es ihnen nicht um die Frage nach individuellen Entscheidungen in Situationen gehe, sondern um die Erhellung von jeweiligen Fallstrukturgesetzmäßigkeiten, dass also die Methode im Sinne des MSE eher zur Aggregationsproblematik beitrage. Dabei liege allerdings ein anderes Verständnis von Objektivität zugrunde als im methodologischen Individualismus. Esser erläuterte daraufhin, dass er die Annahme von makrostrukturellen Kausalgesetzen ablehne, und unter dieser Voraussetzung seine Rekonstruktion und Ergänzung der objektiven Hermeneutik richtig und geboten sei.

Gert Albert (Heidelberg) wandte sich in seinem Statement ebenfalls dem integrativen Anspruch des MSE zu und prüfte diesen an der Figurationssoziologie von Norbert Elias. Im Vergleich mit einer nach Alberts Dafürhalten werkgetreueren Lesart der Elias'schen Schriften beruhe die von Esser behauptete Integration der Figurationstheorie in das MSE auf einer verkürzten Interpretation. Bei Elias fänden sich deutliche Hinweise auf einen moderaten methodologischen Holismus, was die Annahme von starker Emergenz und Makrodetermination impliziere. Aufgrund seines schwachen Emergenzbegriffs sowie der Forderung nach reduktiven Erklärungen unterscheide sich der methodologische Individualismus im Kern von der Figurationstheorie. Albert stellte zudem auf die bei Elias auffindbaren Argumente motivationaler Prägung von Akteuren ab, die mit der Esser'schen Akteurskonzeption und der Annahme eines universalen Handlungsgesetzes nicht vereinbar seien. Albert konzedierte die Möglichkeit der

Erhebung eines Überlegenheitsanspruchs des MSE gegenüber der Figurationssoziologie, nicht aber deren gelungene Integration.

Die Vertreter der erklärenden Soziologie beharrten in der Diskussion darauf, dass Elias implizit mit dem MSE arbeite, was die methodologisch-individualistische Rekonstruktion erlaube und dazu führe, dass in der konkreten Forschungspraxis kein Unterschied zwischen den Ansätzen bestehe. Die Aufrechterhaltung der Figurationssoziologie als eigenständiges Paradigma sei daher überflüssig.

Matthias König (Göttingen) nahm das MSE aus einer Beobachterperspektive auf den Theoriediskurs als Ganzen in den Blick. Er analysierte den multiparadigmatischen Zustand der Soziologie unter Anwendung der Erkenntnisse von Andrew Abbott zur »fraktalen Struktur« der soziologischen Theorie. Danach verlaufe die Ausdifferenzierung theoretischer Positionen anhand von Leitunterscheidungen, die sich auf verschiedenen Ebenen der Theoriebildung in unterschiedlichen Kombinationen wiederholten. Auf diese Weise ergebe sich ein großer Möglichkeitsraum soziologischer Theorievarianten. König bestätigte aus dieser Perspektive, dass es Hartmut Esser durch das flexible Hintereinanderschalten von Leitunterscheidungen gelungen sei, eine bislang seltene Kombination einer Vielzahl solcher Unterscheidungen in seiner Theorie vorzunehmen. Die Möglichkeit zu neuen Kombinationen sei aber noch lange nicht erschöpft, so dass auch mit dem MSE die Überwindung der konkurrierenden Theorie-situation nicht zu erwarten sei. König plädierte dafür, sich die Offenheit gegenüber theoretischem Erkenntnisfortschritt auch dort zu erhalten, wo er sich nicht in einer methodologisch im MSE integrierten Form vollziehe. Großes Anregungspotential sehe er bei einigen Makrosoziologien sowie bei den Traditionen, die auf Fragen der Selbstreflexivität von Theoriebildung aufmerksam machen.

Von den Vertretern des MSE wurde in der Diskussion die Vermutung geäußert, dass Leitunterscheidungen durch Rhetorik geschaffene Gegensätze seien. Hartmut Esser stellte heraus, dass vor dem Hintergrund der obersten und unverhandelbaren Leitunterscheidung seiner Theorie die Integration weiterer Leitunterscheidungen folgerichtig und der Vorwurf des Eklektizismus zurück zu weisen sei.

Hartmut Essers Fazit der Tagung fiel mit großem Dank an die Organisatoren der Tagung und für die konstruktiven Beiträge der Referentin und Referenten sehr positiv aus. Seiner Meinung nach sei erkennbar, dass viele

der früher diskutierten Missverständnisse über seine Theorie sich aufgeklärt hätten. Vertreter anderer Paradigmen würden nun besser verstehen, worauf das MSE ziele und was damit machbar sei. Ein Methodenmonismus in der Soziologie sei in Anbetracht einer zu gewärtigenden Konvergenz verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen in Richtung auf eine Einheit der Sozialwissenschaften dringend angeraten.

Andrea Hamp

Bericht zur Tagung »Die Gesellschaft der Unternehmen – Die Unternehmen der Gesellschaft«

Über zwanzig Jahre ist es her, seitdem die »Neue« Wirtschaftssoziologie sich in den USA als solche zu formieren und erfolgreich zu institutionalisieren begann. Nun ist sie auch in Deutschland angekommen und beginnt eine ähnliche Rolle zu beanspruchen, wie sie hierzulande lange Zeit der Industriesoziologie zugeschrieben wurde, nämlich als gegenstandsbezogene Teildisziplin zur theoretischen Entwicklung des ganzen Faches beizutragen. So erscheint es nur naheliegend, wenn umgekehrt Theoretikerinnen und Theoretiker sich mit dem Wirtschaftsgeschehen und dessen soziologischer Analyse auseinandersetzen.

Die Neue Wirtschaftssoziologie ist bislang vor allem eine Marktsoziologie, wie es *Katharina Bluhm* (Jena) in ihrem Tagungsbeitrag auf den Punkt brachte. Und so wird verständlich, warum sich die Sektion Soziologische Theorie in der DGS – durchaus auf Distinktion bedacht (erfreulicherweise aber nur in inhaltlicher Hinsicht) – auf ihrer Herbsttagung vom 4. bis 6.10.2007 mit dem Unternehmen als einer weiteren zentralen Institution der modernen Wirtschaft beschäftigte und sich hierbei gegenüber der netzwerk-, handlungs-, und institutionentheoretisch ausgerichteten »Neuen« Wirtschaftssoziologie um eine verstärkt gesellschaftstheoretische Perspektive bemühte. Zur Klärung der Fragen, »ob und wie soziologische Theorien das moderne Unternehmen im Spannungsfeld von Individuum – Wirtschaft – Gesellschaft verorten und als zentrale Institution moderner Gesellschaften erfassen können« (Programm-Flyer), hatte die Sektion nicht nur ihre eigenen Mitglieder, sondern mit Unterstützung der DFG auch Wirtschaftssoziologen, Ökonomen, Politologen und Medienwissenschaftler an die Fernuniversität Hagen eingeladen. Diese trugen teils mit sowohl anspruchsvoller als auch anschaulicher Empirie zur so wichtigen prak-

tischen Unterfütterung der theoretischen Betrachtungen bei, wie dies *Uwe Schimank* (Hagen) in seinem Fazit als Sektionssprecher und Mitorganisator sehr zutreffend hervorhob.

Die Relevanz, sich auch jenseits aller Distinktionsbestrebungen mit dem Thema auseinanderzusetzen, machte bereits *Andrea Maurer* (Uni BW, München, ebenfalls Organisatorin der Tagung) in ihrem Eingangsvortrag deutlich, zunächst sehr plastisch mit dem Vergleich der heutigen Dominanz von Firmenzentralen im modernen Stadtbild mit der vormals herausragenden Position von Kathedralen, und dann unter Bezugnahme auf den Stand der Forschung. Wurde das Unternehmen von den Klassikern der Soziologie und der Ökonomie mit wenigen Ausnahmen eher stiefmütterlich behandelt, haben sich auch die Neue Institutionenökonomik sowie neuere soziologische Ansätze bislang nur zögerlich des Themas angenommen. So besteht bei den Protagonisten der Neuen Wirtschaftssoziologie Einigkeit bezüglich der Vernachlässigung dieser Institution im Vergleich zum Markt, was sich nicht nur in der Heterogenität der Einzelstudien bei einem gleichzeitigem Mangel an integrierenden theoretischen Perspektiven niederschlägt, sondern eben auch in einer mangelnden gesellschaftstheoretischen Perspektive. Welche Einsichten eröffnete die Tagung nun zu Unternehmen?

Programm und Diskussion waren entlang von zwei Leitfragen strukturiert und zwar nach (1) der gesellschaftlichen Konstitution und institutionellen Rahmung von Unternehmen sowie (2) ihren sozial-strukturellen Effekten und ihrer Rolle in gesellschaftlichen Ökonomisierungs- und Globalisierungsprozessen. Die ersten drei Vortragsblöcke waren der ersten Frage gewidmet, und so wurde auch immer wieder auf die beiden zentralen Grundthemen der Neuen Wirtschaftssoziologie – Einbettung und Unsicherheit bzw. Ungewissheit – Bezug genommen. In der Diskussion zog dies vereinzelt, dafür umso heftigere Polemiken nach sich, was dem meist sehr hohen Anspruch der Vorträge jedoch keinen Abbruch tat. Diese konnten durchaus deutlich machen, wie relevant es jenseits von Pappkameraden und modischen Schlagworten ist, die sozialen Grundlagen sowie die gesellschaftlichen Bezüge unternehmerischen Handelns bzw. von Unternehmen kritisch in Beziehung zu dominanten Rationalitätsannahmen auf der Handlungs- sowie auf der institutionellen Ebene zu setzen. Was in vielen Vorträgen anklang, war generell die Frage nach dem Verhältnis von ökonomischer Rationalität, Prozessen der Kapitalakkumulation sowie der

normativ-moralischen Dimension der Wirtschaft im Kontext eines »Unternehmenskapitalismus«.

So stellte *Christoph Deutschmann* (Tübingen) im ersten Vortragsblock, der sich mit den kulturell-legitimatorischen Grundlagen unternehmerischen Handelns beschäftigte, die These auf, dass Unternehmer mit »Utopien des guten Lebens« eine gesellschaftlich strukturtransformierende Wirkung ausübten und fragte nach dem »Wie?«. *Peter Walgenbach* (Erfurt) präsentierte eine internationale Studie, in der am Beispiel der Institutionalisierung von Assessment Centern als einer »rationalen« Methode der Personalauswahl in multinationalen Unternehmen untersucht wurde, inwieweit normativ-institutioneller Druck und technisch-ökonomische Faktoren die Entstehung (global) dominanter Institutionen auch gegen konfligierende institutionelle Logiken in nationalen Business-Systemen begünstigen.

Ein weiterer Vortragsblock beschäftigte sich mit dem Corporate Governance-Ansatz als theoretischer Grundlage heutiger Unternehmensstrukturen sowie mit dessen »sozialstrukturellen« Bezügen. *Ulrich Jürgens* (WZB Berlin) betonte in seiner Einführung in den Ansatz zunächst, dass dieser auf der Prinzipal-Agenten-Theorie beruhe, also der Frage, wie »Agenten« dazu gebracht werden können, im Sinne eines »Prinzipals« zu handeln, und wem in welcher Höhe Anteile an gemeinsam erwirtschafteten Erträgen zustehen, und erläuterte, wie dieser Ansatz den Übergang zu einer Kapitalmarktsteuerung von Unternehmen begünstigt habe. *Paul Windolf* (Trier) zeigte im Anschluss daran mit profundem finanzwirtschaftlichem Wissen, wie dieser »Finanzmarktkapitalismus« die Entstehung einer neuen ökonomischen Elite der Fonds-Manager begünstigt hat, für die der Ausbau und die Reproduktion ihrer gesellschaftlichen Position entscheidend von ihrem Erfolg abhängt, das Bedürfnis von Anlegern nach hohen Renditen bei geringem Risiko zu befriedigen. Abschließend diskutierte *Martin Höpner* (MPIfG Köln) mit Referenz auf den Varieties of Capitalism-Ansatz und unter Zuhilfenahme von Daten zu 20 OECD-Ländern, inwieweit im Gegensatz zu diesem ungezähmten Kapitalismus viele Länder nach wie vor Ausprägungen eines »nichtliberalen Kapitalismus« aufweisen, und unterschied hierfür zwischen Dimensionen eines koordinierten und eines organisierten Kapitalismus.

Unter der Rubrik der Einbettung von Unternehmen stellte *Richard Münch* (Bamberg) im Anschluss an Polanyi klar, dass die moderne, ausdifferenzierte Ökonomie eigentlich eine entbettete Ökonomie sei. Da jedoch die Institution des Marktes die moralische Lehre von der Leistungs-

gerechtigkeit beinhalte, sei mit der Ausdifferenzierung gleichzeitig eine moralische Einbettung wirtschaftlichen Handelns verbunden. Diese Moral bewirke, dass auf Prozesse der Schließung von Märkten (u. a. durch das Größenwachstum von Unternehmen) immer wieder Prozesse der (internationalen) Öffnung folgen, was die globale Ausbreitung der Markt-moral zur Folge habe. *Katharina Bluhm* (Jena) diskutierte anhand der Konzepte von Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility, inwieweit das moralische Handeln von Unternehmen nicht doch stets in das ökonomische Kalkül »eingebettet« bleibt. Beide Vorträge, welche durchaus Granovettters Forderung, die Einbettung wirtschaftlichen Handelns mehr zu beachten, nachkamen, wenn auch in deutlich anderer Hinsicht als von diesem vorgeschlagen, wurden dann von *Michael Schmid* (Uni BW, München) genau in dieser Hinsicht wohlwollend kommentiert.

Fortsetzung fanden die Themen »Akkumulation von ökonomischen Ressourcen« sowie »normativ-moralische Dimensionen der Wirtschaft« in zwei weiteren Vortragsblöcken, die sich mit der »unternehmerischen« Konstitution von Gesellschaft beschäftigen sollten. Leider wurde jedoch nicht in allen Vorträgen der Bezug zur Themenstellung »Unternehmen« deutlich. Der erste Themenblock war der Wirkung von Unternehmen auf die Sozialstruktur gewidmet. Während *Holger Lengfeld* (Hagen) sehr anschaulich zeigen konnte, wie die Lebenschancen von Individuen durch Unternehmensstrukturen innerhalb aller Klassenlagen beeinflusst werden, diskutierte *Johannes Berger* (Mannheim) unterschiedliche Ungleichheitsmaße sehr kritisch, aber auch sehr allgemein, und plädierte dafür, den Markt, der schließlich keine Verteilungseffekte produziere, als »Benchmark« in der Ungleichheitsforschung zu verwenden.

Die Vorträge im zweiten Themenblock waren unter dem Stichwort Ökonomisierung den gesellschaftlichen Auswirkungen der ökonomisch-unternehmerischen Logik gewidmet. *Eva Barlösius* (Essen) machte am Beispiel der »Kommodifizierung von Luft« bzw. des Emissionsrechtehandels deutlich, inwieweit in gesellschaftlichen Bereichen, in denen eigentlich keine Ökonomisierung erwünscht ist, auf das Marktparadigma zurückgegriffen wird, um Regulierungen und Subventionen normativ zu rechtfertigen. *Uwe Schimank* (Hagen) ging der Frage nach, wie bzw. durch welche Maßnahmen und Prozesse sich die normative Fiktion einer Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche, d.h. deren Behandlung nach der Logik von Gewinnerzielung und Verlustvermeidung, tatsächlich auch in diesen manifestiere. Deutlich wurde hier, dass es weniger die Marktlogik

ist, welche die Ökonomisierung vorantreibt, sondern dass es die Einforderung eines unternehmerischen Ethos sowie die Einführung vergleichsweise autoritärer Organisationsprinzipien durch die Übertragung »unternehmerischer« Entscheidungs Kompetenzen sind. *Klaus-Dieter Altmeyen* (Ilmenau) ergänzte und illustrierte beide Betrachtungen durch eine Diskussion von Ökonomisierungsprozessen im Bereich der Medien.

Der letzte Vortragsblock griff schließlich das Thema Globalisierung im Kontext von Unternehmen auf. *Boris Holzner* (LMU München) argumentierte aus systemtheoretischer Perspektive, dass das Wirtschaftssystem gegenüber politischen Grenzen indifferent sei, um dann aufzuzeigen, inwieweit multinationale Unternehmen dennoch nationalen Erwartungsstrukturen und Beschränkungen verhaftet blieben. *Hartmut Wächter* (Trier) kritisierte den Mainstream der BWL-Literatur, der für internationale Unternehmen neue Organisationsformen jenseits nationaler Spezifika proklamiert, und legte anhand empirischer Länderstudien zum Human Resource Management und dem Institutionenkonzept von Whitley dar, dass es lokale bzw. lokalisierbare Methoden sind, die global diffundieren. *Volker Schmidt* (Singapur) trug abschließend zum ostasiatischen Kapitalismus vor, diskutierte anschaulich dessen Spezifika, Entwicklung und Potenzial und löste damit noch angeregte Debatten darüber aus, inwieweit die asiatische Wirtschaftsentwicklung auf die kapitalistischen Gesellschaften Europas zurückwirken und diese in den nächsten Jahren herausfordern wird.

Fazit: Theoretiker und (hoffentlich in Zukunft auch mehr) Theoretikerinnen können sich ruhig noch öfter von der Wirtschaftssoziologie herausgefordert fühlen, den Dialog mit dieser suchen, sich zu konstruktiven Beiträgen hinreißen lassen (und außerdem die zahlreichen jungen Interessenten noch stärker in die Diskussion integrieren). Denn auch nach dieser Tagung kann noch nicht von einem integrativen theoretischen Ansatz gesprochen werden – obwohl sich einige hot topics (Marktmoral, Rationalität und Kapitalakkumulation) herauskristallisierten. Und auch die gesellschaftstheoretische Dimension des Wirtschaftsgeschehens ist noch nicht abschließend erörtert.

Bettina Fley, Simone Korb

Sektion Soziologische Theorie und Sektion Kulturosoziologie

Bericht über die Tagung »Wie bürgerlich ist die Moderne? – Bürgerliche Gesellschaft, Bürgertum und Bürgerlichkeit«

In welcher Gesellschaft leben wir gegenwärtig? ist eine der grundlegenden Fragen der Soziologie. Der öffentliche Diskurs zu dieser Problemstellung suggeriert seit einiger Zeit eine vermeintliche Rückkehr von »Bürgerlichkeit«, während die Soziologie fachintern weiterhin mit mannigfaltigen, sehr heterogenen Gesellschaftsbegriffen, wie »Massengesellschaft«, »Risikogesellschaft«, »Konsumgesellschaft«, »Erlebnisgesellschaft« etc., operiert. In der Soziologie kommt der »bürgerlichen Gesellschaft« als einer soziologischen Kategorie zur Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft bisher keine bedeutende Rolle zu, obwohl die Klassiker früher moderner Gesellschaftstheorien (Smith, Hegel, Marx, Weber) Bürgertum und Bürgerlichkeit als zentrales Element für die Entstehung der modernen Gesellschaft in den Blick nehmen. Es stellt sich innerhalb der soziologischen Theorie selbst die Frage, ob man ausgehend von den Klassikern zu Beginn des 21. Jahrhunderts konzeptionell von einer Kontinuität der Strukturen bürgerlicher Gesellschaft im Verlauf der Moderne sprechen kann oder ob vielmehr von Diskontinuitäten bürgerlicher Vergesellschaftung – innerhalb der Moderne selbst – gesprochen werden muss. Wenn von einer Kontinuität bürgerlicher Gesellschaft in der Gegenwart ausgegangen werden kann, inwiefern lässt sich mit den soziologischen Begriffen »bürgerliche Gesellschaft«, »Bürgertum«, und »Bürgerlichkeit« die aktuelle Gesellschaft adäquat beobachten? Im Fokus dieser Überlegungen konzipierten *Joachim Fischer* (Dresden) und *Andreas Reckwitz* (Konstanz) für die DGS-Sektionen Kulturosoziologie und Soziologische Theorie an der Universität von Konstanz eine Tagung vom 13. bis 14. Juli 2007.

Als Hauptvertreter der Kontinuitätsthese bürgerlicher Vergesellschaftung trat im Rahmen der Tagung *Joachim Fischer* hervor. Er sieht aktuell keine Rückkehr oder Renaissance von »Bürgerlichkeit«, die man ideologiekritisch von den bekannten soziologischen Theorien aus aufklären müsse, sondern konstatiert umgekehrt das Potential, von einer soziologisch neu gefassten Theorie der bürgerlichen Gesellschaft aus alle Gegenwartsphänomene der Moderne begreifen zu können. Diese soziologische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft soll durch ihren langen historisch-soziologischen Atem

der »Theorienot«, in der die Soziologie durch ihre heterogene Begriffsvielfalt bezüglich der Gesellschaft geraten ist, in gegenwartsdiagnostischer Sicht abhelfen. Deshalb kombiniert er drei Denktraditionen des Bürgerlichen (Kapitalismustheorie, Theorie der Zivilgesellschaft, Theorie des Bildungsbürgertums) und verknüpft zugleich handlungs- mit systemtheoretischen Perspektiven. Im Konzept der »bürgerlichen Gesellschaft« wird sowohl die Möglichkeit gewahrt, verschiedene gesellschaftliche Akteursgruppen zu beobachten (Bourgeoisie, Assoziationsbürgertum, kritisch-kreatives Bildungsbürgertum), als auch die Nichtaufeinanderrückführbarkeit und Eigenlogik der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme berücksichtigt (Systemtheorie). Alle Bürgertumsfraktionen gruppieren sich um verschiedene, nicht aufeinander rückführbare Gesellschafts- resp. Kommunikationssysteme. Dabei handelt es sich um das Wirtschaftssystem (Bourgeoisie), Wissenschafts- und Kultursystem (Bildungsbürgertum) sowie das Rechts- und politische System (Assoziationsbürgertum). Damit soll eine soziologische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft mehr Beobachtungspotential haben als ihre großen Theoriekonkurrenten: die Systemtheorie, die keine Akteursgruppen beschreiben kann, und die Kapitalismustheorie, die theorienotwendig alle außerökonomischen Bereiche als Sekundärbildungen beschreiben müsse. Insgesamt interpretiert Fischer die Gegenwartsgesellschaft als »bürgerliche Gesellschaft nach ihrer Kontingenzerfahrung«; es gäbe keine geschichtsphilosophische Notwendigkeit, dass die Moderne »bürgerlich« sei, wie die Erfahrung strukturell nicht-bürgerlicher Gesellschaftsprojekte der Moderne dezidiert zeige (Nationalsozialismus, Sozialismus).

Aus der Akteursperspektive heraus diskutierte *Stephan Moebius* (Konstanz), am Beispiel des Collège de Sociologie, Antibürgerlichkeit der französischen Avantgarde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die französischen Avantgardisten versuchten mit einer an der Durkheim-Schule orientierten Sakralsoziologie neuartige Gemeinschaften zu etablieren. Den Hintergrund für diese Bestrebungen bildete die Ansicht, dass eine zunehmend individualisierte Gesellschaft dem Faschismus widerstandslos ausgeliefert sei. Die Mitglieder des Collège de Sociologie versuchten eine Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln, dabei wandte man sich in erster Linie gegen die Einseitigkeit der Vernunft und des Rationalen sowie gegen die »bürgerliche Verlogenheit«. Dagegen setzen die Avantgardisten Momente der dionysischen Ekstase, der Verschwendung und Verausgabung als Elemente der Gesellschaft, die sie anstrebten. Moebius verwies

in seinem Vortrag darauf, dass diese antibürgerliche Haltung der Avantgardisten aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus entstanden und zum Teil auch dort verhaftet geblieben ist. Aus der Sicht einer Theorie der bürgerlichen Gesellschaft wäre an dieser Stelle zu fragen, ob es sich bei der avantgardistischen Antibürgerlichkeit (Verausgabung vs. Rationalität und Vernunft) nicht letztlich um eine Seite dessen handelt, was man als Doppelcodierung des bürgerlichen Subjekts zwischen Romantik und Aufklärung beschreiben kann.

Ebenfalls vom Akteur ausgehend – der Kontinuitätsthese folgend – argumentierte *Manuel Frey* (Dresden), indem er sich auf den Stifter als *den* Gegenwartsbürger bezog. Einleitend stützte sich Frey auf Eckart Conze (»Eine bürgerliche Republik. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft«, 2004), welcher für die Zeit nach 1945 zwei Tendenzen von Bürgerlichkeit aufzeigt. Dabei handelt es sich einerseits um eine restaurationsartige Wiederbelebung (Renaissance) exklusiver Bürgerlichkeit und andererseits um eine Verallgemeinerung von Bürgertum und bürgerlicher Gesellschaft. Freys These in diesem Zusammenhang war, dass sich auf dem Feld des Stiftens die beiden Tendenzen verbinden und überlagern. Im Akt des Stiftens lassen sich sowohl die Exklusivitätsansprüche des Bürgers (im Kampf um symbolische Anerkennung) als auch dessen Allgemeinorientierung (Stiften als zivilgesellschaftliches Engagement) erkennen. Gleichsam wird auch die immer schon riskierte Existenz des Bürgers im Stiftungswesen deutlich: Der Stifter tritt mit seiner Gabe als Einzelner der Öffentlichkeit gegenüber, dabei besteht immer das Risiko, dass seine Gabe, und somit er selbst, nicht anerkannt wird.

Neben den bereits dargelegten Tendenzen, diagnostisch mit einer Kontinuität von Bürgerlichkeit zu operieren, kristallisierte sich im Verlauf der Tagung eine andere Position heraus: den faktischen Bruch oder Abbruch von »Bürgerlichkeit« innerhalb der gegenwärtigen Moderne zu konstatieren bzw. deren gegenwärtige diskursive Renaissance als eine Semantik, als Ideologie aktueller (ökonomischer) Krisen der Moderne deutlich zu machen.

Als einer der Hauptvertreter ist hier *Heinz Bude* (Kassel) zu nennen. Am Modellfall der Bundesrepublik Deutschland argumentierte er, dass es im Rahmen des Ausbaus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nach 1945 und der Verallgemeinerung des Bürgers als Staatsbürger zu einem Aufgehen der bürgerlichen Gesellschaft in der »Arbeitnehmergesellschaft« gekommen sei. Im Kontext eines weit ausgreifenden sozialen Netzwerkes kam es zu

einer fast vollständigen Entprivatisierung aller Lebensrisiken, so dass bürgerliche Tugenden nicht mehr gefragt waren. Aktuell, so argumentierte Bude vor dem Hintergrund einer impliziten Kapitalismustheorie, ist es im Hinblick auf die ökonomische Krise und Transformation des Wohlfahrtsstaates zu einer semantischen Renaissance bürgerlicher Dispositionen gekommen. Der Wohlfahrtsstaat dient nicht mehr dem Schutz vor dem Markt, sondern der Befähigung zur Teilnahme am Markt. Soziale Rechte und Ansprüche sollen nun nicht mehr allein gebunden an die Staatsbürgerschaft sein, sondern an individuelle Leistungen und Beiträge (»Fördern und Fordern«). Die Umformung des Wohlfahrtsstaates in Deutschland ist faktisch vollzogen, die Idee der Arbeitnehmersgesellschaft ist Vergangenheit. Die Zukunft verlangt eigenverantwortliche, selbstständige Bürger. *Hans-Peter Müller* (Berlin) sprach in dieser Beziehung auch von einer (politisch forcierten) Umstellung von »system blame« auf »individual blame«. Zusammenfassend könnte man mit Bude sagen, dass es politökonomisch zu einem Rückzug des Sozialstaates unter dem Deckmantel der Renaissance von Bürgerlichkeit gekommen ist. Auch Müller sprach in seinem Referat von einer (überraschenden) Wiederkehr von Bürgerlichkeit in den aktuellen Diskussionen. Seine zentrale These: kulturell beobachten wir eine Renaissance der Werte von Bürgerlichkeit; andererseits scheint es so zu sein, dass die strukturellen und institutionellen Chancen zur Verwirklichung einer bürgerlichen Lebensführung nur unzureichend und darüber hinaus ungleich verteilt sind ((1) »strukturelle« und (2) »institutionelle Dekadenz«). Im Anschluss daran stellte er sich die Frage, ob sich eine bürgerliche Lebensführung in der Gegenwartsgesellschaft überhaupt realisieren lässt. 1. Hans-Peter Müller sprach in Bezug auf die gegenwärtige Gesellschaft von einer so genannten »strukturellen Dekadenz«. Auf der einen Seite besteht die strukturelle Anforderung, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft durch Eigenleistung selbständig finden und eine gelungene Individualität entwickeln muss. Demgegenüber sind, mit Blick auf die Sozialstruktur, die dafür notwendigen Ressourcen sehr ungleich verteilt. Es ist demnach zu fragen, welche Chancen für den Einzelnen, je nach seiner sozialen Positionierung, bestehen Bürger zu werden und was es bedeutet dabei zu scheitern. In der darauf folgenden Diskussion stellte sich allerdings die Frage, inwiefern das bürgerliche Persönlichkeitsideal überhaupt von jedermann angestrebt wird.

2. Im Weiteren machte Hans-Peter Müller den Aspekt einer momentan bestehenden »institutionellen Dekadenz« stark. Hierbei rekurrierte er auf

eine bestehende »Reziprozitätsinbalance« zwischen den drei zentralen gesellschaftlichen Institutionen: Staat, Markt und Familie. Die Wirtschaft (Lohndumping, prekäre Arbeitsverhältnisse) und der Staat (Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Erhöhung der Steuerlast, Abbau staatlicher Transferleistungen) haben sich auf Kosten der Bürger (Selbstverantwortung, -vorsorge) saniert. Die Argumentation von Hans-Peter Müller zielte im Endeffekt darauf ab herauszustellen, dass man eine Renaissance bürgerlicher Tugenden beobachten kann, wobei jedoch fraglich ist, inwieweit diese erreichbar und umsetzbar sind.

Eine Mittelposition innerhalb der Bürgerlichkeitsdiskussion zwischen Kontinuität und Diskontinuität nahm der Beitrag von *Andreas Reckwitz* (Konstanz) ein. Sein Hauptargument war, dass die Moderne bürgerlich und antibürgerlich zugleich sei. Zum Ausgangspunkt seiner Darstellung machte er die Subjektstruktur des klassischen Bürgers im 18./19. Jahrhundert. Charakteristisch für den Bürger ist demnach eine »hybride Subjektstruktur«, welche sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Moralität und Selbstregulierung/ Souveränitätsorientierung befindet. Hierbei handelt es sich um zwei basale Sinnmuster, die alle bürgerlichen Praktiken strukturieren und zugleich in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen. Die Basis für die Moralität bilden Ordnung und Regeln, dagegen findet selbstbestimmtes Handeln immer unter den Bedingungen von Ungewissheit bzw. Unordnung statt. Im Übergang zur »organisierten Moderne« (Gemeinschaftsprojekte innerhalb der Moderne) bzw. »Postmoderne« verliert dann jeweils eines der beiden bürgerlichen Sinnmuster an Bedeutung. Während sich in der »organisierten Moderne« das Subjekt an kollektiv vorgegebenen Organisationen und Plänen orientieren und ausrichten muss (Moralisierung), ist in der »Postmoderne« die Eigenorientierung des Individuums entscheidend (Selbstregulierung/ Souveränitätsorientierung). Weiterhin differenziert sich aus dem Sinnmuster Selbstregulierung/ Souveränitätsorientierung in der Postmoderne eine neuerliche hybride Ausformung des Subjekts, welches nun im Spannungsverhältnis zwischen »Selbstästhetisierung« und »Selbstoptimierung« steht. Dem folgend, beobachtet Reckwitz in der »organisierten Moderne« einerseits jeweils eine Kontinuität bezüglich eines der beiden klassischen bürgerlichen Sinnmuster und andererseits jeweils eine Diskontinuität bezüglich des anderen bürgerlichen Sinnmusters. Der Moderne gelingt es somit, bürgerlich und antibürgerlich zugleich zu sein.

Die Existenz von bürgerlichen und antibürgerlichen Tendenzen innerhalb der Gegenwartsgesellschaft wurde auch von *Clemens Albrecht* (Koblenz) thematisiert. Im Rekurs auf Inklusions- und Exklusionsmechanismen innerhalb des kulturellen Systems (Bildungssystem) machte er deutlich, dass die Gegenwartsgesellschaft gekennzeichnet ist durch Verbürgerlichungs- (Verallgemeinerung des bürgerlichen Bildungskanons) und Entbürgerlichungsprozesse (Verdeckung der Spielregeln im »Bildungsspiel«), welche aus der spannungsreichen Beziehung zwischen Kultur und (Sozial-) Struktur resultieren. Die Moderne wird nur dann bürgerlich, so Albrecht, wenn Bürgerlichkeit tatsächlich realisiert wird: Das Zusammenfallen von Autonomie, Gleichheit, Moralität und Perfektibilität führt zum Auseinandertreten von Kultur und Struktur. Diese Realisierung ist jedoch permanent gefährdet, denn das Auseinandertreten von Kultur und Struktur kann jederzeit misslingen. In den französischen Salons gelang, im Vorfeld der Revolution von 1789, erstmals die Umsetzung von Bürgerlichkeit. Über die Salonkultur kam es zu einer kurzzeitigen Auflösung der ständischen Sozialstruktur. Die Mitglieder begegneten sich im Salon, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, als gleichberechtigte »kommunikative Typen«.

Die verschiedenen Tagungsbeiträge gruppieren sich einerseits entweder um die Kontinuitäts- oder Diskontinuitätsannahme bezüglich bürgerlicher Vergesellschaftung in der Moderne und andererseits um das *diagnostische* oder *normative* Potential des Bürgerlichkeitsphänomens für die soziologische Diskussion. Dementsprechend strittig bleibt weiterhin die Antwort auf die Frage, inwieweit Bürgerlichkeit und bürgerliche Gesellschaft eine durchgehende Linie im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem 18. bis hinein ins 21. Jahrhundert bilden. Im Verlauf der Tagung erwies sich der von Joachim Fischer vertretene Ansatz, »Bürgerliche Gesellschaft als Kategorie einer soziologischen Theorie« (zur adäquaten Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft) zu konfigurieren, als anregende Diskussionsgrundlage, dessen Weiterentwicklung lohnenswert erscheint. Zugleich wurden Fragen nach den strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Realisierung von Bürgerlichkeit mit in den Blick genommen und weitergehend diskutiert. Deutlich wurde außerdem, dass zusätzliche Aspekte bei der Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft als bürgerliche Gesellschaft mit in den Blick genommen werden sollten, beispielsweise das von *Wolfgang Eßbach* (Freiburg) thematisierte Verhältnis des Bürgers zur Gewalt; auch die Beschreibung gesellschaftsimmanenter Veränderungen sei auf Grund der Komplexität des Ansatzes noch nicht geklärt (Reckwitz).

Aus der Tatsache heraus, dass die Soziologie (im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, die auch in nichtbürgerlichen Gesellschaften funktionieren) eine genuin bürgerliche Wissenschaft ist, welche der riskierten bürgerlichen Gesellschaft als Korrektiv und gleichsam auch als Ausdruck ihres Dauerverdachts gegen sich selbst gilt, erscheint es viel versprechend, gerade auch die heutige Gesellschaft im Fokus der Bürgerlichkeit zu beobachten. Die Konstanzer Tagung war dafür gerade in der Kooperation zweier einschlägiger Sektionen ein guter Auftakt.

Daniel Grummt, Peter Hausdorf

In memoriam Karl-Heinz Hillmann (14.06.1938, Berlin – 31.10.2007, Würzburg)

Karl-Heinz Hillmann wurde am 14. Juni 1938 in Berlin geboren und blieb dieser Stadt nicht nur aus familiären Gründen immer verbunden, sondern auch aus Gründen der mentalen Zugehörigkeit; er fühlte sich zeitlebens als »Berliner«, auch wenn die berufliche Entwicklung ihn dann schließlich nach Bayern geführt hat. 1958 nahm er das Studium der Soziologie, Psychologie, Wirtschaftswissenschaften, Neueren Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin auf und schloss es 1965 als Diplom-Soziologe ab. Bei Günter Hartfiel promovierte er 1969 mit einer Arbeit, die unter dem Titel »Soziale Bestimmungsgründe des Konsumentenverhaltens« im Stuttgarter Enke-Verlag 1971 erschien. Das Interesse an Wirtschaftssoziologie, das in Studium und Doktorarbeit deutlich wurde, sollte ihn zeitlebens nicht mehr verlassen, sondern anspornen, den Zusammenhang von sozialen Einflüssen auf ökonomisches Handeln in unterschiedlichen Facetten aufzuspüren. Nach einer freien Mitarbeit bei der Berliner Emnid GmbH & CoKG, Institut für Wirtschaftspsychologie und Marktforschung, arbeitete er für kurze Zeit bei verschiedenen Unternehmen und wurde 1970 bei der Siemens AG angestellt.

Jedoch blieb der Kontakt zur freien Wirtschaft nur ein kurzes Intermezzo, denn im Jahre 1970 ging sein Doktorvater Günter Hartfiel nach Würzburg, um dort »aus dem Nichts« das Institut für Soziologie aufzubauen. So wurde Karl-Heinz Hillmann im WS 1970/1971 wissenschaftlicher Assistent von Hartfiel an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, mit der herausragenden und beglückenden Chance, in schöpferischer Weise Institutionen und Studienpläne kreieren und konstituieren zu können. Der Würzburger Soziologie blieb Hillmann lebenslang verbunden. Auch noch nach seiner Versetzung in den Ruhestand im Jahre 2003 hielt er dort Lehrveranstaltungen ab, pflegte die Kontakte zu den Kollegen und betreute Absolventen. Nach dem frühen Unfalltod von Günter Hartfiel im Jahre 1977 hatte er es am Institut nicht immer leicht, doch seine Charakterstärke zeigte sich auch darin, sich von den verschiedenen Querelen, über die er viel berichtete, nicht beirren zu lassen. Wie kein anderer präsentierte er 33 bzw. 37 Jahre lang die Kontinuität des Lehrbetriebs am Würzburger Institut. Bis zu seinem Ruhestand soll er, so heißt es, 13.000 »Scheine« an Studenten ausgeteilt haben. Bei den Studenten war er beliebt sowohl durch seine freundliche, lebenswerte, väterliche, verständnisvolle Art als auch durch seinen immer lebendigen, anekdotenreichen und frischen Vorlesungsstil.

1978 wurde er zum Akademischen Rat, 1988 zum Akademischen Oberrat ernannt. 1981 erschien im Frankfurter Peter Lang-Verlag sein Buch »Umweltkrise und Wertwandel. Die Umwertung der Werte als Strategie des Überlebens«, welches 1986 in zweiter Auflage im Würzburger Verlag Königshausen & Neumann erschien. Hillmann legte großen Wert auf die Feststellung, dieses Buch belege, dass er einer der ersten deutschen Soziologen gewesen sei, die sich mit dem Umweltproblem beschäftigt haben (immerhin fünf Jahre vor Veröffentlichung der »Risikogesellschaft« von Ulrich Beck). Mit diesem Buch avancierte er 1985 zum Privatdozenten für Soziologie; in diesem Jahr erhielt er auch sein zweites Doktorat (Dr. phil.). 1992 erhielt er den apl. Prof.; Gastprofessuren führten ihn 1985/1986 nach Siegen, 1990 nach Kiel und 1991/1992 nach Salzburg.

1988 gründete er in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie die Sektion Wirtschaftssoziologie, der er sechseinhalb Jahre als Sprecher vorstand und lebenslang verbunden blieb. Man darf wohl sagen, dass diese Sektion heute außerordentlich lebendig und von nicht zu unterschätzender Relevanz für die fachinterne und öffentliche Präsenz der deutschen Soziologie und der DGS ist. Seit 1982 war Hillmann Vertrauensdozent der Friedrich-Naumann-Stiftung, 1983 kandidierte er für den Deutschen Bundestag. Weitere Verbandsaktivitäten entfaltete er im »Bund Naturschutz« und in der »Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie«.

Seine weitere Beschäftigung mit der Wirtschaftssoziologie manifestierte sich in seiner »Allgemeine Wirtschaftssoziologie. Eine grundlegende Einführung«, die 1988 im Franz Vahlen Verlag in München erschien. Auch in diesem Werk bemühte er sich um eine Analyse des Zusammenspiels von sozialen und ökonomischen Faktoren, insonderheit um die soziale und normative Strukturierung ökonomischen Handelns.

Neben seine Beschäftigung mit der Wirtschaftssoziologie wurden jedoch seit den achtziger Jahren immer mehr seine Interessen in den Bereichen der Soziologie der Umwelt und des Wertwandels deutlich. Diese drei Schwerpunkte bildeten zunehmend seine wissenschaftliche Dreifaltigkeit bzw. das Dreigestirn seiner Interessen. Im Jahr 1986 erschien in der Darmstädter Wissenschaftlichen Buchgesellschaft »Wertwandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen«, das an gleicher Stelle 1989 in zweiter Auflage herauskam. Diese Fragestellung brachte er nach vierjähriger Arbeit – so seine eigenen Angaben – noch einmal auf eine breitere Grundlage in seinem Buch »Wertwandel. Ursachen – Tendenzen – Folgen«, das 2003 im Würzburger Carolus-Verlag erschien. Es

handelt sich um ein 467-Seiten-Werk, das aber, berücksichtigt man die Anzahl der Zeichen, eher ein 1.000-Seiten-Werk darstellt. In diesem Buch beleuchtet er die Rolle der Werte in den unterschiedlichen Sozialwissenschaften, in ihrer Verflechtung mit anderen psychischen Phänomenen, die Entstehung von Werten, die Ursachen des Wertwandels, Tendenzen und Folgen des Wertwandels sowie die Frage nach den Möglichkeiten einer gezielten edukativen und politischen Steuerung normativer Orientierungen. Es handelt sich um ein Werk, in dem die Rolle der Werte in Sozialstruktur und Soziologie in sehr umfassender Weise ausgelotet und behandelt wird. Für Hillmann stand die Rolle der Werte bei der Steuerung des Handelns (in der Mikrosoziologie) und in der gesellschaftlichen Entwicklung (in der Makrosoziologie) immer außer Frage. Ob es ihm gelungen ist, die Rolle der Werte angemessen einzuschätzen und zu justieren, bleibt jedoch fraglich, denn an eine ausreichende Einschätzung ihres kausalen Status kann man auch andere Maßstäbe ansetzen. Andere würden Werten eher den Status von Rückkoppelungseffekten denn den, bestimmende Faktoren zu sein, vindizieren. Denn indem die Wertwandelforschung nicht nur zugibt, sondern sogar darauf insistiert, dass Werte aus dem Wandel von Sozialstrukturen und Mentalitäten hervorgehen, hat sie ihnen schon den Status geraubt, Gerüst und Passage des sozialen Wandels und sozialer Strukturen zu sein. Fragt sich, ob diese Einschränkung Wertwandelforschern immer bewusst wird.

Hillmann machte scheinbar alles doppelt. Zwei Bücher zur Wirtschaftssoziologie, zwei Bücher zum Wertwandel und zwei Bücher zur Umweltthematik. So erschien im Würzburger Carolus-Verlag 1998 sein zweites Buch zur Umweltthematik, nämlich sein »Überlebensgesellschaft. Von der Endzeitgefahr zur Zukunftssicherung« In diesem Werk beschwor er die Gefahr einer weit reichenden globalen Umweltzerstörung, in einer Zeit (1998), als die Krisenszenarien nicht mehr ganz so radikal vorgetragen wurden wie noch in den achtziger Jahren und wie sie erneut erst wieder seit einigen Jahren diskutiert werden. Das Buch erscheint nun aktueller denn je, denn die globalen Gefahren waren der Weltöffentlichkeit noch nie so deutlich wie in heutiger Zeit. In seinem Buch bemüht er sich, ein Programm zu entwickeln, das darauf abzielt, gesellschaftliche Institutionen und menschliches Handeln so auszurichten, dass sie das Überleben der Menschheit sicherstellen können. Auffallend ist allerdings, dass er der Rolle der Änderung des menschlichen Handelns mehr Gewicht einräumt als der Entwicklung von Zukunftstechnologien, welche die Menschheit instand

setzen könnten, die Balance von Umweltschonung und Konsum in ein neues Verhältnis zu setzen. Insoweit bleibt Hillmann auch im Bereich der Umweltdiskussion seiner Wertethematik und ihrer zentralen Platzierung treu.

Als seinen Bestseller bezeichnete Hillmann jedoch das von ihm herausgegebene »Wörterbuch der Soziologie«, das von Günter Hartfiel 1970 erstmalig herausgegeben wurde. Nach dem Tod von Hartfiel gab Hillmann sämtliche weitere Auflagen heraus. Noch im März des Jahres 2007 erschien die fünfte, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Der Kröner Verlag brachte nun ein großformatiges und 1017 Seiten starkes Werk heraus, das zu den besten und beliebtesten Nachschlagewerken der deutschen Soziologie gehört, wenn ihm nicht sogar Listenplatz 1 gebührt. Hillmann hatte noch den größten Teil des Jahres 2006 damit verbracht, an dieser neuen Auflage zu arbeiten, die ihn weit mehr beansprucht hatte als zunächst von ihm angenommen. Die Ausgabe beweist jedoch, dass sich der Aufwand wirklich gelohnt hat. Leider konnte der Herausgeber nur noch ein halbes Jahr nach Erscheinen die Resonanzen genießen, die die neue Auflage ausgelöst hatte. Nach kurzer und schwerer Krankheit verstarb er in Würzburg und wurde in seiner Heimatstadt Berlin unter großer Anteilnahme beigesetzt.

Georg W. Oesterdiekhoff

Über die Brauchbarkeit der Soziologie, Geschwisterbeziehungen und das Chaos der Disziplinen

Tagungsbericht eines Nicht-Etablierten zum ÖGS-Kongress 2007 in Graz

Von 25. bis 27. September 2007 trafen sich in Graz in den Räumen der Universität an die 100 Soziologinnen und Soziologen aus unterschiedlichen Ländern zum Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, um unter dem Titel »Nachbarschaftsbeziehungen« die Grenzen zu benachbarten Disziplinen auszuloten, abzustecken und auch zu überschreiten. Der hier folgende Kongressbericht versucht eine kurze Darstellung der sozialen Zusammensetzung, der behandelten Themen sowie des Klimas des Kongresses zu liefern.

Über die soziale Zusammensetzung

Zu Beginn ist eine bemerkenswerte Feststellung zu machen: Ein Großteil der Referentinnen und Referenten setzte sich vor allem aus jungen und engagierten Soziologinnen und Soziologen insbesondere aus Österreich und Deutschland zusammen. Die Etablierten des Faches, wenn man Professuren als Indikator für Etablierung heranzieht, traten als Referentinnen und Referenten in den Plenarveranstaltungen nur vereinzelt auf. Dies ist umso bemerkenswerter, als das Programm des Kongresses mittels eines offenen Call for Papers erstellt wurde. Die einzige Ausnahme bildete Peter Koller, welcher unter anderem deshalb eingeladen wurde, um eine kritische Außensicht auf die Soziologie zur Diskussion zur stellen. Die mangelnde Beteiligung der Etablierten mag eventuell mit der Vermutung erklärbar sein, dass jene, die schon längere Zeit bequem in ihrer – oft selbst geschaffenen – Nische sitzen, keinen Blick für die Nachbarn und die Grenzen der Disziplin mehr übrig haben. Vielleicht mag es auch daran gelegen haben, dass Etablierte sich eben nicht mehr etablieren müssen und es daher vorzogen, im September noch ein paar Tage Ruhe zu genießen, bevor das anstrengende Semester mit den oft noch anstrengenderen Studierenden wieder begann. Jedenfalls kann man an dieser Tatsache erkennen, dass die Abwicklung eines gelungenen und inhaltlich spannenden Kongresses auch möglich ist, ohne spezielle Einladungen an ausgewählte oder etablierte Vortragende auszusprechen.

Über die unterschiedlichen Panels

Diese beschriebene soziale Zusammensetzung der Referentinnen und Referenten hatte nämlich zur Folge, dass in den unterschiedlichen Sessions durchaus immer wieder kontroverse Themen und Fragestellungen aufgeworfen wurden. Schon das Eröffnungsplenum drehte sich um zentrale Fragen wie Interdisziplinarität oder die Professionalität der Soziologie. Frank Welz sprach über das »Chaos der Disziplinen«, um anschließend an Bernd Brandl zu übergeben, der die Frage aufwarf, ob die Soziologie eine zentrale Wissenschaftsdisziplin sei. Somit legte schon der erste Nachmittag den Grundstein für heftige Debatten und kann als idealtypisch für die Bandbreite der im Rahmen des Kongresses behandelten Fragestellungen und Themen angesehen werden.

Der zweite Tag des Kongresses bestand aus einem dichten Programm, welches in mehreren, teils parallelen Veranstaltungen abgearbeitet wurde. Dieses dichte Programm hat zur Folge, dass aufgrund der Tatsache, dass ich immer nur an einem Ort anwesend sein konnte, die weitere Berichterstattung naturgemäß von meinen inhaltlichen Interessen abhängig ist. Das Vormittagspanel widmete sich den Nachbarschaftsverhältnissen, welchen die Soziologie ausgesetzt ist. Den Beginn machte Daniel Suber, der die Beziehungen und Abgrenzungen der Soziologie zur Philosophie analysierte und dafür einen historischen Zugang wählte. Einem anderen Nachbarschaftsverhältnis widmete sich Marianne Egger de Campo, die über die Geschwisterbeziehung zwischen der »großen« Schwester Soziologie und der »kleinen« Schwester Sozialarbeit referierte. In der zweiten Hälfte des Vormittags widmete sich Gerhard Jost der soziologischen Biografieforschung, während Claudia Schwarz und Wolfgang Plaschg über die Nachbarschaftskommunikation mit der Kommunikationswissenschaft sprachen.

Die parallel stattfindenden Nachmittags-Plenarveranstaltungen machten es erforderlich, dass an dieser Stelle leider nur über eine der beiden Veranstaltungen ausführlich referiert werden kann. Während in Panel 3 Disziplinen übergreifende Konzepte diskutiert wurden, widmete sich das hier näher vorgestellte Panel 2 den gemeinsamen Methoden in unterschiedlichen Disziplinen. Werner Reichmann nahm Anlehnung an Paul Lazarsfeld und stellte die heftig diskutierte Frage auf, wozu die Soziologie denn brauchbar sei. Daran anschließend sprach Vanessa Dirksen über die Anwendung ethnografischer Methoden im Rahmen ihrer Dissertation, bevor Hilmar Schäfer einen sehr bemerkenswerten Vortrag über das Verhältnis von Soziologie und Kunst zur Diskussion stellte. Den Abschluss

des zweiten Nachmittags bildete ein Vortrag von Stefan Laube, der über die Inszenierung des Unerwarteten sprach und dabei ethnomethodologische Vorgehensweisen, TV-Comedy Formate und Personalrekrutierung miteinander verglich.

Den Tag beschloss ein Vortrag des Rechtsphilosophen und Rechtssoziologen Peter Koller, welcher aus einer Außensicht über die Machtvergessenheit der Soziologie referierte. Die zentrale These war, dass die Soziologie zunehmend vergisst, bestehende Machtverhältnisse in der Gesellschaft zu untersuchen und offenzulegen. Koller präsentierte ein auf unterschiedlichen theoretischen Zugängen basierendes Analyseschema, welches verständlicherweise die anwesenden Soziologinnen und Soziologen zu heftigsten Gegenreaktionen animierte und sogar den etablierten Diskussionsleiter, entgegen allen Usancen, inhaltlich in die heftigst geführte Diskussion eingreifen und zum Mitdiskutanten werden ließ.

Über die Sektionsveranstaltungen

Der nächste Tag des Kongresses war geprägt von Veranstaltungen der verschiedenen Sektionen der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. So gab es gut besuchte Veranstaltungen der Sektionen »Bildungssoziologie«, »feministische Theorie und Geschlechterforschung«, »Geschichte der Soziologie«, »Methoden der Soziologie« sowie »Technik und Wissenschaftsforschung«. Diese Veranstaltungen dienten sowohl der Präsentation von Forschungsgebieten im jeweiligen Fachbereich, boten aber auch Raum zur Abwicklung von organisatorischen Fragen.

Der Nachmittag teilte sich dann in Präsentationen unterschiedlichster Forschungsprojekte sowie weitere Sektionsveranstaltungen. Zu erwähnen ist an dieser Stelle eine Veranstaltung der Sektion »Geschichte der Soziologie«, welche zu einer »Author meets critics«-Diskussion geladen hatte. Die gut besuchte Veranstaltung hatte die Kritik am neuen Buch »Transatlantische Bereicherungen« von Christian Fleck zum Gegenstand. Als Kritiker fungierten Mitchell Ash und Peter Stachel, die beide ausführliche und interessante Erörterungen zu der Arbeit machten, bevor diese angeregt von einem breiteren Publikum diskutiert wurde.

Über die Stimmung und das Rahmenprogramm

Die schon angesprochene ›Jugendlichkeit‹ des Kongresses hatte auch Auswirkungen auf das Tagungsklima, welches als erstaunlich entspannt und angenehm in Erinnerung blieb. Dazu trug sicherlich auch bei, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses neben dem inhaltlichen Programm noch ein soziales Rahmenprogramm geboten wurde. Neben den üblichen Empfängen, die solche Kongresse begleiten, ist vor allem die Führung von Reinhard Müller durch eine an der Bibliothek der Universität Graz ausgerichtete Marienthal-Ausstellung zu erwähnen. Im Rahmen dieser Führung präsentierte er auch eine aufwendig gestaltete Homepage zu Marienthal (<http://agso.uni-graz.at/marienthal/>), auf welcher sich Erst- und Hintergrundinformationen zur bekannten Studie finden lassen.

Den Abschluss des Kongresses bildete ein von den Studierenden organisiertes Fest, welches es unter dem Motto ›Der Kongress tanzt‹ den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglichte, sich in lockerer Atmosphäre auszutauschen und den Kongress Revue passieren zu lassen. So manche Teilnehmerin und mancher Teilnehmer wurde auch auf der Tanzfläche gesichtet und die Letzten sollen Gerüchten zufolge so gegen halb fünf Uhr früh den Ort des Geschehens verlassen haben. Alles in allem kann wohl festgehalten werden, dass der Kongress sowohl in organisatorischer als auch fachlicher Hinsicht durchaus gut gelungen war und insbesondere den jüngeren Mitgliedern der Disziplin ausreichend Platz zur Präsentation ihrer Ideen sowie zur gegenseitigen Vernetzung bot.

Markus Schweiger

Call for Papers

»Parasiten« der modernen Gesellschaft?

Sommertagung der DGS-Sektion Soziologische Theorien,
Universität Osnabrück, 20./21. oder 27./28. Juni 2008

Die soziologische Theorie hatte sich von Anfang an (von Comte bis Coleman – wenn man so will) darum bemüht, die Bedingungen zu identifizieren, unter denen es gelingen kann, eine »zivilisierte« bzw. geordnete Gesellschaft zu bilden. Getragen war diese Suche von der Hoffnung, dass sich die normative Erwünschtheit eines Gesellschaftszustandes mit dessen Stabilität paaren und – durch Theorie instruiert – intentional herbeiführen lasse.

Dieses Junktum von Normativität, Stabilität und intentionaler Herstellbarkeit erscheint heute verfehlt. Es zwang dazu, »ordnungswidrige« Phänomene als kontingente »Pathologien« und »Dysfunktionen« zu klassifizieren; damit war die Annahme verbunden, dass sich solche Abweichungen von erstrebten Entwicklungspfaden und Ordnungszuständen kaum dauerhaft würden erhalten können. Konträr zu dieser Voraussetzung erwiesen sich jedoch auch solche gesellschaftlichen Zustände als langfristig reproduktionsfähig, die keineswegs als intendiert oder erwünscht gelten konnten. »Störungen« des gesellschaftlichen Gleichgewichts, paradoxe Effekte rational orientierter Handlungen und anomische Gewaltkonflikte erscheinen heute oft weniger als temporäre Krisenerscheinungen, sondern als stabile Ordnungszustände eigenen Typs. Ihre Deutung als Folge aufzuholender Entwicklungsrückstände oder befristeter Regressionen verliert deshalb an Plausibilität. Stattdessen wächst der Verdacht, dass es sich dabei um dauerhafte Begleitphänomene der modernen Gesellschaft handeln könnte, deren Reproduktion durch moderne Sozialstrukturen nicht blockiert, sondern gerade ermöglicht wird. Dort, wo die Institutionen der »modernen«, in unterschiedliche Handlungsfelder, Wertsphären bzw. Funktionssysteme differenzierten und

global vernetzen Gesellschaft nur eingeschränkt funktionieren, öffnen sich unter Umständen evolutionäre »Nischen«, die durch solche Ordnungsformen »parasitär« besetzt und durch den selektiven Gebrauch von spezifisch modernen Einrichtungen stabilisiert werden können (so etwa durch die Nutzung von globalen Märkten, massenmedialen Kommunikationsmöglichkeiten und von hoch entwickelter Technik, einschließlich der Ausbeutung der besonderen Risikopotentiale großtechnischer Einrichtungen).

Die Organisatoren der Tagung wollen anregen, die folgenden Phänomene unter diesem Gesichtspunkt zu untersuchen:

- *mafiose Strukturen*, die im Zusammenhang mit dem Verkauf individuellen Schutzes auftreten. Damit ist in besonderem Umfang dort zu rechnen, wo Staaten die Sicherung der Interessen und vor allem den Schutz des Eigentums ihrer Bürger nicht als ein Kollektivgut anbieten können oder wollen;
- *terroristische Strukturen*, die im Zusammenhang mit der politischen Nichtdurchsetzbarkeit von Forderungen von Minderheitsgruppen gegenüber zentralen Verteilungsagenten auftreten. Terrorismus ist vor allem dort zu erwarten, wo mächtige, zumal staatlich oder militärisch organisierte Koalitionen die Partizipationsmöglichkeiten von Minderheiten beschneiden;
- *korruptive Strukturen*, die im Zusammenhang mit der Vergabe von Leistungen auftreten, deren Gewährung und Rechtmäßigkeit ins Belieben von Verteilungsagenten gestellt ist. Korruption findet günstige Voraussetzungen, wenn staatliche Instanzen Privilegienpolitiken betreiben und damit individuelle bzw. kollektive Rentseeking-Prozesse auslösen.
- *Warlordstrukturen*, die im Zusammenhang mit der Organisation von Kriegsökonomien in dezentral organisierten (oder zerfallenden) Staaten auftreten. Solche Strukturen entstehen besonders dort, wo Kriegsparteien über Möglichkeiten verfügen, die Herstellung und vor allem die Verteilung von Gütern, die eine hohe Wertschöpfungsrate besitzen, monopolistisch zu organisieren und sie auf internationalen Märkten anzubieten.

Die (sicher nicht überschneidungsfreien) Leitfragen der Vorträge sollten sein:

- Welches sind die Entstehungs- und Bestandsbedingungen der jeweils untersuchten »parasitären« Strukturmuster?

- Wie verhalten sich diese Muster zu den Strukturen moderner Organisationen und Funktionssysteme bzw. institutioneller Handlungsfelder?
- Auf welche Koordinationsformen (hierarchische Organisation; Netzwerke; (ökonomische bzw. Gewalt)-Märkte; ...) stützen sie sich?
- In welcher Weise können sie einander wechselseitig fördern oder behindern?
- Inwiefern ist die Charakterisierung dieser Strukturen als »Parasiten« der modernen Gesellschaft gerechtfertigt?

Referatsangebote bitte bis **15. Januar 2008** an die Organisatoren:

Wolfgang Ludwig Schneider

email: Wolfgang.Ludwig.Schneider@uni-osnabrueck.de

Michael Schmid

email: Dr.Michael.Schmid@t-online.de

Data for Historical Sociology and for Analyzing Long-Term Social Processes

at the Seventh International Conference on Social Science
Methodology organised by ISA RC 33 (Research Committee
on Logic and Methodology) September 1 – 5, 2008, Naples

History (as a science) and sociology have always been closely intertwined: Many of the classical social scientists were both sociologists and historians (e.g. Karl Marx, Max Weber, Norbert Elias), and although historical sociology has been long neglected, there have always been historically oriented social scientists such as Michael Mann, Charles Tilly, Randall Collins and Michael Foucault. Currently, historical sociology is re-organizing itself (as can be seen, for example from the ISA TG02). At the same time, many theoretical debates within sociology address long-term social processes. Examples are the debates on welfare regimes, on gender regimes, on varieties of capitalism, on institution building, on World Systems, on modernization, on de-

mocratization and on globalization. Questions might be both why certain phenomena are so stable over very long time periods and why and how they change (e. g. path-dependently). If these questions are to be addressed *empirically*, researchers need data covering time-spans of sometimes 50 years, 100 years or maybe even several centuries, or they need to go back in time as many years. Meanwhile, most empirical (especially quantitative) research covers only the most recent past (i. e. the last 5 to 20 years). Thus, if longitudinal research is to be taken seriously, methodological problems arising when studying the *longue durée* have to be addressed. One of the most urgent questions is, which kind of data can be used for historical sociology and/or for analyzing long-term social processes. Papers for this session should address one or more of the following questions: – Is it possible to learn about the distant past from »classical« sociological data types (i. e. surveys, interviews or observation)? How can these data be used and where are their limits?

- What alternative data types do exist that can be used for analyzing long-term social processes (e.g. documents, literature, diaries, paintings, films, mechanical drawings, maps, landscapes, buildings, objects)? What are there similarities and differences, and how do they differ from surveys, interviews and observation? Do historians and social scientists differ in interpreting these data types, or do they just differ in experience with handling specific data types? How can validity of data be assessed?
- What specific data problems do arise, if researchers want to analyze social process of the *longue durée*? Which data are suitable for which kind of questions?
- For each specific data type, it is important to ask about their specific characteristics and how this effects interpretation. What are the advantages and disadvantages of this data type? For which kind of theoretical and thematical research question are these data suitable? Where and how can these data be sampled and collected? Are these data limited to a specific geographical area and historical period?

Papers debating general methodological questions and papers discussing specific problems using a concrete data type in a specific research project are both equally welcome.

Selected Papers from this session will be published in a special issue of the journal HSR (Historical Social Research / Historische Sozialforschung).

Submission:

Please email an extended abstract (1–2 pages) to the session organizer: Nina Baur, Technical University Berlin, Germany, e-mail: nina.baur@tu-berlin.de

Deadlines:

Submission of extended abstracts (1–2 pages) **January 31, 2008.**

Notification of authors **February 15, 2008.**

Submission of Full Paper for HSR **September 30, 2008.**

Further Information:

On the Conference: <http://www.rc332008.unina.it/>

On RC 33: <http://www.isa-sociology.org/rc33.htm>

On ISA: <http://www.isa-sociology.org/>

Process Generated Data

at the Seventh International Conference on Social Science Methodology organised by ISA RC 33 (Research Committee on Logic and Methodology) September 1 – 5, 2008, Naples

Process-generated data have several advantages in comparison to data »classically« used in social research, i.e. surveys, interviews and observation: Process-generated data are non-reactive. They can be used, if other means of data collection are not applicable, for example, if infrastructure for large-scale surveys does not exist (which is the case in many countries of transition), if response-rates in surveys are expected to be low, if researchers might not get access to interview partners or if the social phenomenon of interest is not observable (e.g. when analysing past events or hidden populations). At the same time, discussion on how to methodologically handle these process-generated data has been long neglected.

The session aims at comparing a wide range of process-generated data and discussing how they can be used for social research. Examples for standardised data are customer data bases, web logs, administrative forms and GIS data. Examples for less structured data are documents, novels, diaries, letters, websites, paintings, films, photos, maps, mechanical drawings, construction plans, landscapes, buildings, monuments and objects.

Papers should discuss a specific type of process-generated data, addressing the following questions:

- What are the specific characteristics of this data type? How does this effects data analysis and interpretation?
- What are the advantages and disadvantages of this data type? How does this data type differ from other forms of process-generated data, and how does it differ from surveys, interviews and observation?
- For which kind of theoretical and thematical research question are these data suitable?
- Where and how can these data be sampled and collected? Are these data limited to a specific geographical area and historical period? Are data of the same data type collected in different periods or geographical areas comparable?
- How valid are results drawn from these data?

Papers debating general methodological questions in handling a specific data type and papers discussing specific methodological problems in a specific research project are both equally welcome. In order to gain a common ground of discussion, authors should also state their disciplinary and theoretical background and – in case of presenting a thematic case study – shortly present the thematic background of the study.

Selected Papers from this session will be published in a special issue of the journal HSR (Historical Social Research / Historische Sozialforschung).

Submission:

Please email an extended abstract (1–2 pages) to the session organizer: Nina Baur, Technical University Berlin, Germany, e-mail: nina.baur@tu-berlin.de

Deadlines:

Submission of extended abstracts (1–2 pages) **January 31, 2008.**

Notification of authors **February 15, 2008.**

Submission of Full Paper for HSR **September 30, 2008.**

Further Information:

On the Conference: <http://www.rc332008.unina.it/>

On RC 33: <http://www.isa-sociology.org/rc33.htm>

On ISA: <http://www.isa-sociology.org/>

Comparative Analysis of European Microdata from Official Statistics

at the Seventh International Conference on Social Science
Methodology organised by ISA RC 33 (Research Committee
on Logic and Methodology) September 1 – 5, 2008, Naples

The session focuses on microdata provided by either national statistical agencies in Europe or Eurostat, such as the European Labour Force Survey (EU-LFS), the European Study on Income and Living Conditions (EU-SILC), the European Structure of Earning Survey (EUSES) or Time Use Surveys in Europe (see HETUS project). These data sets are the EU reference sources regarding employment, income, social exclusion, earning and time use. Even though most of these data are yet not easily accessible for researchers, this might change in the future. The data offer several advantages for social-structural analysis: Non-response is typically low and sample sizes are usually very large making the analysis of even small subgroups viable. With the increasing focus on (as well as need of) international comparative research, more and more EU researchers interested in social-structural analysis will turn their attention to these data. However since the use of official microdata is rather new ground and the data are

directly or indirectly influenced by EU-regulations, there is a need not only to discuss substantive but also methodological questions.

Presentations focusing on methodological as well as on substantive issues are welcome. Among the former are questions of data quality, cross-national and inter-temporal comparability, and statistical modeling. Presentations must be comparative and include data from at least three countries.

Submission:

Please send your submissions to the Chairs of the Session: Christof Wolf (Christof.Wolf@gesis.org) and Heike Wirth (Heike.Wirth@gesis.org)

Deadlines:

Abstract submission: **February 17, 2008**

Notification of acceptance: Latest by the end of March 2008

For further details about the conference refer to the conference homepage:
<http://www.rc332008.unina.it/>

Menschenrechte in der Weltgesellschaft – Zur Entstehung, Verbreitung und Umsetzung von Menschenrechten aus globaler Perspektive

Tagung der AG »Menschenrechte« des DFG-Graduiertenkollegs »Weltgesellschaft – Die Herstellung und Repräsentation von Globalität« und des Instituts für Weltgesellschaft, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, 27. und 28. Juni 2008, Bielefeld

Menschenrechte sind ein gängiger Untersuchungsgegenstand wissenschaftlicher Studien, in denen es etwa um naturrechtliche Begründungen und den Universalitätsanspruch der Menschenrechte oder um Formen ihrer juristischen Kodierung und um ihre Bedeutung in Form von nationalen Bürgerrechten geht. Eine sozial-, politik- und rechtswissenschaftliche Forschung, die sich aus globaler und theoretischer Perspektive mit Menschenrechten befasst, entwickelt sich jedoch erst langsam. So fehlt beispielsweise eine umfassende soziologische Theorie der Menschenrechte, die die Funktion der Menschenrechte in der (Welt-)Gesellschaft und die Bedingungen für ihre erfolgreiche Verbreitung in den letzten Jahrzehnten beschreibt. Erste Beiträge zu solch einer Forschung liefern Arbeiten aus Sicht des neoinstitutionalistischen *World Polity*-Ansatzes, konstruktivistische Theorien globaler Normdiffusion, Studien zur Entstehung von Menschenrechten durch globale Skandalisierungsprozesse und Untersuchungen zu globalen und nationalen Bedingungen der faktischen Umsetzung von Menschenrechten in der politischen Praxis.

Im Zentrum der Tagung steht eine weltgesellschaftliche Perspektive der Menschenrechte, die auf die Entstehung, Verbreitung und Umsetzung der Menschenrechte eingeht und damit die bisher eher unverbundenen Forschungsarbeiten zusammenführt. Potentielle Beiträge sollten eine oder mehrere Fragen innerhalb der drei Blöcke behandeln:

1. Wie entstehen innerhalb der Weltgesellschaft neuartige Menschenrechte und wie werden diese institutionalisiert? In welchem Verhältnis stehen diese Entwicklungen zu (globalen) Prozessen gesellschaftlichen Wandels?

2. Wie kommt es zur weltweiten Verbreitung von Menschenrechten? Welche Prozesse laufen dabei ab? Welche Akteure fördern bzw. behindern solche menschenrechtlichen Globalisierungs- und Diffusionsprozesse?
3. Unter welchen Umständen lassen sich Diskrepanzen zwischen der politischen Semantik und der faktischen Umsetzung von Menschenrechten feststellen? Hängt die Umsetzung von Menschenrechten vom Grad ihrer Verrechtlichung ab? Inwieweit kann der diskursive Bezug auf globale Menschenrechtsnormen genügend Legitimität vermitteln, um staatliche und andere Akteure zur Einhaltung bestimmter Menschenrechte zu bewegen?

Die Tagung richtet sich an alle interessierten Forscherinnen und Forscher aus den Sozial-, Politik- und Rechtswissenschaften, die im Gebiet der Menschenrechte forschen. Bitte schicken Sie einen maximal 1-seitigen Abstract des geplanten Beitrags bis zum **1. März 2008** an das Konferenztteam. Die vollständigen Tagungspapiere sollen bis zum 1. Juni 2008 eingereicht werden ebenfalls an:

Ursula Mühle

e-mail: ursula.muehle@uni-bielefeld.de

Britta Leisering

e-mail: britta.leisering@uni-bielefeld.de

Sinnstiftung als Beruf

Gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen Religionssoziologie und Professionssoziologie, FernUniversität in Hagen, 13. und 14. Juni 2008

»Sinn« ist eine knappe Ressource. Dieser Auffassung wird man sich nur schwer entziehen können, wenn man den vielfach erhobenen Klagen über den Sinn-, Werte-, Identitäts- oder Orientierungsverlust in der modernen Gesellschaft Glauben schenken will. Die Modernität oder auch die Postmodernität der Gesellschaft werden geradezu darauf zurückgeführt, dass keine Sinnvorgaben sich ohne weiteres auf Dauer stellen lassen und auf

Anerkennung hoffen dürfen. Dies ist die eine Sichtweise. Einer anderen zufolge ist »Sinn« keine knappe, sondern eine umkämpfte Ressource. Dieser Auffassung zufolge stellt sich der Eindruck des Sinnverlustes nur deshalb ein, weil es zu viele konkurrierende Angebote auf einem heiß umkämpften Markt gibt mit der Folge, dass ob der Vielfalt der Optionen die einzelnen Angebote kontingent und fragil werden. Oder um dies paradox zu formulieren: »Sinn« ist vielleicht deshalb eine knappe Ressource, weil es zu viele »Sinnangebote« gibt. »Sinn« verträgt keine Alternativen. Das gilt zumindest für die in der Soziologie vielfach beschriebene Form des »nomischen Sinns«, der darauf verweist, dass spezifische Sinnordnungen eine absolute, unhintergehbare Geltung beanspruchen. Der nomische Sinn ist der Sinn, der gilt, der die existentiellen Frage nach dem Wieso und dem Warum beantworten hilft. Es ist der Sinn, der die Welt zu einem sinnhaften Kosmos macht, der eine soziale Ordnung legitimiert, die individuelle Existenz zu einer sinnhaften Gestalt rundet und die Identität der Einzelnen auf ein sinnhaftes Telos ausrichtet.

Von jeher lag die Stiftung nomischen Sinns in den Händen gewisser Expertengruppen, von den religiösen Virtuosen über die künstlerischen »Genies« bis hin zu wissenschaftlichen und philosophischen Experten. Darüber hinaus ist in der modernen Gesellschaft die Sinnstiftung zu einem Praxisfeld verschiedener Berufe bzw. Professionen geworden. Auf der gemeinsam von den Sektionen Religionssoziologie und Professionssoziologie ausgerichteten Tagung soll die sinnstiftende Praxis solcher Berufe näher analysiert werden. Dabei ist an Theologen und Seelsorger, an Künstler und Literaten, an Mediziner, Psychologen und Psychotherapeuten, an Publizisten und Journalisten zu denken, um nur einige wenige »Sinnstifter« zu nennen. Wie gehen diese Gruppen mit der Ressource »Sinn« um? Wie stiften sie Sinn oder wie immunisieren sie sich gegen Sinnfragen? Welchen Sinn stiften sie? Und können sie »Sinn« stiften? Wie legitimieren sie ihre Praxis? Wie sind diese Berufe in die Prozesse der Detraditionalisierung, der Modernisierung und der Rekonfiguration von Sinn eingebunden?

Abstracts (im Umfang von max. 2 Seiten) sind bis zum **31. März 2008** zu richten an die Tagungsorganisatoren:

Prof. Dr. Dr. Michael N. Ebertz
e-mail: ebertz@kfh-freiburg.de

Dr. Rainer Schützeichel
e-mail: rainer.schuetzeichel@fernuni-hagen.de

Wie wirkt Recht? Interdisziplinäre Rechtsforschung zwischen Rechtswirklichkeit, Rechtsanalyse und Rechtsgestaltung

Kongress der deutschsprachigen Vereinigungen für Rechtssoziologie, Universität Luzern, 4. bis 6. September 2008

Thema des Kongresses sind die Perspektiven der inter- oder transdisziplinären Rechtsforschung auf ihren Gegenstand Recht sowie die Relationen zwischen dem Recht und den übrigen »faits sociaux«. Wie stellt sich die Rechtsforschung zu ihrem Gegenstand Recht: Sieht sie ihre Rolle in der »distanzierten« Analyse des sozialen Phänomens »Recht« und verzichtet sie auf Veränderungsansprüche? Bedient die Forschung primär disziplinäre Problemstellungen der jeweiligen Gesellschafts- oder Kulturwissenschaft? Oder zielt die »engagierte« Forschung darauf, vermittels eigener Befunde in die Rechtsgestaltung einzugreifen? Sieht sie ihren Beitrag darin, die Grundlagen für eine durch empirisches Wissen verbesserte Rechtspraxis und Gesetzgebung zu liefern?

Die Frage nach der Rechtswirkung ruft verschiedene Vorstellungen und Theorien auf den Plan, in welcher Form Recht eigentlich zur Wirkung gelangt. Recht wird dabei im Lichte von Institutionen, wird als Praxis und Alltag, als Diskurs oder als Text, als Organisation oder als Apparat, als System oder als Netzwerk, als Machtfeld oder als Spielgeschehen erschlossen. All diese Begriffe, Metaphern und Konzepte implizieren Wirkungsweisen sowie Erklärungen für ausbleibende oder unbeabsichtigte Wirkungen.

Die Frage nach der Wirksamkeit von Recht stellt sich aktuell in vielen Forschungsfeldern. Sie betrifft Arbeiten zur Einwanderungssteuerung, zur Regulation von Technologie und Medien, zur Gestaltung der Geschlechterverhältnisse, zu Antidiskriminierungsprogrammen, zum Verhältnis von Religiosität und Staatlichkeit oder auch zu neuen Paradigmen der Sozialpolitik. »Wie wirkt Recht«, fragt dabei auch nach den Grenzen des Rechts, etwa in emotionalisierten und kulturalisierten Konflikten, in komplexen und angstbesetzten Problemfeldern des Klimawandels oder der Gentechnik oder auch bei existenziellen und medialisierten Fragen der Terrorbedrohung. Wirkt Recht überhaupt?

Zur Bearbeitung ihrer weitreichenden Fragestellungen bedarf die Rechtsforschung transdisziplinärer Anstrengungen sowie der quantitativen

und qualitativen Empirie. Dies unterstreicht nicht zuletzt das Beispiel der angloamerikanischen Law & Society Bewegung. Entsprechend sind Beiträge willkommen aus allen Feldern der empirischen und theoretischen Rechtsforschung. Kolleginnen und Kollegen aus Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaften, Philosophie, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Linguistik etc. sind eingeladen, Einzelvorträge oder, besser noch, Sessions mit in der Regel drei Einzelvorträgen vorzuschlagen.

Die Programmkommission, besetzt mit RechtssoziologInnen und/oder JuristInnen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland, wählt die Vorträge und Sessions aus. Ziel der Auswahl ist es, die Breite und Güte der Rechtsforschung abzubilden. Wir ermutigen NachwuchswissenschaftlerInnen, die Gelegenheit zur Präsentation wahrzunehmen.

Unter www.rechtssoziologie.info/luzern2008 finden Sie weitere Informationen zum Kongress. Stichtag für die Einsendung der Vorschläge für Sessions und für Einzelvorträge ist der **1. April 2008**. Vorschläge in Form eines Abstracts mit bis zu 2.000 Zeichen bitte an:

WieWirktRecht@rechtssoziologie.info

Tagungen

Auf dem Weg zur Gesundheitsgesellschaft?

Gemeinsamer Kongress der Gesundheits- und MedizinsoziologInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz, 27. bis 29. März 2008, Bad Gleichenberg, Steiermark

In den letzten Jahren nimmt in allen hoch entwickelten Gesellschaften die Bedeutung von »Gesundheit« rasant zu. Gesundheit wird individuell und gesellschaftlich hoch bewertet, eröffnet einen dynamischen Markt für Informationstechniken, Dienstleistungen und Produkte und bildet einen neuen Fokus in den politischen Diskursen um die Umgestaltung der Krankheitsversorgung und der solidarischen Finanzierung. Gesundheit wird dabei zunehmend als aktiv hergestellt aufgefasst und stellt traditionelle Krankheits- und Behandlungskonzepte verstärkt in Frage. Kickbusch (2006) hat für diese Entwicklungen den eingängigen Begriff der »Gesundheitsgesellschaft« geprägt.

Im Rahmen dieses Kongresses sollen unterschiedliche Facetten dieser Entwicklung aus theoretischen Perspektiven erörtert und unter Nutzung empirischer Forschungsergebnisse differenziert werden.

Auszugehen ist davon, dass diese Diskussionen kontrovers verlaufen werden – sowohl was den Begriff der »Gesundheitsgesellschaft« betrifft als auch die Einschätzung der damit verbundenen Entwicklung betrifft. Denn was die einen als Chance für die Umgestaltung von einem »Krankheitssystem« in ein »Gesundheitssystem« ansehen, wird von den anderen vor allem als Risiko für zunehmende Entsolidarisierung und verstärkte Ungleichheit, für mehr Manipulation und Überwachung thematisiert.

Vorgesehen sind Plenarveranstaltungen mit eingeladenen Referentinnen und Referenten. Zugesagt haben bereits: Thomas Abel, Johann Behrens, Ilona Kickbusch und Jürgen M. Pelikan. Zusätzlich finden mehrere, parallel ablaufende Paper Sessions/Workshops sowie eine moderierte Postersession statt. Das Programm steht auf der Kongresshomepage www.fh-joanneum.at/gesundheitsgesellschaft zur Verfügung.

Themen der Paper Sessions/Workshops

Gesundheits-Kulturen: Was bedeuten diese Entwicklungen für die Konzepte, Normierungen und Moralvorstellungen von Gesundheit und Krankheit? In welchen Lebensstilen zwischen Askese und Konsumorientierung finden sie ihren Ausdruck (Stichwort: Wellness)? Wie werden sie von technologischen Innovationen und ökonomischen Strategien geprägt? Sind die aktuellen Veränderungen ausreichend um von einer »Gesundheitsgesellschaft« sprechen zu können?

Geschlechterverhältnisse: Tangieren die angesprochenen kulturellen Veränderungen die Diskurse um geschlechtsspezifische Differenzen bei Gesundheits-, Krankheits- und Körperkonzepten und gesundheitsbezogenen Lebensstilen? Entsteht daraus ein Zugewinn an Autonomie für Frauen, aber vielleicht auch für Männer, werden traditionelle Geschlechterrollen verstärkt oder kommt es zu einer Um-/Neuordnung in den Geschlechterverhältnissen entlang neuer Differenzen?

Krankenbehandlungssystem und soziale Sicherung: Welche Herausforderungen stellen sich für die etablierten Berufe und Organisationen der Krankenbehandlung durch neue Berufe und Organisationen? Welche Rollenverschiebungen zwischen PatientInnen und Gesundheitspersonal resultieren daraus? Wie verändert der Druck zur Kommerzialisierung und Privatisierung die wohlfahrtsstaatlichen Diskurse, die Systeme der Gesundheitssicherung und deren solidarischen Charakter?

Soziale Ungleichheiten: Entsteht eine Gesundheitsgesellschaft für alle oder nur für manche? Verschärfen sich traditionelle Ungleichheiten oder entstehen neue? Wo werden die geforderten Gesundheitskompetenzen vermittelt, wer kann sie sich aneignen?

Demografischer Wandel: Welche Antworten hat die »Gesundheitsgesellschaft« auf die Situation, dass Generationen beinahe geschlossen in höchste

Lebensjahre altern? Was bedeutet es, wenn zugleich die älteren Menschen ein immer bedeutsameres Segment des Gesundheitsmarktes mit seinen Versprechungen der Machbarkeit und Perfektion bilden und auf der anderen Seite Krankheiten zunehmend und unvermeidbar auftreten, verbunden mit Autonomieverlusten, Abhängigkeit von der Hilfe anderer und Fremdbestimmung durch die wachsenden Möglichkeiten der High-Tech-Medizin?

Kontakt und Anmeldung:

Mag. Elisabeth Wieseneder
FH JOANNEUM Gesellschaft mbH
Kaiser-Franz-Josef-Straße 418
A-8344 Bad Gleichenberg
Tel.: 0316 5453 6729
Fax: 0316 5453 6701
e-mail: elisabeth.wieseneder@fh-joanneum.at

Confirmatory and Exploratory Multivariate Modelling

37th Spring Seminar at the Zentralarchiv, February 25 – March 14, 2008, Cologne

The Spring Seminar is a training course for social scientists interested in advanced techniques of data analysis and in the application of these techniques to data. Participants must have a sound basic knowledge of statistics as well as experience in the handling of PCs and of working with statistical packages, i.e. SPSS, Stata etc.

The Spring Seminar comprises lectures, exercises and practical work using personal computers. While in the lectures the logic of models and the corresponding analysis strategies will be explained, during the exercises and in the practical work the participants are given the opportunity to apply these methods to data. As in the past Spring Seminars, the focus will be on teaching

multivariate analysis techniques. In 2008 the general topic will be Confirmatory and Exploratory Multivariate Modelling. In addition to the lectures, the participants will be provided with information about functions and services of the Zentralarchiv which is the German data archive for survey data.

The seminar covers three modules of one week each, to some extent based upon one another. The courses can be booked either separately or as a block. The lectures will be given in English.

Regression Models for Categorical Dependent Variables

February 25 – 29, 2008, Andreas Diekmann and Ben Jann (ETH Zürich)

The course teaches statistical methods for the analysis of categorical dependent variables such as logistic regression and related techniques.

1. Knowledge on the foundations of several methods for the analysis of categorical dependent data, along with the conditions under which their use is appropriate
2. Skill in the estimation, specification and diagnostics of the models
3. Hands-on experience with those methods through the use of appropriate software and actual data sets in the PC lab

The course will begin with a short primer on multiple linear regression, in which a continuous dependent variable is »explained« by two or more independent variables, and discuss the limits the application of linear regression to a dichotomous dependent variable, i.e. the Linear Probability Model (LPM). The course will then in depth cover more appropriate models for binary dependent data (e.g. labor market participation, owning a car, getting divorced, successfully selling an item on eBay, surviving a disease, going to vote, etc.) such as logistic regression or the Probit model and address topics such as model derivation from utility theory, estimation of parameters through maximum-likelihood, statistical inference and goodness-of-fit, interpretation of coefficients, and model diagnostics. Finally, a selection of related techniques for the analysis of categorical data (e.g. the multinomial logit for the analysis of traffic mode choice or the ordered logit for socio-economic status) and some advanced models (e.g. models for panel data or multilevel models) will be introduced.

Topics in three-mode analysis

March 3 – 7, 2008, Pieter M. Kroonenberg (Leiden University)

This course is designed to introduce researchers into the, primarily exploratory, analysis of multi-way data. Given that multi is in most cases three, the presentation will be primarily in terms of three-way data and models. The course is designed with the view of applying the methods, rather than as a mathematical exposition of the theory of multiway methods. During the course, there will be a number of practice sessions with three-way software to gain a feeling of how analyses can be conducted and there is ample opportunity to analyse one's own data, if so desired.

In the course, the major models in the area will be discussed including those topics which are required to perform insightful analyses. Moreover, a variety of examples will be presented to give an idea of what is possible with multiway data.

A prerequisite is a solid grasp of principal component analysis and a basic familiarity with linear algebra and matrices. A detailed knowledge of mathematical statistics is not necessary.

Generalized Latent Variable Modelling

March 10 – 14, 2008, Jeroen K. Vermunt (Tilburg University)

This seminar introduces to the most recent developments in the field of latent variable modelling. Techniques that were originally developed fully separate from one another turn out to be special cases of the broad family of generalized latent variable models (GLVMs). This family includes latent class analysis, finite mixture models, factor analysis, item response theory (IRT) models, multilevel models, panel regression models, as well as models for dealing with missing data and selection bias. Recently, interesting hybrids combining elements of these special cases have been proposed, such as mixture factor analysis and IRT and multilevel variants of latent class analysis and IRT models.

Contact and Registration:

Maria Rohlinger, Scientific Coordinator

GESIS - Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Universität zu Köln

Phone: (+49) 0221 / 47694-45, -46

e-mail spring-seminar@gesis.org

»Activation« policies on the fringes of society: a challenge for European welfare states

International Conference, organized by the »Institute for Employment Research (IAB)« and the »Political Sociology« Section of the German Sociological Association, May 15 – 16, 2008, Nuremberg, Germany

Activation has become a prominent paradigm with regard to both labour-market *and* social policies in Europe. Not only has it permeated political oratory in a short period of time across a wide range of European countries, but it has also become a crucial reference point for the restructuring of the modern welfare-state in its legal and administrative structures, in its political programmes and social services, and even in its normative self-understanding and moral mission. There is little doubt that activation policies in Europe were inspired by US-American »workfare«, which aimed to reduce unintended effects of public assistance by fighting a »culture of dependence« and fostering the »individual responsibility« of the jobless to look for work. In the mid-1990s a major welfare reform restricted receipt of public assistance to five years in a lifetime and simultaneously built a strong link between benefit receipt and work requirements. Furthermore, it is well known that public assistance in the US is restricted to households with children (»Temporary Assistance for Needy Families«, TANF); benefit claimants without children are relegated to residual services (e.g. food stamps and primary health care) after social security entitlements expire.

In Europe, political debates were fascinated by these experiments but remained highly sceptical about unintended outcomes, such as growing rates of social exclusion and poverty. While policy reforms took up the idea of recalibrating the balance between incentives and sanctions enshrined in social assistance and placement programmes, there was strong consensus on the fact that the welfare state has essential responsibilities in securing a minimum living standard of its citizenry. In Europe the idea of »activation« was thus confronted with a conflict of objectives between preventing malincentives through social assistance and simultaneously securing a humanitarian level of economic subsistence. »Flexicurity« became

a political catchword intended to represent a political paradigm devoted to improving flexibility on the labour market while guaranteeing a sufficient level of social security to needy individuals at the same time. More specifically, activation measures were linked to the idea of raising the »employability« of potential job-seekers, thus documenting that the state was not only becoming more demanding with regard to benefit recipients, but was also committed to raising the prospects for the unemployed to find work, e.g. by improving training and placement procedures.

The European Union (EU) has taken up these policy developments recently through the Lisbon process, set out by the European Council in 2000. The ambitious goals defined there were backed by cooperation measures, such as the Open Method of Coordination, which were designed to allow for common action in spite of a lack of EU competencies in the realm of labour-market and social policies. The paradigm of activation and employability became one of the generally agreed reference points, and it is assumed that the bench-marking system established by the European Employment Strategy has helped to increase the diffusion of these policy concepts and practices across member states. Today, many European states have developed activation programmes of some kind, but there are different answers to the problems of social exclusion. The success of the activation and employability paradigm is also documented by the fact that the target group of activation policies is being extended in order to make all able-bodied benefit claimants join the labour force.

Activation policies have now been in place for a couple of years and have generated enough stories of success and failure to arouse public debates about necessary corrections and further policy reforms. But while there is a large body of research on Active Labour Market Policy (ALMP), the assessment of activation programmes for *welfare claimants/recipients* in Europe is still in its infancy. So far, we have learnt that well-structured and well-financed programmes are quite successful, particularly when speaking of benefit recipients with a medium level of need for state guidance and help. In general, we perceive that the effectiveness of activation for welfare claimants is limited to a particular group of people who have good chances of finding work anyway. Conversely, first experiences seem to demonstrate that activation policies are ill-equipped to improve the situation of a number of deprived groups, amongst them the most marginalized fringes of the population (e.g. the long-term unemployed, jobless migrants, and people with psychosocial problems). Moreover, there seems to be evidence

that activation dissociates into a number of interlinked levels and dimensions of action. This means that activation – in the strict sense of labour-market insertion – depends on overcoming social and civic exclusion and the subsequent process of self-marginalization and self-victimization by the jobless. Some countries, e.g. the Netherlands, respond to this problem by implementing »social activation programmes« in order to overcome social isolation and passivity and to develop some basic skills even below the »employability threshold«.

In spite of these tentative impressions, we are unable to generate any sound statements today about activation programmes for welfare claimants in most European countries. There are different reasons for this lacuna. First, the evaluation of these programmes is still in its infancy. Systematic evidence has been generated mostly in Great Britain but is lacking in most other countries, particularly at the level of municipal activation programmes. Second, these shortcomings are associated with a lack of systematic implementation of adequate methodological tools and techniques, particularly regarding the assessment of the net effects of these programmes. Furthermore there seem to be few concepts as to how activation should be measured. This lack of concepts is due to the fact that activation and the relevant programmes have quite different agendas and orientations, administrative and legal structures. Thirdly, what is lacking in this regard is systematic cross-national research on activation programmes with respect to the process of policy formulation, the implementation at national and local level, the successes and failures of activation policies at local, national and European level. Fourthly, research has convincingly demonstrated that unemployment erodes social capital and leads to a process of societal exclusion and individual self-marginalization. However, we know little about the (potentially detrimental) effects of social and civic exclusion on labour market activation, and about the lessons to be drawn from this interplay between different dimensions of (labour-market, social and civic) activation for possible policy reforms.

The conference wishes to address these problems and aims to help overcome some of these shortcomings by inviting scholars to present and discuss ongoing research. In particular, the conference will deal with a number of questions that need careful attention:

- Is there a specific European agenda of activation?
- What experiences are being made with the implementation of activation programmes and measures at local level?

- What are the methodological requirements for a systematic and sound evaluation of activation programmes?
- What are the outcomes of activation at aggregate and at individual level?
- What is the interplay between labour-market activation and social exclusion?

For further information you are asked to contact the organizers:

Dr. Sabine Fromm

Institute for Employment Research (IAB)

sabine.fromm@iab.de

Prof. Dr. Christian Lahusen

University of Siegen

lahusen@fb1.uni-siegen.de

Dr. Markus Promberger

Institute for Employment Research (IAB)

markus.promberger@iab.de

Theoretische Zugänge zur Ökonomisierung der Gesellschaft

Tagung an der FernUniversität in Hagen am 16. Mai 2008

Effizienz und Effektivität, das Erzielen finanzieller Gewinne, mindestens aber die Vermeidung von Verlusten, der permanente Leistungsvergleich mit anderen, das Beobachten von Märkten – diese und weitere ökonomische Gesichtspunkte spielen nicht mehr nur in Unternehmen, sondern auch in Organisationen nicht-ökonomischer gesellschaftlicher Teilbereiche eine immer größere Rolle. So müssen auch Professoren an Universitäten, das ärztliche und pflegerische Personal in konfessionell gebundenen Krankenhäusern, Journalistinnen in Zeitungsredaktionen oder die Intendanten in Opern- und Schauspielhäusern mehr und mehr »auf's Geld schauen«

und mindestens ein Kosten-, wenn nicht gar ein Marktbewusstsein entwickeln. Der zentrale Begriff, mit dem diese Entwicklung in wissenschaftlichen wie in öffentlichen Diskussionen auf den Punkt gebracht und zu meist als negativ bewertet wird, ist Ökonomisierung. Ganz allgemein bezeichnet Ökonomisierung einen Vorgang, durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte an Bedeutung gewinnen, die für eine moderne kapitalistische Wirtschaft kennzeichnend sind. Die Ausweitung der ökonomischen Geltungssphäre auf gesellschaftliche Teilbereiche, in denen wir bisher gewohnt waren, nichtökonomisch zu handeln, ließe sich mit Pierre Bourdieu vielleicht als neoliberale Konversion, mit Jürgen Habermas als Kolonialisierung der Lebenswelt, mit Theodor W. Adorno als Universalisierung des Tauschprinzips und mit Max Weber als bestimmten Typus hypostasierter Zweckrationalität bezeichnen.

Diese Form der theoriegeleiteten Auseinandersetzung mit der Ökonomisierung der Gesellschaft ist Thema der Tagung. Dabei werden zwei miteinander zusammenhängende Ziele verfolgt: Erstens soll geklärt werden, wie gesellschaftliche Ökonomisierung von unterschiedlichen soziologischen Gesellschaftstheorien analytisch gefasst wird und welches spezifische Erklärungspotential die theoretischen Ansätze jeweils bereitstellen. Ausgehend davon sollen die theoretischen Zugänge dann miteinander ins Gespräch gebracht werden, um grundlegende Divergenzen, aber auch mögliche Schnittstellen zu erörtern.

Es referieren

Christoph Deutschmann (Tübingen): Ökonomisierung als Entzauberung des Geldes

Uwe Bittlingmayer (Bielefeld): Ökonomisierung und soziale Herrschaft – Anmerkungen zur Aktualität Kritischer Theorie

Raimund Hasse (Luzern): Ökonomisierung aus neo-institutionalistischer Perspektive

Barbara Kuchler (Bielefeld): Spielräume in Leistungsbeziehungen und die Ökonomisierung der Gesellschaft

Richard Münch (Bamberg): Akademischer Kapitalismus

Die Tagung wird organisiert von Ute Volkmann und Ullrich Bauer. Ihre Anmeldung richten Sie bitte bis zum **31. März 2008** per e-mail an Frau Barbara Böringer, barbara.boeringer@fernuni-hagen.de.

Soziologie in der Öffentlichkeit

Marco Dohle und Gerhard Vowe	Wo sind die Bachelorabsolventen heute und wie sehen sie ihr Studium? Ergebnisse einer Befragung von Absolventinnen und Absolventen des BA-Stu- diengangs <i>Sozialwissenschaften</i> an der Universität Düsseldorf	131–145
Heiner Meulemann	Das DIN-Interview. Normung und Standardisie- rung in der Umfrageforschung	251–263
Jessé Souza	Brasilianität und emotionelle Handlungstheorie. Für eine Kritik der soziologischen Tradition in Brasilien ..	361–377
Maurizio Bach	Brasilianische Irritationen. Kommentar zu Jessé Souza	378–381

Identität und Interdisziplinarität

Gerhard Wagner	Does excellence matter? Eine wissenschafts- soziologische Perspektive	7–20
Horst-Dietrich Elvers	Umweltgerechtigkeit als Forschungsparadigma der Soziologie	21–44
Bernhard Schäfers	»Was heißt und zu welchem Ende studiert man Sozio- logie?« Rückblick auf 50 Jahre Soziologie- und Lebensgeschichte	146–155
Holger Rust	Homo neuroeconomicus. Wie der wirtschaftswis- senschaftliche Versuch, die ökonomische Handlungs- logik des Individuums durch neuronale Prozesse zu erklären, zwangsläufig zur Soziologie zurückführt	264–279
Heinz Steinert	Die Widerständigkeit der Theorie	382–395

Lehren und Lernen

Werner Meinefeld	Studienabbruch und Studienfachwechsel in der Soziologie: Ein Blick hinter die Zahlen	45–62
Peter Kriwy und Jochen Groß	Das Eignungsfeststellungsverfahren für angehende Hauptfachstudierende der Soziologie. Erste Erfahrungen mit dem Münchner Verfahren	63–72
Mark Trappmann	Mathematische Voraussetzungen sozialwissen- schaftlicher und psychologischer Studiengänge. Ein Survey unter Lehrenden	73–85
Daniel Großmann	Studienanfänger in Leipziger Bachelorstudiengängen der Sozialwissenschaften	156–170
Martin Schmeiser	Zu den Soziologieanteilen in Studiengängen an einer Pädagogischen Hochschule	171–185
Trutz v. Trotha, Armin Nassehi und Jo Reichertz	Email-Debatte: »Lehrprofessuren« und »Lehrkräfte für besondere Aufgaben«	280–293

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektionen</i> Arbeits- und Industriesoziologie und Frauen- und Geschlechterforschung	92–97
<i>Sektion</i> Bildung und Erziehung	402
<i>Sektion</i> Familiensoziologie	296–309
<i>Sektion</i> Kulturosoziologie	403–406
<i>Sektion</i> Methoden der qualitativen Sozialforschung	197–201
<i>Sektion</i> Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie	309–315
<i>Sektion</i> Politische Soziologie	97–100
.....	309–315
<i>Sektion</i> Professionssoziologie	318–319
<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse	319–321
<i>Sektion</i> Soziologie und Ökologie	202–207
<i>Sektion</i> Soziologische Theorien	208–212
<i>Sektion</i> Wirtschaftssoziologie	212–217
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	101–104
.....	406–411

Autorinnen- und Autorenverzeichnis

Allmendinger, Jutta	412	Leggewie, Claus	412
Aulenbacher, Brigitte	92–97	Lonitz, Peter	218
Bach, Maurizio	378–381	Meinefeld, Werner	45–62
Benkel, Thorsten	424–426	Meulemann, Heiner	251–263
Berger, Peter A.	319–321	Nassehi, Armin	280–293
Bolte, Manfred	403–406	Pfadenhauer, Michaela	318–319
Burkart, Günter	296–309	Reddig, Melanie	97–100
Degenhardt, Felix	406–411	Rehberg, Karl-Siegbert	189–193
Diaz-Bone, Rainer	212–217	222–224
Dohle, Marco	131–145	Reichertz, Jo	280–293
Elvers, Horst-Dietrich	21–44	Roose, Jochen	315–317
Eßbach, Wolfgang	225–227	Roski, Melanie	92–97
Flick, Uwe	197–201	Rust, Holger	264–279
Glatzer, Wolfgang	219–221	Schäfers, Bernhard	146–155
.....	322–324	322–324
.....	325–327	Schmeiser, Martin	171–185
Groß, Jochen	63–72	Schnettler, Bernt	101–104
Groß, Matthias	202–207	Souza, Jessé	361–377
Großmann, Daniel	156–170	Steinert, Heinz	382–39
Hamp, Andrea	208–212	Sterbling, Anton	309–315
Hannemann, Christine	415–416	Strübing, Jörg	197–201
Häußermann, Hartmut	413–415	Tölke, Angelika	296–309
Heinrichs, Harald	202–207	Trappmann, Mark	73–85
Honer, Anne	101–104	Vergne, Antoine	328–330
Jacobsen, Heike	92–97	Von Trotha, Trutz	280–293
Jwo, Shih-Ping	403–406	417–419
Kalthoff, Herbert	197–201	Vowe, Gerhard	131–145
Kriwy, Peter	63–72	Wagner, Gerhard	7–20
Kron, Thomas	97–100	Zingerle, Arnold	420–423
Lange, Hellmuth	202–207		

Frank Welz

Soziologische Forschung und Lehre nach der digitalen Revolution

Die digitale Revolution stellt die universitäre Forschung und Lehre ganz ungefragt unter Veränderungsdruck. Die zurückliegende erste Dekade der informations- und kommunikationstechnologischen (IKT) Euphorie an den Hochschulen stärkt allerdings jede Skepsis. Denn statt der multimedialen Speicherung von immer neuen Lehrmaterialien kommt es in der Soziologie und ihren Nachbarwissenschaften auf Anderes an. Wissen ist selektiv. Erst in der gegenwärtigen Verschiebung der IKT-Aufmerksamkeit von der Archivierung zur Prozessorganisation scheint denjenigen Forschungs- und Lehr-Lern-Prozessen besser Rechnung getragen, für die »Kommunikation« im Forschungsobjekt wie als Medium der Ausbildung zentral ist. Gleichwohl wurde im Freiburger Beispiel eines internationalen, zunächst virtuellen, dann »realen« universitären Lehrverbunds und interkontinentalen Masterprogramms bereits seit 1998 unternommen, den IKT-Einsatz dem Nachfragebedarf anzumessen statt umgekehrt.

The digital revolution has slipped uninvited into the university life challenging research and teaching. The first decade of the information and communication technological (ICT) changes and euphoria in higher education, however, supports a sceptical view. Sociology and its neighbouring disciplines need to go beyond the simple application of multimedia for storing teaching materials. Without selection, there is no knowledge. Only the recent shift of the use of ICT from archiving to organizing takes into account the specific needs of those research and teaching processes for which »communication« is most central, as part of the object of research and as medium of education. Nonetheless, at Freiburg University already since 1998 there has been an initiative to make the ICT application appropriate for research and teaching instead of the opposite way. A virtual international teaching network and even a »real« intercontinental Master's programme have been established based on the ICT support.

Georg Vobruba

Studierende als transitorische Intellektuelle

In dem Beitrag wird ein Begriff von »Intellektuellen« entwickelt und geprüft, inwieweit die soziale Situation und spezifische Denk- und Ausdrucksformen Studierender dem entsprechen. Dies führt dazu, Studierende als transitorische Intellektuelle zu bezeichnen. Die Anschlusssthese lautet, dass heute Intellektualität nicht mehr auf Personen, sondern auf Texte zu beziehen ist. Diese Perspektive ist geeignet, Chancen für das Praktizieren von Intellektualität über das Ende des Studiums hinaus sichtbar zu machen.

First, the contribution develops a notion of »intellectuals«. It then explores whether university students' social situation and their specific forms of thinking and expressing their ideas are in compliance with the concept of intellectuals described before. This leads to characterizing students as transitory intellectuals. Subsequently it is argued that intellectuality can no longer be referred to subjects but has to be applied to texts. From this point of view it is possible to uncover chances for practical intellectuality beyond the end of the university studies.

Steffen Mau und Karin Gottschall

Strukturierte Promotionsprogramme in den Sozialwissenschaften

Die Doktorandenausbildung in den Sozialwissenschaften, bisher noch ein originäres Recht der Universitäten, weist eine Reihe von Defiziten auf, wie hohe Abbruchquoten, lange Promotionsdauer und schwierige Arbeitsmarkteinmündungen zeigen. Gleichzeitig liegen bisher nur wenig gesicherte Erkenntnisse über deren Ursachen und Möglichkeiten der Verbesserung dieser Ausbildungsphase vor. Anglo-amerikanische Ausbildungsmodelle lassen sich nicht ohne weiteres auf die Ausbildungsorganisation deutscher Universitäten übertragen, so dass die auf europäischer und nationaler Ebene geforderte Reform der Doktorandenausbildung nicht leicht zu bewerkstelligen ist. Der Beitrag diskutiert am Beispiel der Graduate School of Social Sciences (GSSS) an der Universität Bremen, die in den letzten fünf Jahren erfolgreich eine forschungsorientierte international ausgerichtete Doktorandenausbildung aufgebaut hat, wesentliche Strukturelemente eines innovativen Ausbildungs-, Betreuungs- und Organisationskonzeptes. Anschließend werden mit Blick auf den Trend zur Einrichtung weiterer sozialwissenschaftlicher Doktorandenprogramme und Graduate Schools die fachlichen, administrativen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine nachhaltige Reform dieser Ausbildungsphase angesprochen.

Social Sciences Graduate Education is characterised by deficits such as high attrition rates, long time-to-degree and uncertain career paths. At the same time we know little about reasons and remedies for these problems. Moreover, the well established Anglo-American Graduate School models do not provide ready-made blueprints for German universities. Thus, an encompassing reform of graduate education called for by the EU and national actors alike poses substantial challenges to the German higher education system. Drawing on the experience of five years of successful doctoral education at the Graduate School of Social Sciences (GSSS) at the University of Bremen, the authors examine crucial elements of this novel type of structured research-oriented graduate education. In the light of the recent trend to set up a variety of graduate programs and schools we also address prerequisites – scientific, administrative and financial – for a sustainable reform of Social Sciences doctoral education.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23.06.2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23.06.2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per e-mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.